Antifaschistisches Info Blatt

Antifaschistisches info Blatt

Nr. 61 | Winter 2003/2004 | 3,10 Euro

Rocker und Rechte

ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

NS-Szene

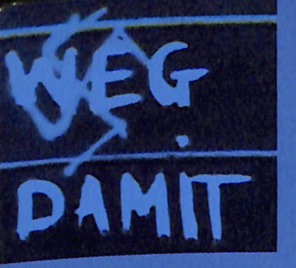
Landser: Profis, Geld und Subkultur

Geschichte

Vom »Wilden Streik« bei Ford 1973



Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig



Inhalt

AIB 61 Winter · 2003/2004

Rubriken



Combat 18 14

Titel

NS Szene

Interview

Rassismus

Gesellschaft

Braunzone

Geschichte

International

Staat und Repression



Erika Steinbach 46

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

aib@mail.nadir.org

www.nadir.org/nadir/periodika/aib

Editorial

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen, liebe LeserInnen

Zum Jahresanfang haltet Ihr ein neues AIB in den Händen. Neben dieser guten Nachricht gibt es politisch wenig Gutes zu berichten. Für die ersten Monate des Jahres haben Neonazis der Freien Kameradschaften mehrere große Aufmärsche angekündigt. Als zentrales und die diversen Fraktionen der extremen Rechten einigendes Thema steht dabei die Verherrlichung des Nationalsozialismus im Mittelpunkt. Hierfür stehen beispielhaft insbesondere die geplanten Aufmärsche gegen die letzte Station der Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht« in Hamburg am 31. Januar 2004 sowie der alljährliche Schulterschluss des gesamten rechten Spektrums zum Jahrestag der Bombardierung von Dresden am 14. Februar. Schon die größten neonazistischen Events des vergangenen Jahres – der Heß-Marsch in Wunsiedel und das »Heldengedenken« in Halbe – haben gezeigt, dass die extreme Rechte erfolgreich und ungehindert auf die nationalsozialistische Karte setzt (s. 22f). Eine antifaschistische Bewegung, die glaubwürdig bleiben will, sollte sich in diesem Jahr rechtzeitig damit auseinander setzen, wie den Neonazis und deren treibenden Kräften von den Freien Kameradschaften in diesem Jahr die Suppe versalzen werden könnte – sowohl in Wunsiedel und Halbe als auch anderswo.

In Brandenburg und Berlin ist die Zahl rechter Angriffe im Vergleich zum Vorjahr in der ersten Jahreshälfte 2003 um ein Viertel gestiegen. Gleichzeitig machen nicht nur die CDU-regierten Bundesländer ganz offen gegen die bislang vom Bundesprogramm CIVITAS geförderten Projekte z.B. zur Unterstützung Opfer rechter und rassistischer Gewalt mobil. In Thüringen steht das Projekt »Anlaufstelle für Betroffene von rassistischen Angriffen und Diskriminierungen« (ABAD) vor dem Aus, weil die CDU-Landesregierung eine positive Befürwortung von ABAD gegenüber CIVITAS und dem zuständigen Ministerium für Familie, Jugend, Senioren und Sport verweigert hat. Bei der Abwicklung von ABAD zeigt sich auch, dass die Akteure der Zivilgesellschaft, die im Beirat von CIVITAS und im regierungseigenen »Bündnis für Demokratie und Toleranz« versammelt sind, willfährige Erfüllungsgehilfen im »Anti-Extremismus-Diskurs« sind. ABAD, die zum Beispiel im thüringischen Pösneck eine Reihe von migrantischen Imbissbesitzern nach einer Welle rechtsextremer Angriffe unterstützt, wurde fallengelassen wie eine heiße Kartoffel. Dem Beirat ist es offensichtlich auch egal, dass das Ministerium in diesem Jahr verlangen will, dass alle in CIVITAS-Projekten Beschäftigten einer Regelanfrage beim Verfassungsschutz unterzogen werden und die Projekte ihre Druckerzeugnisse sämtlichst vor Drucklegung dem Ministerium vorlegen müssen. Soviel Maulkorb- und Radikalenerlasse aus der Zivilgesellschaft sollten sich hoffentlich positiv auf das Wiedererstarken antifaschistischer Selbstorganisierung und -hilfe auswirken.

Hierfür haben wir in der jetzigen Ausgabe einige aktuelle Themen zum Schwerpunkt gemacht, mit denen sich AntifaschistInnen vor Ort konfrontiert sehen. Hier sind die Terror-Razzien der vergangenen Monate zu nennen, wo immer wieder der Name Combat 18 fiel (S.14 und S.20). Die internationale Bedeutung dieser Terrorgruppe wurde auch dadurch deutlich, das große Razzien gegen Combat 18 im vergangenen Herbst auch in England und Polen stattfanden.

Wir haben aber auch wieder Themenfelder aufgegriffen, die über die Tagespolitik hinausgehen: Zum einen eine Analyse neonazistischer Konzepte und ihre Umsetzung (ab S. 32). Zum anderen wollen wir uns weiter intensiv mit der Tendenz von Neonazis auseinandersetzen, sich in diversen Subkulturen breit zu machen. Dafür gibt es einen ausführlichen Überblicks-Artikel über das Verhältnis zwischen Neonazis und Rockern (ab S. 26). In den folgenden Ausgaben werden wir weiter darüber berichten. Wir glauben, dass ein differenzierter und wachsamer Blick dringend gefragt ist und hoffen, die Ergebnisse eurer eigenen Recherchen bei uns in der Post zu finden.

In diesem Sinne wünschen wir uns und euch ein erfolgreiches Jahr 2004 für die antifaschistische Bewegung.

Berichtigung:

In der letzten Ausgabe hat sich ein Fehler in die Bildunterschrift geschlichen: Bei der Person mit Brille und Bart in der Mitte von Bild 1 (Seite 39) handelt es sich nicht um Jean-Rene Bauer, sondern um Matthias Gohlke. (Foto: P.Juelich)



»Zentralorgan«-Macher vor Gericht



Klaus Bärthel (mit Bart) stand fürs »Zentralorgan« vor Gericht.

Das letzte Heft des Neonazimagazins »Zentralorgan« erschien mit der Ausgabe 13 im Februar 2002. Mit weiteren Ausgaben ist nicht zu rechnen. Zwei Titelblätter vorheriger Ausgaben beschäftigten im Sommer 2003 die Justiz. In Hamburg und Ludwigslust mussten sich die »Zentralorgan«-Macher Tobias Thiessen, Klaus Bärthel und Dirk Sukoll vor Gericht verantworten. Vor zwei Jahren hatte der Ludwigsluster Bürgermeister Hans-Jürgen Zimmermann Anzeige wegen des Titelblattes der Ausgabe Nummer 11 gestellt. Der Bürgermeister sah in der Titelschlagzeile »National befreite Zone - schafft sie euch« eine Bedrohung »gegen unsere Bürger«. Eine Ansicht, die die Richterin am Amtsgericht Ludwigslust allerdings nicht teilte. Der zweitägige Prozess, zu dem die Angeklagten am zweiten Verhandlungstag nicht einmal mehr erschienen, wurden zur Bühne für die Szeneanwälte Jürgen Rieger, Hans Günther Eisenecker und Ralph Schürmann. Mangelndes politisches Aufklärungsinteresse seitens des Gerichts im Zusammenspiel mit einer schlecht vorbereiteten Staatsanwaltschaft verschaffte den Neonazi- Anwälten ein ungewohntes Erfolgserlebnis.

So hatte die Richterin lediglich das Titelblatt der strittigen »Zentralorgan«- Ausgabe vorliegen. Der Rest des Heftes, in dem u.a. »politische Gegner« mit Namen und Fotos veröffentlicht werden, kannte die Richterin nicht. Auch das Strategiepapier des Nationaldemokratischen Hochschulbunds (NHB) »National befreite Zonen«, in dem praktische Anweisungen gegeben werden, wie die Neonazis diese Zonen aufbauen sollen, spielte im Prozess keine Rolle. Die Richterin gab sich mit der Erklärung von Rieger zufrieden, »National befreite Zonen? das sind Orte, an denen nationale Menschen von der Gesellschaft akzeptiert werden.« Da überraschte es kaum, dass die Neonazis nach zwei Verhandlungstagen am 10. September 2003 vom Vorwurf der »Volksverhetzung und Aufruf zur Gewalt« freigesprochen wurden. Die Staatsanwaltschaft hat mittlerweile Revision eingelegt. Für Hans-Günther Eisenecker war es einer der letzten Prozesse. Der 53jährige Anwalt und NPD-Landesvorsitzende Mecklenburg-Vorpommern starb am 7. November 2003.

Vor dem Landgericht Hamburg hatte Jürgen Rieger in Sachen »Zentralorgan« allerdings weniger Erfolg als in Ludwigslust. Die Richter sahen es als erwiesen an, dass mit dem Titelblatt des Zentralorgans Nr. 9 »Juden raus... aus Österreich« bewusst an »gleichlautende antisemitische Parolen im Zusammenhang mit der Massenvernichtung von Menschen jüdischer Herkunft« angeknüpft wurde. Das Gericht verurteilte Bärthel, Sukoll und Thiessen zu einer Geldstrafe von 6000 Euro. ■

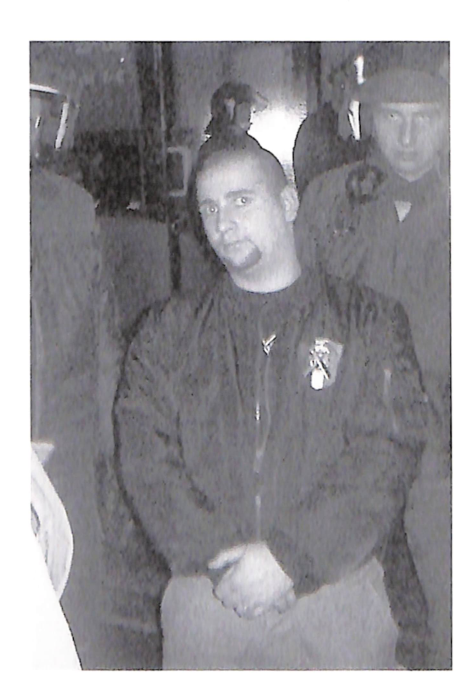
»Hammerskins« im Visier der Sicherheitsbehörden

Exakt 127 rechtsextreme »Hammerskins« und ihre SympathisantInnen feierten am 29. November 2003 den Jahrestag der Berliner Hammerskin Sektion. Diese gründete sich 1994 und umfasst ca. 30 Mitglieder.

Die Feier im »Billardtreff Pankower Bär« geriet allerdings ins Visier der Sicherheitsbehörden. Das Ergebnis der polizeilichen Kontrolle der Partyteilnehmer waren fünfzehn Strafanzeigen u.a. wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt, Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, einem gestohlenem Handy und Kokainbesitz. Unter den Gästen befanden sich Mitglieder der »Hammerskin-Sektionen« aus der Schweiz, Frankreich und dem gesamten Bundesgebiet. Auch Aktivisten anderer Berliner Nazi-Gruppen wie Matthias Gohlke von den »Vandalen – Ariogermanische Kampfgemeinschaft«, Eckhard Bräuniger von der NPD sowie Mitglieder der Gruppe »Lichtenberg 35« waren unter den Feiernden.

Nachdem die Polizei die Veranstaltung gegen Mitternacht aufgelöst hatte, begab sich ein Teil der Neonazis ins unmittelbar gegenüberliegende »Restaurant Bismarck«.

Die »Hammerskins« sind neben »Blood&Honour« die zweite international tätige rechtsextremistische Nazi-Skinhead-Organisation. Sie wurden Mitte der 80er Jahre als neonazistische »Elite«-Organisation in den USA gegründet. Ziel der »Hammerskins« ist die Vereinigung aller »arischen Skinheads« über Ländergrenzen hinweg in einer »Hammerskin-Nation«. In Deutschland existieren mehrere Hammerskin-Sektionen, beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern, Norddeutschland und in Sachsen. Gegen 25 mutmaßliche sächsische Hammerskin-Aktivisten will die Staatsanwaltschaft Dresden demnächst Anklage wegen »Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung« nach §129 StGB erheben. ■



Ein Hammerskin wird von der Polizei kontrolliert.

Wiedersehen in Brandenburg





[1] Fahndungsbild von Karsten Giese.
[2] »Multitalent« Ulli Boldt als Ordner eines NPD-Aufmarsches in Berlin.

Zwei ehemalige Protagonisten der Brandenburger Naziszene gerieten jeweils ungewollt wieder in die Medien. So wurde der 26-jährige ehemalige Vorsitzende der »Kameradschaft Oberhavel«, Karsten Giese, wegen versuchten Mordes und versuchter schwerer Brandstiftung zur Fahndung ausgeschrieben.[1] Am 3. September 2003 wollte er mit einem brennenden Brandsatz in der Hand einen türkischen Imbiss in Hennigsdorf (Oberhavel) betreten – fünf Imbißgäste konnten jedoch die Tür zuhalten. Dank der Doppelverglasung der Eingangstür brannten die insgesamt zwei Brandsätze lediglich auf der Straße ab. Zwar flüchtete der Angreifer, die Personalien des einschlägig bekannten Neonazis waren jedoch bereits am Nachmittag festgestellt worden, nachdem er im Imbiss randaliert hatte, einen Gast attackierte und vom Wirt vor die Tür gesetzt wurde. Als er schließlich mit den Brandflaschen zurückkam, erkannten ihn einige Gäste sofort wieder. Giese flüchtete, erschien aber wenige Tage später mit einem Koffer in der Hand bei der örtlichen Polizeiwache und stellte sich.

Nach dem Verbot der »Kameradschaft Oberhavel« 1997 stieg Giese zum Schatzmeister der »Nationalen e.V.« auf. Als sich die vom jetzigen NPD-Bundesvorstandsmitglied Frank Schwerdt gegründete bundesweite Nazigruppe Ende 1997 auflöste, agierte Giese als deren »Liquidator«.

Ganz anders machte sein Ex-»Nationalen e.V.« -Kollege, Ulli Boldt, von sich reden. Während er noch 1995 zur Berliner- Abgeordnetenhauswahl auf der Landesliste für »Die Nationalen e.V.« antrat, fand man ihn im August 2003 auf der offenen Wahlliste der PDS zur Gemeinderatswahl in Halbe. Der PDS hatte er zuvor jedoch seine politische Vergangenheit und die Tatsache verschwiegen, dass er in den 90er Jahren versucht hatte, das neonazistische »Heldengedenken« für gefallenene Wehrmachtssoldaten in Halbe anzumelden. Vor drei Jahren zog der Versicherungskaufmann und Jurist Boldt in das 1500-Einwohner Dorf Halbe. Dort arbeitete er als Unternehmensberater und ist in der freiwilligen Feuerwehr sowie im örtlichen Fußballverein aktiv. Ähnlich umtriebig war auch sein Engagement für die Berlin-Brandenburger Naziszene. Ulli Boldt war Mitglied der 1992 verbotenen »Nationalistischen Front« (NF), hatte von 1994 bis 1997 den Vorsitz der neonazistischen Schulungsorganisation »Berliner Kulturgemeinschaft Preußen« (BKP), betrieb das »Nationale Infotelefon-Berlin« und meldete zwei Hess-Gedenkmärsche in Oranienburg und Frankfurt/Oder an. Als er 1996 das Infotelefon nach zwei Jahren einstellte, hieß es auf der letzten Bandansage: »die Zeit der Aufmärsche ist vorbei, die Kraft wird nun für die Schulungen gebündelt«. Seine gebündelte Kraft für Schulungen setzte er fortan im Vorstand des »Jungen Weikersheim« um – einer Art Jugendorganisation des »Studienzentrum Weikersheim«, der »Denkfabrik« für das Spektrum zwischen Konservatismus und Rechtsradikalismus. Nach öffentlichen Protesten wurde Boldt vom Studienzentrum ausgeschlossen. Später gründete er die Junge Union (JU) Königs Wusterhausen und machte sich zu deren Pressesprecher. Als der CDU 1997 die Vergangenheit ihres Parteimitgliedes offenbart wurde, schloß sie ihn aus. 1998 verließ Boldt aufgrund antifaschistischer Aktionen gegen sein Eigentum und seine Person Königs Wusterhausen. Auf Weisung der PDS-Kreis-Chefin wurde Boldt im August letzendlich von der Wahlliste in Halbe gestrichen. ■

1| Gemeinsame Pressemeldung der Staatsanwaltschaft Neuruppin und des Polizeipräsidiums Potsdam, 04.09.2003

Kameradschaft ... das kann ins Auge gehen

Ein eher unglückliches Ende fand ein Nazikonzert in einer Fabrikhalle in Struppen-Siedlung (Sachsen) am 23. August 2003 für den Berliner Sänger der Band D.S.T »Deutsch Stolz Treu«, Peter Brammann.[1] Das Konzert mit »Blitzkrieg« (Chemnitz), »Brainwash« (Chemnitz, Altenburg) und »Legion of Thor« (Berlin) wurde gegen Ende durch die Polizei aufgelöst. Im dabei entstehenden Tumult warf ein »Kamerad« eine Flasche in Richtung der Beamten, traf aber Bramman am Kopf, der dabei schwer verletzt wurde. Trotz Notoperation in der Universitätsklinik Dresden wird er wahrscheinlich auf dem linken Auge erblinden. »Ein Chaot aus den eigenen Reihen hat B. zum Invaliden gemacht! (...) B. wird durch den Verlust seines Auges sein kleines Ladengeschäft über Wochen oder gar Monate hinweg nicht öffnen können.«[2] stellten seine Mitstreiter von »Der weiße Wolf« folgerichtig fest und initiierten eine Spendenkampagne, die sich an »sozial denkenden Nationalisten« richtete. Gegen das Bandmitglied Peter Bramman und seinen Bruder kam es im Mai 2002 im Zuge polizeilichen Ermittlungen wegen der DST-CD »Ave et Victoria« zu Hausdurchsuchungen. ■



Foto: Peter Jülich

Profis, Geld und Subkultur

Die Strukturen der Band Landser und ihr Versagen

Seit Ende Juni 2003 stehen in Berlin mehrere Neonazis vor Gericht, denen die Generalbundesanwaltschaft die Mitgliedschaft und Unterstützung einer kriminellen Vereinigung – der Band Landser – vorwirft. Annähernd neun Jahre konnte die bekannteste deutsche Neonaziband mit Hilfe eines verdeckt arbeitenden und international organisierten Netzwerkes ihre menschenverachtende Musik verbreiten. Jetzt sitzen ihre maßgeblichen Köpfe vor Gericht, weil die konspirative Struktur ab Mitte der 90er Jahre beständig wegbrach, das große Geld lockte und manch eigener Kamerad seine Kollegen verpfiff. Ein guter Grund für das Antifaschistische Infoblatt, die Strukturen um »Landser« und ihr Scheitern näher zu beleuchten.

Die Gründung und das politische Umfeld

Die Geschichte von Landser begann im Jahr 1992, als sich Sören Brauner, Horst Schott und Andreas Lenhard zur Ur-Formation der Band[1] zusammenschlossen. Regelmäßig verkehrten die drei im Judith-Auer-Klub in Berlin-Lichtenberg, wo die Band ihren ersten Übungsraum hatte. In diesem berlinweit bekannten Nazitreff hing auch Michael Regener ab, damals schon führendes Mitglied der Neonazigruppe »Die Vandalen«. »Lunikoff«, so Regeners Spitzname, wurde recht schnell als Gitarrist in die Band aufgenommen.

Ihr erstes Konzert gaben Landser am 12. September 1992 in Hennigsdorf, wo die Band Lieder wie »Kanake verrecke « spielte. Anlass für das Konzert war der 19. Geburtstag von Nicole Mierke. Unter den Konzertbesuchern war damals u.a. Andreas Siegfried Pohl, der in seiner Rolle als ehemaliges Mitglied der Neonaziband Kraft durch Froide gemeinsam mit Landser das Lied »Kraft durch Froide« (KdF) zum besten gab.[2]

Organisatorisch waren viele der genannten Neonazis in der Nationalistischen Front (NF) bzw. deren Abspaltung Sozialrevolutionäre Arbeiterfront (SrA) aktiv. Die SrA entstand im August 1992 mit der Spaltung der Nationalistischen Front in einen aktionistischen Flügel (NF) und die eher verdeckt agierende SrA.[3] Als SrA-Vorsitzender agierte der ehemalige KdF-Drummer Pohl, für das »Referat Beschaffung« zeichnete der Landser-Schlagzeuger Schott verantwortlich. Die NF-Strukturen in und um Berlin, zu denen auch Nicole Mierke gehörte, schlossen sich mehrheitlich den neuen SrA-Strukturen an.[4]



[1] »Landser«-Sänger Michael Regener (mit Mütze) auf der NPD-Demo am 1.Mai 2003 in Berlin.



[2] Der Berliner Martin Richter war in den »Landser«-Vertrieb eingebunden. Hier bei einem Lager der »Wiking Jugend«

1995: Der Aufbau eines professionellen Netzwerkes

Im Jahr 1995 begann die Band mit den Aufnahmen zu ihrer CD »Republik der Strolche«.[5] Hierfür organisierten Michael Regener, Horst Schott und Andre Möhricke, der ab 1993 als Bassist in der Band tätig war, den Produktionsablauf in konspirativer Form. Schon zu den Proben in der Sewanstraße in Berlin-Lichtenberg waren Zuschauer nicht zugelassen. Bandintern wurden die notwendigen Arbeiten für die unterschiedlichen Aufgabenbereiche der CD-Produktion, der Promotion und des Vertriebes an die einzelnen Bandmitglieder verteilt. Jeder einzelne übernahm bestimmte Aufgaben und ging mit diesen auf Dritte zu, gab sich als Beauftragter der Band aus und betreute die Zuarbeit der Außenstehenden. Umgekehrt trugen die Beauftragten offene Fragen zur gemeinsamen Entscheidungsfindung in die Band zurück.

Landser gewannen für die komplette Organisation der Produktion ihrer ersten CD Jens Og aus Eichstätt und dessen Geschäftspartner Joachim Bratz aus Berlin. Og entstammt den NF-Strukturen nördlich von Berlin, war in der SrA für das »Referat Sicherheitsdienst Innen« verantwortlich und galt noch 1995 als Führungskader der Direkten Aktion/Mitteldeutschland. Als Mitarbeiter des Black-Metal-Labels Galdre-Records hatte Og auch Erfahrungen in der Produktion von Musik. Da die Einspielung der CD wegen der offen rassistischen Texte nicht in Deutschland erfolgen konnte, kontaktierte Og den in Skandinavien lebenden Marcel Schilf. Schilf wuchs in Brandenburg/Havel auf und verkehrte dort Anfang der 90er Jahre in der örtlichen Neonaziszene.[6] Er zog später nach Skandinavien, engagierte sich für das neonazistische Netzwerk Blood & Honour und mauserte sich zum führenden Produzenten von neonazistischer Musik in Europa.

So reisten die Landser-Mitglieder Ende 1995 nach Helsingborg (Schweden), um ihre CD im Tonstudio des »Club Walhalla« einzuspielen.[7] Das Tonstudio gehörte ebenso zu Schilfs Infrastruktur wie die Firmen »NS-Records« und »NS88-Versand«. Nach der Einspielung der Lieder organisierte Schilf die Herstellung der insgesamt etwa 10.000 CDs. Von diesen CDs bekam er zur Deckung seiner eigenen Unkosten mehrere hundert Freiexemplare und weitere CDs mit Rabatt zum Weiterverkauf.

Für den Vertrieb der CD »Republik der Strolche« bedienten sich Og und Bratz gewachsener politischer Strukturen. Offensichtlich ist, dass anhand der Personen, die für die Verbreitung der ersten Landser-CD aktiv wurden, der Vertrieb überwiegend von ehemaligen Kadern und Unterstützern der NFund SrA-Strukturen organisiert wurde. In den polizeilichen Vernehmungen gegenüber den Ermittlern gaben Og und Bratz an, dass Jens Hessler vom Nibelungen-Versand aus Lingen, Harald Theodor Mehr vom Donner-Versand aus Lüdenscheid, Jens Pühse aus Freising, Steffen Hupka aus Timmenrode, Martin Stefan Richter aus Berlin, Nico Harz aus Neubrandenburg, Ingo Grönwald aus Weimar und Thorsten Hollas aus Hennigsdorf in den Vertrieb involviert waren. Das deutsche Vertriebsnetz bekam seine CD-Lieferungen entweder per Post, durch Kuriere oder die entsprechenden Personen bekamen von Bratz genaue Instruktionen und holten sich die CDs selbst in Schweden ab. Am 16. März 1996 wurden Horst Schott, Katrin Horn und Peggy Baath von der Polizei in Rostock gestellt, als sie versuchten 2.000 Landser-CDs nach Deutschland einzuführen. Sie wollten die CDs von Schweden nach Frankreich transportieren, wo sie für den späteren Vertrieb in die BRD zwischengelagert werden sollten. In Frankreich war der ehemalige Generalsekretär der Nouvelle Résistance, Christian Bouchet, der Ansprechpartner für diesen Deal. Mit der Nouvelle Résistance arbeitete die SrA auf internationaler Ebene ab 1994 offiziell zusammen.[8]



Foto: Peter Jülich

[3] Horst Schott – Landser Mitglied der ersten Stunde.

1998: Profis am Werk

Ende 1996 kam Christian Wenndorff als Schlagzeuger zu Landser. Er ersetzte Schott, da dieser nach seiner Festnahme in Rostock der Band den Rücken kehrte. Das gesamte Jahr 1997 probte die Band auf dem isolierten Dachboden eines Mehrfamilienhauses in Nauen. Parallel dazu suchte die Band ein Tonstudio, da – wie bereits bei der ersten CD – wegen der neonazistischen Texte ein deutsches Studio nicht zur Debatte stand. Die Infrastruktur der Versorgungslinie Nord stand nicht mehr zur Verfügung. Grund hierfür waren Verwerfungen mit Marcel Schilf, da dieser angeblich unautorisiert Exemplare der CD »Republik der Strolche« hergestellt hatte.

So spielten Landser ihre CD »Deutsche

1| Der anfängliche Name war »Endlösung«, erst in der 2. Hälfte des Jahres 1992 nannte sich die Band in »Landser« um.

2| Angriff Nr. 1, o.J. (1993), S.16: KonzertBerichte

3| Die SrA verstand sich als Kaderstruktur und ihr Vorfeldverein Förderwerk Mitteldeutsche Jugend (FMJ) präsentierte den aktionistischen Flügel. Die Strukturen der FMJ nannten sich später in Direkte Aktion/Mitteldeutschland um, die am 5. Mai 1995 vom Brandenburger Innenministerium verboten wurde.

4| Vgl. AIB, Nr. 24, 1993, S.8-12: Die Nachfolgeorganisationen der Nationalistischen Front.

5| Das zwei Jahre zuvor produzierte Demo Tape »Das Reich kommt wieder« hatte nur einen sehr geringen Verbreitungsgrad.

6| vgl. AIB, Nr. [illegible] S.13: Stadt [illegible]

Wut – Rock gegen oben« im Tonstudio der amerikanischen Neonaziband Bound for Glory (BfG) ein. Die Band pflegte enge freundschaftliche Beziehungen mit Landser bzw. den Vandalen und Blood & Honour Berlin. In ihrem 1998 veröffentlichten Lied »No more Jagermeister« von der CD »Glory awaits« vertonten BfG einen ihrer Besuche in Berlin. »It was just another trip to our favorite nation. Berlin, Germany, was our destination (...) to drink with Luni and Fritz until we fell (...) the Northamerican-german Brotherhood back with a bang. To party with blood and honour and vandals is the best...«.[9]

Somit flogen Regener, Möhricke und Wenndorff am 7. April 1998 für die Studioaufnahmen ins amerikanische Minneapolis. Dort nahmen sie mit Unterstützung von BfG alle Lieder ihrer CD auf. Als Gegenleistung unterstützten Landser die Aufnahmen für den Sampler »Guess who's coming to dinner«.

Begleitet wurde Landser bei den Aufnahmen in den USA von Joachim Bratz, der die gesamten Organisationsfragen der CD-Herstellung und des Vertriebes nach Deutschland mit dem BfG-Sänger Ed Wolbank klärte. Denn abgemixt wurde die CD in den USA und dann in einer 10.000er Auflage beim kanadischen CD-Hersteller Cinram International Inc. gepresst.

Wie bereits bei der ersten CD musste die Einfuhr der CDs in die Bundesrepublik verdeckt erfolgen. Somit einigten sich Regener und Wolbank darauf, dass jeweils 50 CDs nach Holland geschickt werden sollten. Dort wurden sie von Ben Oreel (Viking Sounds), einem Aktivisten des europäischen Blood&Honour-Netzwerkes, und seinen Strohmännern in Empfang genommen. Wenn der Empfang bei Wolbank bestätigt wurde, schickte dieser die nächste Lieferung los.

Im Aufnahmestudio wurde die Band vom Kanadier David Allen Surette (»Griffin«) besucht, einem guten Freund von Regener und Mitglied der Bands Aryan und Stonehammer. Eine von Surettes Zeichnungen war für die Gestaltung des Booklets der CD vorgesehen, jedoch scheiterte dies später an Sicherheitsbedenken, denn die Zeichnung wurde unverschlüsselt per eMail zum Layout nach Deutschland geschickt.

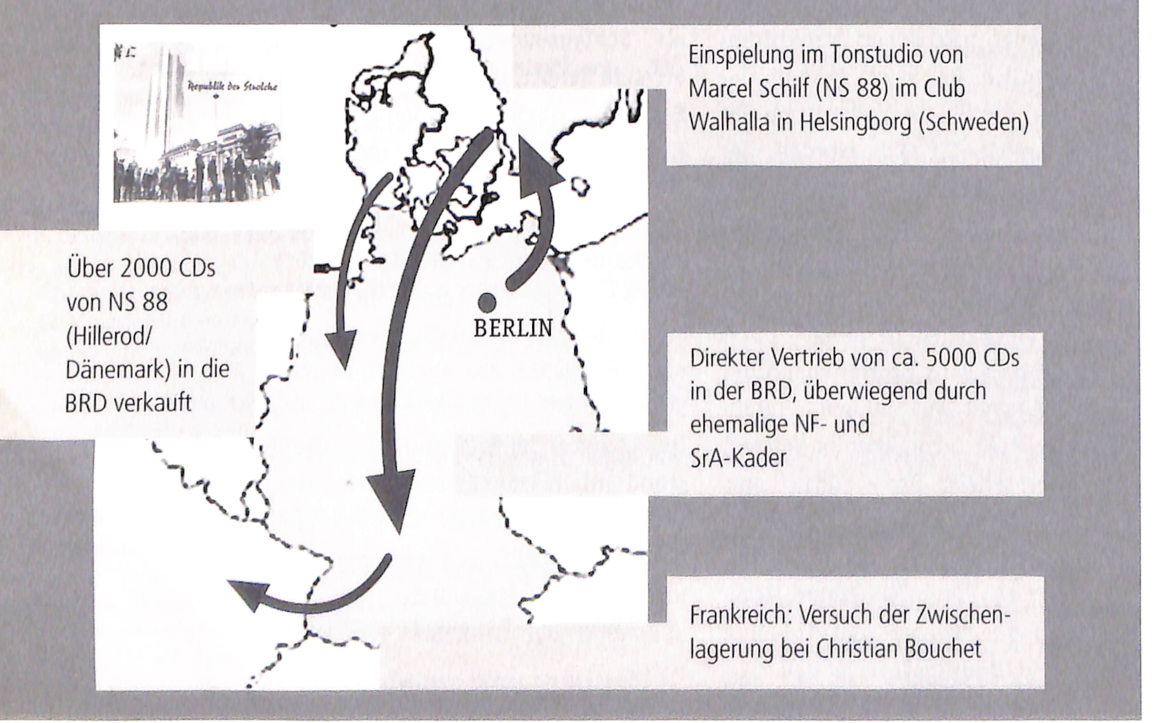
So layoutete Jens Og in Absprache mit der Band ein anderes Cover und gab im Mai 1998 Tino Lau den Auftrag, das Booklet drucken zu lassen. Lau nutzte hierfür ein Druckstudio in Frankfurt/Oder. Nach Fertigstellung des Druckauftrages gab dessen Inhaber die ZIP-Diskette mit dem Vorlagenmotiv jedoch nicht an Lau zurück, sondern übergab sie der Staatsanwaltschaft. Dass er die ZIP-Diskette nicht zurück bekam, machte Og misstrauisch. In den polizeilichen Vernehmungen gab er gegenüber den Ermittlern an, dass er deswegen komplett aus dem Vertrieb der CD »Deutsche Wut – Rock gegen oben« ausstieg.[10]

Mitte Oktober 1998 fuhr Martin Stefan Richter nach Holland um einige der CDs abzuholen. Der Berliner Neonazi steht exemplarisch für die führende Beteiligung von B&H-Strukturen am Vertrieb in Deutschland, da mit dem Ausscheiden von Og auch ein Teil der früheren Vertriebsstruktur wegbrach. Richter brachte etwa 500 CDs mit nach Berlin. Pech nur, dass er und seine Kameraden bei der Übergabe in Berlin am 16. Oktober observiert wurden. So nahm die Polizei ihn und seine Freundin Dorothee Bünger fest. Auch der Hamburger B&H-Kader Torben Klebe und Andreas Biere aus Sachsen-Anhalt – beide sollten die CDs zur Weiterverteilung abholen – wurden festgenommen.

Exemplarisch für B&H steht auch Jens Hessler, der 2.000 Landser-CDs bekommen sollte. Im Oktober wollte er diese jedoch nicht annehmen, da er sich von der Polizei beobachtet fühlte. Falsch war dieses Gefühl nicht, schließlich wurde sein Nibelungen-Versand mit einer polizeilichen Razzia am 26. November 1998 mehr oder weniger zerschlagen. Die Polizei fand bei seinem »Strohmann« Sven Faltermeyer in Stralsund mehr als 8000 – teilweise illegale – CDs in einem Erdbunker. Gefunden wurden auch ca. 2000 Cover der CD »Rock gegen oben«.

Nach diesen ganzen Fehlschlägen im

Produktionsweg der Landser-CD »Republik der Strolche«



9| »Luni« ist Michael Regener, »Fritz« ist der Spitzname vom Vandalen-Mitglied Clemens Niesar.

10| In der jüngeren Zeit tauchte Og im Zusammenhang mit dem Versand heidnischer Materialien auf, u.a. einem Pagan-Kalender 2002.

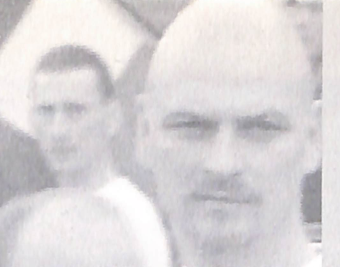
11| Hesse soll V-Mann des Bundesamtes für Verfassungsschutz gewesen sein, was dieses in einer Erklärung am 6. September 2002 verneinte. Hesse selbst bestreitet eine V-Mann-Tätigkeit, vgl.: Final Destination – Division 88, Nr.4, 2003, S.34.

12| Die Firma ließ die CDs von einem Presswerk in Dänemark herstellen.

13| Ausführlich zur Rolle des Verfassungsschutz in der Berlin-Brandenburger Neonaziszene und dem Fall Stadler vgl.: AIB, Nr.57, 2002, S.22ff: Nazischutzgebiete – zwei beispielhafte Biotope.



»Landser«-Drummer Christian Wenndorff



Der »schlagende Arm« von Landser ? Jean-Rene Bauer auf einer NPD-Demo in Berlin .



Sven Faltermeyer (mitte) lagerte in einem Erddepot »Landser«-CD Cover.

Vertrieb entschied sich auch Joachim Bratz für den Ausstieg aus der Struktur. Er übergab in Absprache mit Michel Regener die restlichen bei ihm gelagerten Booklets, CDs etc. an Ingo Grönwald vom Phoenix-Versand für den weiteren Vertrieb.

2000: Der Anfang vom Ende

Die Proben für die CD »Ran an den Feind« begannen Landser Ende 1999. Genutzt wurde u.a. ein Proberaum in Potsdam-Bornim, welchen sich die Band mit der neonazistischen Band »Proissenheads« teilte. Dass Landser-Mitglied Wenndorff auch bei der Potsdamer Band trommelte, dürfte diese Untervermietung erklären.

Für die Organisation der Produktion der neuen CD und deren Vertrieb gewannen Landser den Chemnitzer Jan Werner, der das Label »Movement Records« betrieb und zu den führenden Protagonisten des deutschen Blood & Honour-Netzwerkes zählte. Da die Landser-Mitglieder in finanzieller Hinsicht mit den Rückschlägen beim Vertrieb der früheren CDs nicht zufrieden waren, forderte die Band für jedes Mitglied 10.000 DM Gage, noch bevor die CD ausgeliefert werden würde.

Werner sicherte dies zu, schaute noch einige Male bei den Proben vorbei und organisierte recht bald ein Aufnahmestudio. Anfang Juni 2000 flogen Regener, Wenndorff und Möhricke nach Großbritannien, um in einem kommerziellen Tonstudio in London die neue CD einzuspielen. Das mitgebrachte Masterband übergab Wenndorff Ende Juni an einer Autobahnabfahrt der A9 bei Potsdam an Jan Werner. Dieser beauftragte Mirko Hesse (Hate Records) mit der Herstellung der CD und der Produktion der Booklets.[11]

Anfang Oktober gab Hesse den Auftrag für die CD-Herstellung an ein kommerzielles Unternehmen in Kornwestheim[12]. Am 16. Oktober wurden die 5.000 CDs ausgeliefert. Als Empfänger für die CDs fungierte Torsten Lietze, ein Bekannter von Hesse. Ohne Wissen von Landser gab Hesse einige Zeit später die Herstellung von 3.000 weiteren CDs in Auftrag.

Parallel dazu layoutete Hesse auch das Booklet der CD. Zentrales Element ist eine rassistische Zeichnung des Kanadiers Surette. Nachdem das gesamte Layout von den Landser- Mitgliedern abgenickt wurde, beauftragte Hesse den in Cottbus wohnenden Toni Stadler. Zu jener Zeit agierte Stadler auch als V-Mann für den Brandenburger Verfassungsschutz.[13] Stadler organisierte den Druck in Polen und lieferte die fertigen Booklets an Sandro Wagner aus Bautzen, ein Strohmann von Hesse. Eigenen Angaben gegenüber der Polizei zufolge, informierte Stadler den Brandenburger Verfassungsschutz erst dann detailliert über den Produktionsprozess der Landser-CD, als deren Vertrieb angelaufen war.

Der bundesweite Vertieb wurde nach Beendigung des gesamten Produktionsprozesses von Jan Werner und seinen beiden Movement Records-Helfern Michael Häse und Sebastian Andrä vorbereitet. Ebenfalls in den Vertrieb involviert war Werners Freund Thomas Starke (Dresden), der sich mit der Bereitstellung von ca. 9.000 DM quasi in die Produktion der CD »einkaufen« konnte.

Ende Oktober 2000 wurde ein anonym abgefasster Brief an 19 ausgesuchte Händler für neonazistische Musik verschickt. Er enthielt die Bestellmodalitäten und eine CD ohne Booklet zur

14| Gunther Lotze blieb das Geld wohl schuldig.

15| Christian Menhorn ist der einzige, der dies jemals schrieb. Er veröffentlichte das Buch »Skinheads: Portrait einer Subkultur« als freier Journalist. Er gab nicht an, dass er im gleichen Zeitraum offizieller Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz war.

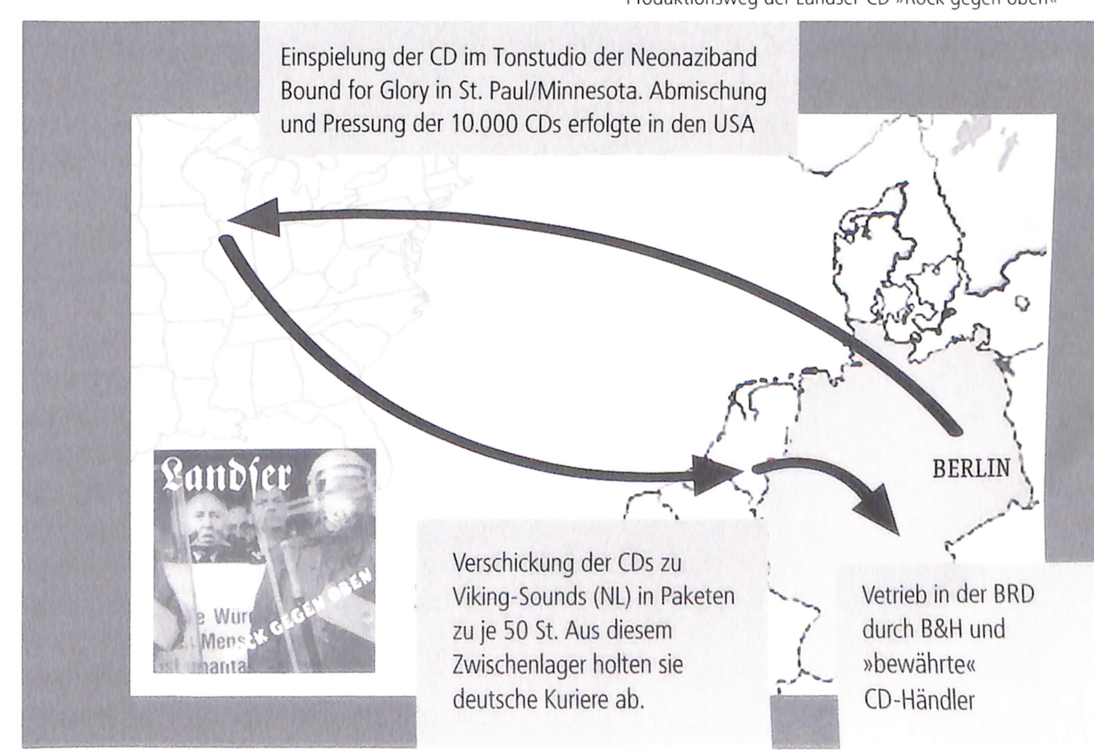
16| Hatesounds-Katalog, Juni/Juli 2001.

17| Ausführlich zu Susann Starke, vgl.: AIB, Nr.50, 2000, S.35: Spotlights aus einem verbotenen Verein. Die Wiking-Jugend.

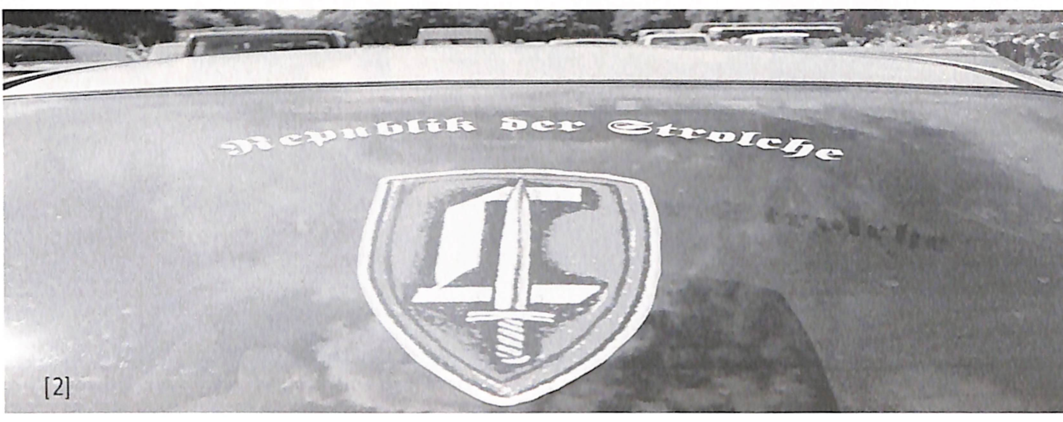
18| Vgl. auch den Artikel "81 meets 28?" ab S.26.

19| SubZero Records ist dem internationalen Blood&Honour-Netzwerk zuzurechnen.

Produktionsweg der Landser-CD »Rock gegen oben«







[1] Sebastian Andrae (rechts) vertrieb »Landser«-CDs auf Autobahnraststätten an Zwischenhändler

[2] »Landser«-Merchandise geniesst in der Neonazi-Szene Kultatus. (Foto: P. Juelich)

Untermauerung des Angebots. Die Angeschriebenen bekamen am 27. Oktober einen Anruf und ein »Otto« fragte sie, wie viele »T-Shirts« sie zugeschickt haben wollten. Die »T-Shirts« waren der Codename für die CDs, der Anrufer war Thomas Starke. Positive Antworten bekamen die Vertreiber u.a. von Ingo Grönwald vom Phoenix-Versand aus Weimar, Gunther Lotze vom Apache-Laden aus Sachsen, Sven Schneider vom Hatesounds-Versand aus Borkwalde, von Markus Thielke vom New Dawn-Laden in Anklam, von Ralf Marschner vom Last Ressort Shop in Zwickau und von einem CD-Händler aus Nidda. Alle sechs erklärten sich bereit, insgesamt 3.150 CDs abzukaufen. Die CDs wurden umgehend rausgeschickt.

Die Bezahlung der CDs erfolgte bis zum 12. November 2000. Dabei trafen sich Häse und Andrä mit den Käufern auf Autobahnraststätten und -abfahrten und sammelten das Geld ein.[14] Erkennungszeichen war ein verkehrt herum getragenes Basecap und eine Ausgabe des Playboys, die Häse sichtbar trug. Neben diesen deutschen Empfängern verkaufte Jan Werner 1.000 CDs direkt nach Tschechien und bekam dafür 11.000 DM. Mit dem Anlaufen des Vertriebes der CD »Ran an den Feind« konnte Jan Werner den Landser-Mitglieder am 5. November 2000 die vereinbarte Gage von 10.000 DM pro Person bar auszahlen. Der Vertrieb der CDs wurde jedoch von der Polizei überwacht. Und bereits am 14.11.2000 machte Thomas Starke gegenüber dem Landeskriminalamt Sachsen umfangreiche Aussagen zum Vertrieb der CD »Ran an den Feind«. Dabei belastete er sich nicht nur selbst, sondern verpfiff auch seine Kameraden. Seine Aussagen dürften wohl dazu geführt haben, dass fünf Leute aus Sachsen später verurteilt wurden.[15] Auch von einer Geldstrafe in Höhe von 32.000 DM war später die Rede.[16]

Der Sekretär und Mann für's Grobe

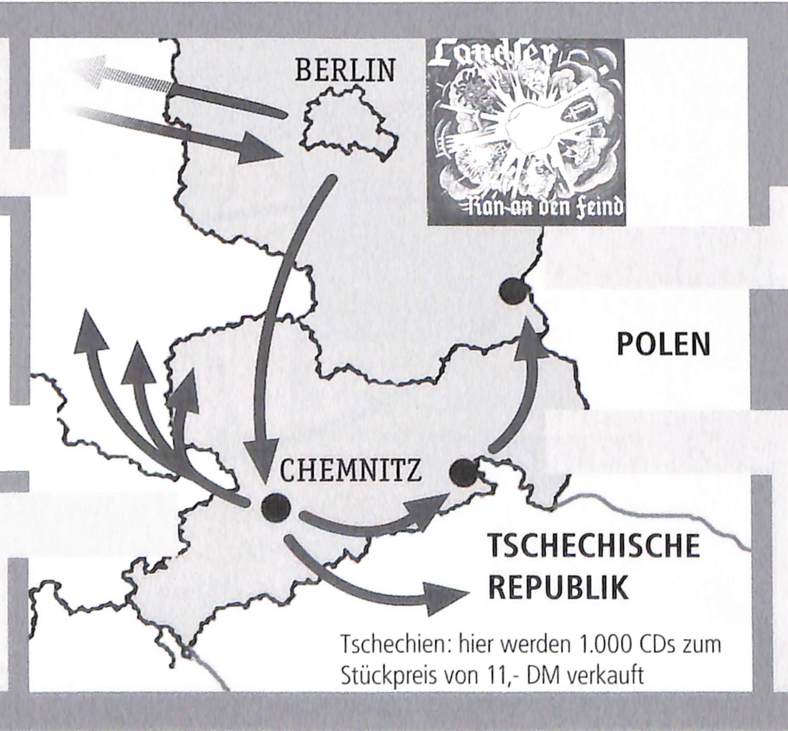
Als enger Vertrauter der Band Landser gilt Jean-Rene Bauer. Im Gegensatz zu den Bandmitgliedern selbst, sorgte Bauer in den vergangenen Jahren mehrmals für Schlagzeilen. Sein Verkauf eines Präzisionsgewehres an einen militanten Neonazi aus dem Umfeld der militanten Nationalrevolutionären Zellen flog im Sommer 2000 auf. Schon ein Jahr zuvor stürmte die Polizei seine Hochzeitsfeier mit Susann Starke in Berlin.[17] Immer wieder wurde sein Name im Zusammenhang mit der Band Landser genannt und er galt gemeinhin – nicht nur szeneintern – als aktives Mitglied der Band. Bauer war zumindest in die Landser-Produktionsprozesse weitgehend involviert. Auch nahm er Anrufe

Produktionsweg der Landser-CD »Ran an den Feind«

London: Die CD wird in einem professionellen Tonstudio eingespielt. Das Masterband von der Band nach Berlin mitgenommen.

Lieferung von 3.150 CDs an:
Ingo Grönwald (Weimar)
Gunther Lotze (Ohorn)
Sven Schneider (Borkwalde)
Markus Thielke (Anklam)
Ralf Marschner (Zwickau)
Stefan Neumann (Nidda)

Chemnitz: Jan Werner von Movement Records organisiert die gesamte Produktion und den Vertrieb der ca. 5.000 CDs. Er beauftragt Mirko Hesse mit der Umsetzung.



Tschechien: hier werden 1.000 CDs zum Stückpreis von 11,- DM verkauft

Guben: Der V-Mann Toni Stadler läßt in Polen die Booklets drucken

Langenburksdorf (Sebnitz): Mirko Hesse organisiert die Pressung und läßt sich die fertigen CDs über Strohmänner zuschicken. Er gestaltet das Booklet und beauftragt Toni Stadler mit dem Druck. Zusätzlich produziert er 2.000 weitere CDs als Bootlegs und vertreibt sie auf eigene Rechnung u.a. in den USA.

für die Band entgegen oder vertrat die Band auch schon mal bei Verhandlungen für die Produktion einer CD. Nicht zuletzt betreute Bauer ein Postfach für den Landser-Sänger Regener. Neben dieser strukturellen Zugehörigkeit zum Projekt Landser soll Bauer auch für die schlagkräftige Durchsetzung von Bandinteressen gesorgt haben. Wegen einer derartigen Aktion stand er ab November 2003 vor Gericht, welches ihn erstinstanzlich u.a. wegen gefährlicher Körperverletzung zu neun Monaten Haft verurteilte. Während er am 9. Juni 2001 Besucher einer Geburtstagsparty von Jana Goebel (Dresden) war, beschloss Bauer das »Kameradenschwein« Thomas Starke zu besuchen und ihn zur Rücknahme seiner Aussagen zu bewegen. Antje Probst, die Ehefrau des Sonnentanz-Laden-Betreibers Michael Probst, lockte Starke über die Sprechanlage heraus. Starke öffnete die Tür und wurde von Bauer und einer zweiten Person mit handfesten Argumenten aufgefordert, seine Aussagen bei der Polizei zurückzuziehen. Starke machte dies später auch, jedoch spielten seine Aussagen nach wie vor eine wichtige Rolle im Prozess gegen Landser.

Das Ende

Nach der CD »Ran an den Feind« planten Landser u.a. die Aufnahme einer CD mit David Allan Surette. Diese Split-CD sollte von Anthony Pierpont, Betreiber des Labels Panzerfaust (USA), produziert werden. Für die gemeinsamen Aufnahmen planten die Landser-Mitglieder Mitte Mai 2001 nach Kanada zu fliegen. Neben den Aufnahmen wollte man außerdem noch ein Konzert anlässlich des Geburtstages von Surette geben.

So flogen Regener, Möhricke und Wenndorff am 13. Mai 2001 nach Toronto. Begleitet wurden sie von den beiden Vandalen Jean-Rene Bauer und Clemens Niesar. Nur zwei Stunden nach ihrer Ankunft in Kanada flog die

„Wir sind nun erst recht rechts"

■ Der „Judith-Auer-Jugendclub" ist seit Brandanschlag geschlossen / Lichtenberger Kids müsse einer Holzbank auskommen / Der 17jährige, der Silvio Meier erstach, ist unter Gleichaltrigen best

Treff nach Brandanschlag geschlossen

„Auer-Klub ist kein Hort für die rechte Szene"

Brandanschlag auf Jugendklub ‚Judith Auer': Attacke gegen ‚rechte' Kinder?

40 000 DM Sachschaden nach Autonomen-Angriff

Morde in Mölln waren Anlaß für Krawalle / Anschlag auf rechten Jugendklub

Türken-Kids zertrümmern Polizeiwagen

Brandanschlag nach Straßenschlacht

Der »Landser«-Treffpunkt »Judith-Auer-Club« wurde von autonomen AntifaschistInnen abgebrannt.

Band aber wieder unverrichteter Dinge nach Hause, da die kanadischen Behörden Wenndorff die Einreise verweigerten. Auch andere Aufnahmemöglichkeiten für die Split-CD waren nicht in greifbarer Nähe. Als dann auch noch der Proberaum in Potsdam-Bornim zum August 2001 wegen Kündigung geräumt werden musste, wurde die Split-CD auf Eis gelegt.

Es fällt auf, dass das Jahr 2001 insgesamt unter keinem guten Stern für die Band stand. Dies dürfte wohl damit zusammen hängen, dass die Ermittlungsbehörden die Band spätestens ab Ende 2000 observierten. Anfang Oktober 2001 wurde die Band schlussendlich von den Ermittlungsbehören ausgehoben.

Einschätzung

Es würde zu kurz greifen, das Scheitern der konspirativen Strukturen von Landser auf die Aussagen einzelner Neonazis zu schieben. Deren Einlassungen gegenüber den Ermittlungsbehörden waren nur eine Konsequenz aus der allmählichen Ausdünnung der Kaderdecke. Die geschulten Kader der verbotenen Organisationen erkannten genau, wann die Zeit für den Ausstieg aus dem konspirativen Projekt Landser war.

Am 29. Juli 2000 attackierten Neonazis einige Mitglieder der Schiffscrew des Kreuzfahrtschiffes »Norwegian Dream« am Kai von Warnemünde. Der Auslöser war die Beschädigung ihrer Autos durch Unbekannte. Grund genug für die zehn Deutschen aus Sachsen und Brandenburg, ihren Frust an der Crew auszulassen. Diese wehrte sich jedoch erfolgreich mit allen Mitteln gegen den Angriff. »Zu guter Letzt« schrieb die Nachrichtenagentur dpa »versuchte ein Crew-Mitglied dann die Gemüter abzukühlen, indem er einen Feuerlöschschlauch auf die Gruppe an Land richtete.« Unter den Tätern befanden sich auch Sebastian Andrae und Michael Häse , die beide maßgeblich am Vertrieb der CD »Ran an den Feind« beteiligt waren. Am 15. Februar 2003 wurde zumindestens Michael Häse zu einer Bewährungsstrafe von sieben Monaten und 100 Stunden gemeinnütziger Arbeit verurteilt.

Ostseezeitung 16, Februar 2003





Die Produktion von Landser-Kleidung

Ab 1996 war Ingo Grönwald (Phoenix-Versand/Weimar) Vertreiber von Landser-Kleidung. Diese T-Shirts, Pullover etc. waren als begleitende Werbemaßnahme für die jeweiligen CDs gedacht und verfolgten nur zweitrangig finanziellen Interessen. Die ersten Geschäftskontakte wurden von Jens Og und Joachim Bratz betreut. Prinzipiell bestimmten Landser die Motive für die Kleidung. Umgekehrt konnte Grönwald im Laufe der Jahre mehr oder weniger exklusiv die Landser-Kleidung verkaufen. Das geschäftliche Risiko trug er, Landser bekam einen Teil des Gewinnes. Bei einer Razzia am 30. August 2000 wurden bei Grönwald tausende indizierte CDs von der Polizei gefunden. Bei dieser Razzia wurde auch der Computer mit dem Motiv für die Promotion der CD »Ran an den Feind« beschlagnahmt. Als Grönwald am 14. November 2000 ein zweites Mal von Regener ein Druckmotiv bekam, wurde er noch am gleichen Tag erneut von der Polizei durchsucht. Da auch dieses Mal das Motiv von der Polizei mitgenommen wurde, fiel die gesamte Idee der begleitenden Promotion flach.

Horst Schott verließ die Band, nachdem er im März 1996 mit 2.000 CDs festgenommen wurde. Jens Og beendete seine Mitarbeit im Jahr 1998, als ihm Teile der konspirativen Struktur zu unsicher wurden. Ähnlich Joachim Bratz, der seine aktive Mitarbeit ebenfalls im Jahr 1998 einstellte, nämlich dann, als die Polizei sehr nah an die Landser-Strukturen gekommen war. Diese Personen konnten langfristig nicht adäquat ersetzt werden. Stattdessen gerieten ungeschulte, ausschließlich auf Geld- und Profilierung bedachte »Karrieristen«, vornehmlich aus dem Kreis von Blood & Honour, in Schlüsselpositionen des Landser-Systems.
Exemplarisch hierfür steht Thomas Starke, der sich im Jahr 2000 in die CD-Produktion einkaufte und später umfangreiche Aussagen bei den Ermittlungsbehörden machte. In diese Schublade kann auch der Landser-Drummer Christian Wenndorff gesteckt werden. Der prahlte gegenüber Mädchen mit seiner Mitarbeit bei Landser und ließ sich als deren Drummer in einer Chemnitzer Diskothek als »Halbgott« feiern. Gegenüber diesen pseudokonspirativen Strukturen wirkt Horst Schott fast schon altbacken. Im derzeitigen Landser-Prozess verweigerte er komplett die Aussage und sitzt seitdem in Beugehaft.[18]
Ein anderer Aspekt für das Scheitern von Landser ist auf der finanziellen Ebene zu sehen. Der Traum vom großen Geld machte auch vor der Band nicht halt. Die Gagenforderungen von 30.000 DM für die CD »Ran an den Feind« dürften sehr negative Auswirkungen auf den Vertrieb gehabt haben. Der Einkaufspreis für die interessierten Händler lag je nach Abnahmemenge zwischen 13 DM (1.000 CDs) und 20 DM (50 CDs) pro Stück. Die geringe Gewinnspanne im Verhältnis zum persönlichen Risiko wird für einige verlässliche Vertriebshelfer nicht verlockend gewesen sein. Zum Vergleich: die erste CD »Republik der Strolche« erhielten die CDHändler für 10,- DM pro Stück zum Weiterverkauf. Vor dem Hintergrund der Gagenforderungen und den Produktionskosten von weit über 14.000 DM, war die Herstellung der CD »Ran an den Feind« unter konspirativen Bedingungen quasi undurchführbar.
Da der Produzent Jan Werner die weit mehr als 44.000 DM bereits im Vorfeld der CD aufzubringen hatte, musste er sich zwangsläufig finanzielle Unterstützung besorgen. Bei den Ermittlungsbehörden gab Werner zu Protokoll, dass er sich für die CD-Produktion 26.000 DM vom Betreiber des polnischen Labels »SubZero«[19] geborgt hätte. Vor dem Hintergrund, dass Landsers üble Hetzlieder gegen »Polacken-Lümmel« und deren »Scheiß-Volk« Kultstatus erreichten, wirken der Kredit aus Polen und der Druck der Booklets in Polen wie ein Treppenwitz in der Landser-Geschichte. ■

»Ritterkreuz«-Treffen 2003

Nationalsozialistische Traditionspflege

Vom 23. - 26. Oktober 2003 fand das 49. Bundestreffen der »Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger« (OdR) in Bamberg statt. Im Hotel Mainfranken versammelten sich ca. 100 TeilnehmerInnen, um u.a. einem Grußwort des Bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber (CSU) zu lauschen.[1] Die diesjährige Versammlung war bei weitem kleiner und prunkloser als vorherige Treffen, an denen noch Bundeswehrangehörige oder Burschenschaftler teilnahmen. Auch wurden in diesem Jahr kaum jüngere Aktivisten gesehen. Die Stadtführung durch Bamberg und ein Besuch des Museums für Militär- und Zeitgeschichte in Stammheim verliefen unspektakulär und ungestört.

Die »Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger des Eisernen Kreuzes e.V. – Förderkreis der Tradition des Eisernen Kreuzes« ist nach eigenem Bekunden »der Zusammenschluss der Ritterkreuzträger, die in Anerkennung besonderer Tapferkeit vor dem Feinde oder für hervorragende Truppenführung diese Auszeichnung erhalten haben. Sie vereinigt ferner Personen, die die Tradition des Ordens 'Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes' auf Dauer aufrecht erhalten wollen.«[2] Während des Zweiten Weltkrieges waren 7.318 Ritterkreuze, über deren Verleihung Hitler persönlich entschied, überreicht worden, darunter 438 an Angehörige der Waffen-SS. Inzwischen sind viele der Ritterkreuz-Träger verstorben. Die Zahl der OdR-Vollmitglieder, die selbst noch sog. »Ordensträger« sind, nimmt ständig ab. Doch dürfen auch Nicht- Ritterkreuzträger Mitglieder des gemeinnützigen Vereins werden, wenn »Charakter und sittliche Haltung ohne Tadel sind«. Unter diesen sogenannte »Nachfolge-Vollmitgliedern« befinden sich auffällig viele Polizeibeamte und Bundeswehr-Führungskräfte.[3] Aber auch bekannte Personen aus der NS-Szene wie der Herausgeber und Geschäftsführer des »Freiwilligen«, Patrick Agte[4] aus Pluwig, haben hier ihren Platz. Als »Neffe d. SS-Sturmbannführers d.R. Georg Karck« findet sich unter den »Vollmitgliedern« Michael Kaiser aus Nürnberg. In seiner Heimatstadt tritt dieser 1998 als Vorsitzender des »Verband deutscher Soldaten e.V. Förderverein des Garnisionsmuseum Nürnberg«[5] auf. Der lokale CSU-Fraktionschef scheute sich nicht, als Redner in extrem rechten Kreisen aufzutreten.[6] Eine weitere Gruppe bilden die zahlreichen Witwen und Nachkommen der verstorbenenen Ritterkreuzträger als »Nachfolgemitglieder (Fördermitglieder)« in der OdR.[7]

Die OdR wurde bereits 1955 in Köln gegründet. Stolz betonte der OdR-Vorstand: »Die Alten Soldaten sind der Bundeswehr aufrecht verbunden. 674 Ritterkreuzträger haben seit deren Gründung im Jahre 1956 – zum Teil in höchsten Rängen (117 Generale und Admirale) – darin Dienst getan«.[8] Die Tätigkeit des Vereins ist typisch für solche Vereinigungen. Der Verein gibt die Zeitung »Das Ritterkreuz« (Redaktion: Regine Halm) heraus. Das »Hilfswerk Ritterkreuz e.V.« betreut hilfsbedürftige Kameraden bzw. Angehörige verstorbener Kameraden. Die OdR gliedert sich in einen geschäftsführenden Vorstand, einen erweiterten Vorstand, einen Ehrenrat sowie diverse Landesgruppen und Sektionen. Im Vorstand sitzen Gerhard Gutmacher aus Heidelberg, Georg Bleher aus Stuttgart und Günter Halm. Die Geschäftsführung liegt bei Jürgen Heinze aus Berlin. Schatzmeister ist Dieter Kölle aus Bad Münder. Das »Hilfswerk Ritterkreuz e.V.«, das die »Sozial- u. Betreuungsarbeit für die OdR« wahrnimmt, wird von Dr. jur. Wolfgang Rust aus Braunschweig geleitet. Die Ausgaben des Hilfswerkes betrugen im Jahr 2002 18.213,11 Euro. Die hauptsächlichen Einnahmen sollen durch Spenden und Vermächtnisse erfolgen.[9] Die lokalen OdR-Aktivitäten bestehen aus Treffen, Empfängen und Gedenkveranstaltungen. Einige Beispiele aus dem OdR-Blatt »Das Ritterkreuz« machen die politische Ausrichtung der OdR-Aktivisten deutlich: Die OdR-Sektion Köln/Bonn berichtete von der Teilnahme am Jahresausflug der »Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit ehemaliger Waffen-SS'ler« (HIAG) zum Soldatenfriedhof »Lommel« in Belgien.[10] Die Landesgruppe Bayern beendet ihren Bericht über ihre Teilnahme am Gebirgsjägertreffen in Mittenwald mit dem Satz: »Die Drohung der linken Demonstranten (Anarchisten und Chaoten), im nächsten Jahr wieder nach Mittenwald zu kommen, muss leider ernst genommen werden. Es wäre auch erfreulich, wenn die heuer angereisten ca. 2500 durch weitere jüngere Teilnehmer verstärkt würden.«[11] Gerade dieser Austausch zwischen alten OdR-Funktionären sowie neueren und jüngeren OdR-Mitgliedern sollte für AntifaschistInnen von Interesse sein. ■



[1] »Ritterkreuzträger« Otto Riehs beim Neonaziaufmarsch in Halbe. Er findet sich nicht im Ritterkreuzverzeichnis der OdR. Nach Informationen von »Das Ritterkreuz« 2/1993 überbrachte ein Otto Rieß Anschriften von Mitgliedern der »Gemeinschaft der Ritterkreuzträger« in die DDR.

1| www.ritterkreuztraeger-1939-45.de/Spenden-Links.htm
2| Satzung vom 18. Oktober 1997, §2 Zweck und Aufgabe
3| Mitgliederverzeichnis OdR Stand 31. August 1998, S. 76 bis 83
4| Antifa Infoblatt Nr. 53, Sommer 2001, The next Generation, S. 16
5| Soldat im Volk 12/98, S. 306
6| FR 4.3.1998, Bundeswehr Professor soll vor Neonazis geredet [illegible]
7| Mitgliederverzeichnis OdR Stand 31.8.1998, S. 84 bis [illegible]
8| Mitgliederverzeichnis OdR Stand 31.8.1998, [illegible]
9| www.ritterkreuztraeger-1939-45.de/[illegible]
10| [illegible]
11| [illegible]

Combat 18 in Pinneberg



Deutsche Neonazis bedienen sich zunehmend des Labels C18, wenn sie militante Strukturen aufbauen oder Straftaten begehen. Die Einzelaktivisten und Strukturen agieren unabhängig voneinander.

» Die gemeinsame politische Klammer für all diejenigen Neonazis, die sich dem Konzept von Combat 18 verpflichtet fühlen, ist ein eliminatorischer Antisemitismus und der Bezug auf die SS als Eliteorganisation im Nationalsozialismus. Diejenigen Neonazikader, die in Deutschland seit Jahren offen für Combat 18 geworben haben bzw. werben – wie Bernd Peruch aus Bamberg – sind zumeist eng an das internationale Netzwerk »Blood&Honour« (B&H) angebunden. So heisst es bereits in dem vor drei Jahren erschienenen Strategiepapier »The Way Forward« von B&H Skandinavien, das auch in Deutschland zirkuliert: »C18 muss als bewaffneter Arm der Blood and Honour Bewegung agieren«. Gleichzeitig wird C18 als »Armee von Blood and Honour« bezeichnet und verkündet: »Das Konzept der Waffen-SS enthält alle Prinzipien (...), von (denen) wir unsere Inspiration zur Organisierung einer Legion arischer Gladiatoren beziehen müssen.« Während C18 in ihrem Ursprungsland Großbritannien nach Bombenanschlägen und blutigen internen Auseinandersetzungen mittlerweile fast bedeutungslos ist, müssen lokale Ableger wie Combat 18 Pinneberg in Bezug auf seine Radikalität und Gewaltbereitschaft durchaus ernst genommen werden.

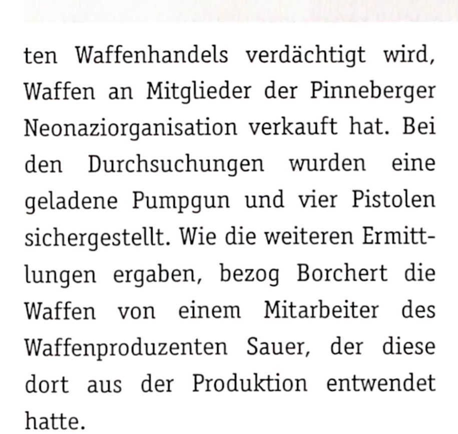
Am Beispiel des Ermittlungsverfahrens gegen Combat 18 Pinneberg – einer Gruppe, die aus Kameradschaftsaktivisten und Blood&Honour-Mitgliedern besteht – wird auch deutlich, dass das Verbot der B&H Division Deutschland im September 2000 weitgehend wirkungslos blieb. Nicht nur in Sachsen-Anhalt[1] und Thüringen[2], wo mittlerweile ebenfalls Ermittlungsverfahren wegen mutmaßlicher B&H-Nachfolgeaktivitäten gegen zwei Dutzend Neonazis eingeleitet wurden, fühlten sich die Blood&Honour Aktivisten durch die schlampige Umsetzung des B&H-Verbots ermutigt, so weiter zu machen wie bisher. Combat 18 Pinneberg sei gegründet worden, um die Ziele des verbotenen Blood&Honour-Netzwerks umzusetzen, erklärten nun die schleswig-holsteinischen Sicherheitsbehörden Ende Oktober. Diese Erkenntnis kommt nicht gerade überraschend. Das LKA Schleswig-Holstein führt in einer Presseerklärung »die erfolgreiche Zerschlagung der Gruppierung C18 Pinneberg auf die intensive Informationsgewinnung und gute Zusammenarbeit auf Landes- und Bundesebene im Bereich des Rechtsextremismus« zurück. Dadurch sei es bereits in einem frühen Stadium gelungen, »diese rechtsextremistische Gruppierung zu zerschlagen.« Während die ermittelnden Behörden ihr Vorgehen öffentlich als konsequentes Handeln gegen rechte Strukturen darstellen, widerspricht dieser Einschätzung gleichzeitig die Tatsache, dass vor drei Jahren bei dem Verbot von B&H Deutschland die Sektion Nordmark unbehelligt blieb. So fanden auch nach dem Verbot weiterhin Konzerte u.a. in Hamburg statt, die mit hoher Wahrscheinlichkeit von und für B&H Strukturen organisiert wurden. Das gilt insbesondere für B&H Aktivisten wie Klemens Otto, der nun als Hauptbeschuldigter im Ermittlungsverfahren gegen »Combat 18 Pinneberg« geführt wird.

C18 Pinneberg und die Behörden

Nachdem am 28. Oktober 2003 in den frühen Morgenstunden in Norddeutschland über 50 Objekte durchsucht, sieben Personen festgenommen und drei Haftbefehle erlassen worden waren, klärte der Kieler Innenminister Klaus Buß (SPD) die überraschte Öffentlichkeit einige Stunden später in einer eiligst einberufenen Pressekonferenz über die großangelegte Razzia auf. »Es war ein wichtiger Erfolg gegen eine äußerst militante und gefährliche Gruppe« rühmte er die Aktion.

Schon seit längerem hatte das schleswig-holsteinische Landeskriminalamt (LKA) gegen die militante Neonaziorganisation Kameradschaft Pinneberg ermittelt, die in der Region durch Überfälle, Anschläge und offene Morddrohungen ein Klima der Angst geschaffen hat. Die nun unter dem Namen Combat 18 (C18) Pinneberg agierende Gruppe wird verdächtigt, die Aktivitäten des im September 2000 in Deutschland verbotenen internationalen rechtsextremen B&H-Musiknetzwerkes fortzusetzen. Die Ermittler des LKA schätzen die Zahl der C18 Pinneberg Gruppe auf etwa 20-25 Mitglieder. Sie sollen im großen Stil illegale RechtsRock-CD´s vertrieben und rechte CD-Händler erpresst haben.

Nachdem sich Verbindungen zu einem parallel laufenden Ermittlungsverfahren gegen den bis vor kurzem amtierenden Landesvorsitzenden der NPD-Schleswig-Holstein, Peter Borchert, ergaben, wurden die Ermittlungen zusammengelegt. Ausschlaggebend dafür war, dass der in Neumünster lebende Borchert, der des organisier-



ten Waffenhandels verdächtigt wird, Waffen an Mitglieder der Pinneberger Neonaziorganisation verkauft hat. Bei den Durchsuchungen wurden eine geladene Pumpgun und vier Pistolen sichergestellt. Wie die weiteren Ermittlungen ergaben, bezog Borchert die Waffen von einem Mitarbeiter des Waffenproduzenten Sauer, der diese dort aus der Produktion entwendet hatte.

Die Hauptbeschuldigten

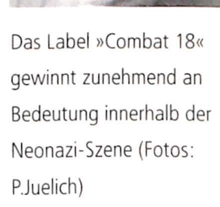
Hauptbeschuldigte in dem §129-Verfahren sind der mittlerweile in Neumünster wohnende ex-Pinneberger Klemens Otto und Marco H. aus Pinneberg, die im Zuge der Durchsuchungen vom 28. Oktober festgenommen wurden. Die beiden 22-Jährigen sind Mitglieder der B&H Division Deutschland – Sektion Nordmark und arbeiteten in diesem Rahmen zum Beispiel als Security- Personal auf Konzerten, die von B&H Europa organisiert wurden. Ihnen wird vorgeworfen, die verbotenen Aktivitäten der B&H-Struktur durch die Gruppe C18 Pinneberg als lokalen Ableger der Organisation weitergeführt zu haben. Klemens Otto, der als Kopf von C18 Pinnberg gilt, ist AntifaschistInnen vor Ort kein Unbekannter. 1998 wurde zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt, weil er gemeinsam mit weiteren Neonazis einen 36jährigen Togolesen zusammengeschlagen und schwer verletzt hatte. Drei Jahre später griff er auf einer Party einen ehemaligen Kameraden an, der sich nach eigenen Aussagen von der Szene gelöst hatte. Da Ottos Bewährungszeit noch lief, wurde er für kurze Zeit inhaftiert. Kurz nach seiner Haftentlassung organisierte er einen Rudolf-Heß-Gedenkmarsch in Halstenbek. Seine Bedeutung innerhalb der regionalen Neonaziszene zeigte sich in einer breit angelegten Solidaritätskampagne »Freiheit für Klemens Otto ... und alle anderen inhaftierten Nationalisten«, die für großes Aufsehen in der Region sorgte, weil die Neonazis mit Sachbeschädigungen, Sprühereien und Anschlägen ihrer Forderung Nachdruck verliehen.

Auch der jetzt Mitbeschuldigte Marco H. soll nach LKA-Angaben gemeinsam mit Klemens Otto für B&H aktiv gewesen sein und als sein Stellvertreter bei Combat 18 Pinneberg agiert haben. Sowohl Marco H. als auch Klemens Otto sind seit Jahren in lokalen Neonazistrukturen aktiv und zumindest Otto muss als einer der führenden Köpfe der militanten Neonazistrukturen in der Region bezeichnet werden.

Klemes Otto und Marco H. galten lange Zeit als Ziehkinder des Hamburger Neonazikaders Christian Worch. Während Worch nach Außen hin um legales Auftreten bemüht ist, setzten seine Zöglinge jedoch konsequent auf die »militante Karte«.

So wurde schon bereits im Rahmen der ersten Ermittlungen gegen C18 Pinneberg bekannt, dass die Gruppe Kontakt zu dem 30jährigen Peter Borchert unterhält. Borchert, der ursprünglich aus Kiel kommt und mittlerweile in Neumünster wohnt, verbüßte schon als Heranwachsender eine mehrjährige Haftstrafe unter anderem wegen gefährlicher Körperverletzung. Im Herbst 2000 wurde er erneut zu einer Haftstrafe von zwei Jahren verurteilt, die zur Bewährung ausgesetzt wurde. Borchert hatte in einer Kieler Diskothek eine scharfe Pistole mit sich geführt. Obwohl seitdem eine ganze Reihe neuer Anklagen gegen ihn erhoben worden sind, erfolgte bisher kein Widerruf der Bewährung. Borchert ist in der Naziszene in Schleswig Holstein in den letzten Jahren rasant aufgestiegen. Nachdem er als Anti-Antifa-Aktivist in Kiel angefangen hatte, gab es schon kurze Zeit später kaum eine Neonazidemo in Norddeutschland, auf der Borchert nicht dabei war und oft genug sogar als Redner oder Ordner fungierte. Zeitweise war er sogar Sprecher des Naziclubs »Club 88« in Neumünster und trat als Mitverantwortlicher von Konzertveranstaltungen auf, die dem B&H-Netzwerk zugerechnet werden. Fraglich bleibt, warum zum Zeitpunkt des B&H-Verbotes Personen wie Klemens Otto unbehelligt blieben, obwohl dessen B&H Mitgliedschaft auch im September 2000 schon bekannt war und sie erst jetzt drei Jahre später Bedeutung erlangt.

Lokalitäten wie der Club 88 in Neumünster blieben sowohl im September 2000 als auch jetzt von Ermittlungen verschont, obwohl durch Peter Borchert personell eine klare Verbindung vorliegt. Zudem diente der Club 88 häufiger als Lokalität für Musikveranstaltungen. Fraglich bleibt in dem Zusammenhang auch, wie die derzeitige Ermittlung mit der vom Bundesinnenministerium verkündeten vollständigen Zerschlagung der B&H Strukturen im Jahr 2000 zusammenpasst. ■



Das Label »Combat 18« gewinnt zunehmend an Bedeutung innerhalb der Neonazi-Szene (Fotos: P.Juelich)

1| Am 25. April 2002 eröffnete die Staatsanwaltschaft Halle ein Ermittlungsverfahren wegen B&H Nachfolgeaktivitäten gegen 32 Personen aus mehreren Bundesländern.

2| Nach Durchsuchungen in Thüringen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt bei 21 Verdächtigen im Alter zwischen 20 und 30 Jahren am 25. November 2003 erklärte die Staatsanwaltschaft Gera, das gefundene Material deute auf eine »aktive Fortführung der verboten Vereinigung »Blood&Honour Deutschland hin«. (s. dpa, 25.11.2003) Durchsucht wurde wegen »Verstoß gegen das Vereinsgesetz« im Zusammenhang mit der CD »Blood & Honour trotz Verbot nicht [illegible]

»Nationales Bündnis Dresden«

»Rechts um« und »vereint« ins Kommunalparlament

Unzählige Male schon diskutierte die extreme Rechte das Dilemma, was die Ursachen für das kontinuierliche Scheitern bei Wahlen und die Zerstrittenheit der Szene sind. In Dresden versucht die extreme Rechte nun einen Neuanfang. Die Lösung soll das »Nationale Bündnis Dresden« (NBD) bieten – ein Zusammenschluss von NPD, ex-Rep, DVU und unorganisierten extrem Rechten. Erklärtes Ziel ist der Einzug in den Dresdner Stadtrat bei den Kommunalwahlen 2004. Dabei ist der Anspruch hoch gesteckt, soll das NBD doch gleich »ein Signal für Dresden und Deutschland«[2] sein.

»Das Problem der Rechten ist, dass immer jeder der Führer sein will. Wenn ich jünger wäre, ich würde es sofort machen.« (Georg Paletta, IWG-Vorsitzender)[1]

Außer der bekannten völkisch-rassistischen Polemik hat das NBD nichts zu bieten. So faselt es in der Präambel zu seinem Programm von der »seelenlosen, individualistischen Gesellschaft«, in der die »Lebensinteressen der Deutschen« »verraten« würden, von der angeblich zunehmenden »Ausländerkriminalität« und »linksextremen Gewalt«, vom »herrschenden Machtkartell« und »existentiellen Bedürfnissen des deutschen Volkes«. In ihrem »Dresdner-Volk-und-Boden-Potpourri« findet sich die NPD-Parole »Arbeit zuerst für Deutsche« ebenso wie die »Rückbesinnung auf traditionelle Gaststättenkultur«. Denn es drohe »eine Massenzuwanderung osteuropäischer Billiglohnarbeiter«. »Die Zulassung ausländischer Imbisse, asiatischer Blumen-, Gemüse- und Obstmärkte muss stärker auf den Prüfstand. Oft können durch gleichzeitigen Zigarettenschmuggel und Asylleistungen Waren zu Dumpingpreisen angeboten und örtliche Kleinhändler in den Ruin getrieben werden.« Die Errichtung eines »Mahnmal für die Opfer des alliierten Bombenterrors« fehlt ebenso wenig wie geschichtsrevisionistische Forderungen. Beispielsweise mangele es an der »Aufarbeitung« des »leidgeprüfte[n] Schicksal[s] der [Dresdner] Bevölkerung im II. Weltkrieg«.

Bei so viel welt- wie kommunalpolitischen Scharfsinn gehen AntifaschistInnen nicht davon aus, dass ernsthafte Chancen für das NBD bestehen, im Jahr 2004 in den Stadtrat von Dresden einzuziehen. Dennoch ist eine bedenkliche Entwicklung zu verzeichnen. Dem NBD gelingt es teilweise, in der öffentlichen Wahrnehmung im Gewand eines rechten »Bürgerbündnisses« daher zu kommen und somit neue Wählerschichten anzusprechen. Ein Unterfangen, an dem Neonazis bei den letzten Wahlen regelmäßig scheiterten. Dementsprechend unternimmt das NBD Versuche, an kommunalpolitischen Diskussionsprozessen teilzuhaben. Und über nichts wird in Dresden mehr diskutiert als über Architektur.

Bereits in ihren sogenannten »Kommunalpolitischen Thesen« wird gegen ein »architektonisches Monstrum«, »das seit kurzem das Bild der historischen Altstadt gravierend verschan-





[1] Holger Apfel (links) beim »Tag der Sachsen« in Sebnitz auf dem Podium

[2] Jürgen W. Gansel und [3] Rene Despang (l) bei einer Neonazi-Demonstration in Dresden

delt«, gehetzt. Gemeint ist die neuerbaute Dresdner Synagoge, ein vielfach prämiertes Meisterwerk zeitgenössischer Architektur. Für den Vortag des Gedenkens an die Reichspogromnacht kündigte das NBD eine Kundgebung gegen den geplanten Umbau des Dresdner Heeresmuseums durch den »jüdischen Weltenwandler« Libeskind an. In typisch antisemitischer Argumentation wird über den »Fremdkörper« in der »gewachsenen Bausubstanz« geschwafelt, welchen »diese fragwürdigen Künstler« errichten wollen. Die durch den Umbau eintretende »Heimatzerstörung im Zeichen der Globalisierung« sollen verhindert werden. An diesem Tag, dem 8. November 2003, regte sich jedoch auch ernstzunehmender Widerstand gegen die »Bündnis-Rechten«. Die geplante Kundgebung, aus der später nur noch ein Infostand werden sollte, musste ausfallen. Zahlreiche Antifas hatten den Platz besetzt, so dass hier – zumindest kurzzeitig – kein Raum für Neonazis war.

NPD-Vorfeldorganisation

Angetrieben, sowohl intern als auch in der Öffentlichkeit, wird das NBD von der NPD. Als Vorsitzender agiert der stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende Holger Apfel. Der Dresdner NPD-Kreisverbandsvorsitzende Rene Despang sitzt ebenso im Vorstand. Alexander Delle und Jürgen W. Gansel sind weitere NPDler mit Funktionen. Die NBD-Flugblätter ähneln nicht nur in der Optik sondern auch inhaltlich denen der NPD. So ist die Rhetorik, die in sogenannten »Kommunalthesen« zum Ausdruck kommt, dem völkisch-rassistischen Gedankengut der NPD entnommen. Es handelt sich beim NBD also wohl eher um eine Vorfeldorganisation der NPD.

Ein weiteres Agitationsfeld des NBD ist neben Infoständen und Veranstaltungen ein »Nationales Forum« im Internet, das das Folgeprojekt des vom REP-Bundesvorstand geschlossenen Sachsen-REP-Forum ist. Darin meldet sich der stellvertretende Vorsitzende des NBD, Frithjof Richter, alias »Freddy« des öfteren zu Wort. Hier findet mensch die für die extreme Rechte typische Verschwörungsparanoia genauso wie seitenlange und nur von Eingeweihten zu verstehende Auslassungen zu den Republikanern. Kurzum, es handelt sich um ein Forum, das mögliche WählerInnen kaum anspricht. Vielmehr dient es dazu, dass sich das sowieso schon involvierte Klientel weiter im eigenen Dunstkreis bestätigt. Die Antwort auf die Frage, wie damit neue Leute erreicht werden sollen, bleibt das NBD schuldig.

Erfolg in Sebnitz

Diese Frage scheint sich für sie selbst auch nicht zu stellen. So tönt das NBD beständig von »maximalen« Erfolgen bei den BürgerInnen. So seien ihnen allein beim »Tag der Sachsen« in Sebnitz im September 2003 mehrere Tausend Flugblätter förmlich »aus den Händen gerissen« worden. Insgesamt hätten sie gar bisher 150.000 Flyer ausgegeben. AntifaschistInnen sprechen hingegen davon, dass der Infostand des NBD verwaist an der Peripherie des Geschehens war.

Dennoch gelang ihnen in Sebnitz mit der Störung und schließlichem Sprengen einer Diskussionsrunde mit Sachsens CDU-Innenminister Horst Rasch (CDU) ihr bisher öffentlichkeitswirksamster Erfolg. Den Schulterschluss mit organisierten Neonazis der regionalen Freien Kräfte nicht scheuend, pöbelten ca. 15 NBDler während der Diskussion zum Thema »Rechts« solange herum, bis Holger Apfel als der Lautstärkste von ihnen auf das Podium gebeten wurde. Nach einem kleinen Disput verließen dann die staatlichen wie nichtstaatlichen ZivilgesellschafterInnen das Podium.

Die nächste größere Möglichkeit in der Öffentlichkeit zu agieren, bietet sich für das NBD um den 13. Februar 2004. Wenn zum Jahrestag des Alliierten Bombardements auf Dresden wieder Tausende in den Kanon vom »Leid der Deutschen« einstimmen, wird auch die alljährliche Großdemonstration der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen stattfinden. Gut 1.000 Teilnehmer vom Ausgebombten oder Vertriebenen bis hin zum bekennenden Neonazi werden gegen »alliierten Bombenterror« demonstrieren. Die ebenso traditionelle Saalveranstaltung mit Rednern kündigt das NBD jetzt schon an. Auch im Jahr 2003 wurde diese aus dem NBD-Umfeld organisiert.[3] ■

1| Georg Paletta, Vorsitzender der Interessengemeinschaft Wiedervereinigung Gesamtdeutschland e.V. in Bad Muskau, 13. April 2003

2| Losung der NBD-Gründungsveranstaltung am 24. April 2003

3 Zitate aus Flugblättern des NBD bzw. deren Forum

NS-Verherrlichung im städtischen Auftrag

Jahrelang konnte der extrem rechte Historiker Olaf Rose ungestört als Stadtarchivar in Herne und Herdecke arbeiten. Antifaschistische Öffentlichkeitsarbeit sorgte dafür, dass Rose nun arbeitslos ist.

Als »unauffällig« beschreiben ihn seine Ex-Kollegen, die mit ihm im Archiv der Ruhrgebietsstadt Herne und früher im nahen Herdecke zusammenarbeiteten. Als »unauffällig« beschreiben ihn auch jene Historiker, die im »Arbeitskreis Zwangsarbeit« des Westfälischen Archivamtes mit Dr. Olaf Rose zusammensaßen. Doch die Zeit der Unauffälligkeit ist für den Historiker vorbei, nachdem am 1. Mai 2003 die Ausgabe 12 der »LOTTA – antifaschistische Zeitschrift aus NRW« mit einem Artikel über Rose erschienen war und auf die extrem rechten Verwicklungen des Historikers aufmerksam gemacht hatte. In der Folgezeit griffen dann auch überregionale und lokale Tageszeitungen das Thema auf.

Sein Spagat zwischen einer ganz offiziellen Archivarbeit und der extremen Rechten scheint damit gescheitert: Die Stadt Herne, für die Rose mehr als zwei Jahre arbeitete, verzichtete auf seine weiteren Dienste. Eine Dokumentation über »Zwangsarbeit und Kriegsgefangene in Herne und Wanne-Eickel zwischen 1940 und 1945«, für die Rose Texte liefern sollte, wurde gestoppt. »Das Material ist für uns wertlos«, zitierte die WAZ Kulturdezernentin Dagmar Goch. Und auch in Herdecke, wo Rose einst beschäftigt war, distanzierte man sich von ihm. Herdeckes Hauptausschuss beschloss, die Stadt solle sich der Dienste ihres Ex- Archivars nicht mehr bedienen. Rose, der in dem Städtchen immer noch als ehemaliger Stadtarchivar hofiert wurde, habe sich »für eine – ob offizielle, halboffizielle oder ehrenamtliche – Tätigkeit für die Stadt durch seinen Umgang mit Rechtsradikalen selbst disqualifiziert«, hatten zwei Herdecker in einem Bürgerantrag formuliert, dem der Hauptausschuss mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP zustimmte.

Den LOTTA-Bericht über das Treiben Roses hatten ganz zu Beginn der Diskussion die »taz« und die Herner Lokalausgabe der »Westdeutschen Allgemeine Zeitung« (WAZ) aufgegriffen – und damit die Verantwortlichen der Stadt Herne in Erklärungsnöte gebracht. 27 Monate lang hatte der Grenzgänger zwischen der Lokalgeschichte und der extremen Rechten unbeanstandet als ABM-Kraft für der Stadt gearbeitet – und dabei ganz nebenbei die Zahl der Zwangsarbeiter in der Region von 30.000 auf 9.000 heruntergerechnet. Dass er neben Franz Schönhuber, Reinhold Oberlercher und Alain de Benoist Autor des Rechtsaußen-Magazins »Opposition« war und Mitglied des Redaktionsbeirates der Zeitschrift »Deutsche Geschichte« ist, war offenbar niemandem aufgefallen. Beide Publikationen erscheinen in der extrem rechten »Verlagsgemeinschaft Berg«, die von Gerd Sudholt geleitet wird. Aufgefallen war offenbar auch nicht die Vortragstätigkeit des 44- Jährigen ganz weit Rechtsaußen. Am 23. November 2002 referierte er beispielsweise in Bielefeld bei der neonazistischen »Initiative Wahrheit und Gerechtigkeit« über den Freikorpssoldaten und späteren Literaten Ernst von Salomon. Angekündigt war die Veranstaltung mit Rose in der Zeitschrift »Nation & Europa«. Dass eine Veranstaltung in einem solchen Rahmen für Rose kein Ausrutscher gewesen sein dürfte, zeigt eine weitere Veranstaltung am 21. Februar 2003 in Achim bei Bremen, für die in der NPD-Parteizeitung »Deutsche Stimme« geworben wurde.

Angesichts der Verbindungen zu Sudholt verwundert es auch nicht, dass Rose am 20./21. Oktober 2001 bei einer von dem Verleger organisierten Tagung zum Thema »Ostfeldzug« referierte. Die Verbindung zum Thema wird angesichts des Schwerpunkts ‚Osteuropa', den Rose im Rahmen seines Studiums wählte, verständlich. Auch der Zugang zu einem weiteren

Lieblingsthema Roses ist damit verbunden: Er schrieb ein Buch über die Wirkungsgeschichte von Carl von Clausewitz in Russland und der Sowjetunion zwischen 1836 und 1991. Er ist zudem Mitglied der »Clausewitz Gesellschaft«, einer Organisation, in der sowohl Personen aus der Militärelite der BRD als auch solche mit Kontakten zur Braunzone und zum weiter rechts dieses zwischen Konservatismus und Neofaschismus stehenden politischen Spektrums vertreten sind. Auch an einem weiteren Buch über Clausewitz – diesmal als »Lehrmeister des Krieges« – ist Rose beteiligt. Es erscheint in der »Edition Antaios«, dem Hausverlag des zur »Neuen Rechten« gehörenden »Institutes für Staatspolitik«.

Nachdem diese Verbindungen Roses bekannt geworden waren, zitierte ihn die »taz« auch noch mit den Aussagen, die Wehrmachtsausstellung sei für ihn der »größte Skandal der Bundesgeschichte« und Horst Mahler sei ein »zu Unrecht verschmähter Intellektueller«. Rose, so die »taz« am 22. Mai, schreibe für Herne die Geschichte um.

Andernorts wollte er freilich nicht Geschichte umschreiben, sondern – sozusagen nachholend – Nazi-Geschichtsschreibung publik machen. Ende 2000 brachte Rose eine »Herdecker Ortschronik 1938 – 1940« heraus. Sie basiert auf dem Tagebuch, das ein Lehrer im Auftrag des Herdecker Bürgermeisters führte und das Grundlage einer offiziellen Ortschronik sein sollte. Einen »authentischen Bericht der Verhältnisse und Ereignisse in Herdecke aus parteinaher, aber nicht amtlicher Sicht«, versprach Rose und ließ das Elaborat Thieles, der, wie Rose betonte, »nicht Mitglied der NSDAP, sondern nur der SA« war, in der »Edition Märkische Raute« erscheinen. »Genugtuung«, so formulierte Rose einfühlsam, habe Chronist Thiele nach dem »Wegzug der Juden« im März 1939 empfunden. Und ohne jede Relativierung schrieb er von den »überwältigenden innen- und außenpolitischen Erfolgen Hitlers in den sechs Friedensjahren«.

Auch ein weiterer Fall spielt in Herdecke, wo Rose 1987 im Anschluss an sein Studium als Archivar arbeitete. Dort fiel ihm ein Bündel von Papieren in die Hände, aus dem er 15 Jahre später das Buch »U-751 – Triumph und Tragödie eines deutschen U-Bootes« machte. 1942/43 hatte Herdeckes Bürgermeister ein »Gedenkbuch« für das untergegangene U-751, mit dem die Ruhrstadt per Patenschaft verbunden war, herausgeben wollen. Das geschah – warum auch immer – nicht. Rose holte es 2002 – im zur »Verlagsgemeinschaft Berg« gehörenden »Vowinckel-Verlag« – nach. Er versah das Werk mit einem Vorwort, in dem er verriet, dass er den letzten Anstoß, »dieses Buch doch herauszubringen«, durch die »infame« und »intentional erbärmliche« Wehrmachtsausstellung erhalten habe. In den 90er Jahren schnupperte Rose vorübergehend ins Verlagswesen hinein. 1996 heuerte er als Lektor beim norddeutschen Verleger Dietmar Munier an, zu dessen Unternehmensgruppe unter anderem der »Arndt-Verlag« und der »Orion- Heimreiter-Verlag« gehören. Bei »Arndt« veröffentlichte u.a. Günter Deckert; dort erschienen Schriften des NS-Dichters Guido Kolbenheyer und NS-Propagandawerke.

Aufschlussreich ist auch, wer Rose unterstützend zur Seite springt. Der Ex-NPD-Landesvorsitzende in Sachsen-Anhalt, Frank Kerkhoff, beschrieb Rose als »aufrichtigen, ehrlichen und intelligenten Deutschen«. Und auf der extrem rechten Internetseite »Störtebeker« wurde der Historiker gefeiert: »Arbeiten wie die von Olaf Rose sind unverzichtbar.« Das immerhin wird hier und da heute nicht mehr so gesehen. ■

»Keine Kontaktallergien«

Das bayerische extrem rechte Sammlungsprojekt »Demokratie Direkt e.V.« und die BombenbauerInnen der »Kameradschaft Süd«



Roland Wuttke als Redner »ohne Berührungsängste« zur extremen Rechten.

»Keine Berührungsängste, keine Kontaktallergien gegenüber Gleichgesinnten!«. So eindeutig beschrieb Roland Wuttke im letzten Jahr sein politisches Credo »Bewegung statt Partei« im Coburger Strategieblatt »Nation & Europa« (N&E).
Keine Berührungsängste hatte Wuttke auch bei Martin Wiese und der »Kameradschaft Süd«. Mit diesen arbeitetet er bereits seit mehreren Jahren zusammen, um rechtes Gedankengut unter die Bürger und Bürgerinnen der Stadt München zu bringen. Denn schon seit längerem waren die Mitglieder der »Kameradschaft Süd« unter den Augen der Öffentlichkeit und somit eigentlich auch des Verfassungsschutzes aktiv für »Demokratie direkt« (DD). Dass den Staats- und Verfassungsschützern hin und wider mal was entgeht, bewiesen sie ebenfalls, als sie übersahen, dass der angeblich so gut überwachte Bombenbauer Wiese beim Rudolf Hess-Marsch 2003 in Wunsiedel dabei war. Diese Tatsache stritten die Behörden noch zehn Tage nach der Festnahme Wieses ab. Journalisten hatten ihn jedoch dort gesehen und fotografiert.
Mit einer lokalen »Zellenbildung auf unterster Ebene« solle, so Wuttke, die »Zerstrittenheit im nationalen Spektrum (...) ausgehebelt werden«,denn: »Patrioten müssen sich vernetzen«. Der 49jährige aus Mehring bei Augsburg, der sich selbst als »technischer Betriebswirt« bezeichnet und in München die Kleinstfirma »Westend-Computer« betreibt, vernetzte sich seit 1997 in Alfred Mechtersheimers »Deutschland Bewegung« und der »Deutschen Aufbau Organisation (DAO)«. Für dessen »Friedenskomitee 2000« übernahm Wuttke die presserechtliche Verantwortung bei einer kleinen Kampagne gegen die US-Kontrollstation im oberbayerischen Bad Aibling. In Augsburg beteiligt sich Roland Wuttke aktiv am »Bündnis Nationale Opposition Augsburg«, das die Reste ehemaliger lokaler NPD-, DVU und REP-Organisierungen zu sammeln versucht. Dabei ist es Wuttkes Aufgabe, die Publikation »Neues Schwaben« für das Bündnis herauszugeben. Für die Region Ulm kündigt er darin mittlerweile sogenannte »parteiübergreifende Stammtische« an, wie er sie in N&E zur »Zellenbildung« anregte. Bei »freien Kameradschaftsstrukturen«, z.B. der Ingolstädter »Kameradschaft Donaufront«, ist Wuttke ein ebenso beliebter Redner wie bei vielen bayerischen Orts- und Kreisverbänden der NPD.

Sammelbecken »Demokratie Direkt«

Im Herbst 2002 gründete Wuttke in München mit dem REP-Stadtrat Johann Pius Weinfurtner das Sammlungsprojekt »Demokratie Direkt e.V.« (DD) für die Zusammenarbeit aller rechten Kräfte »von Nationalkonservativen in der CSU über REPs bis zu den »Freien Kameradschaften«. Mit Hilfe des neutralen Namens und, strikt nach dem N&E-Strategiepapier, mit Infoständen

und Mahnwachen zu den Themen »Kriegspolitik an der Seite der USA, Bevorzugung des Großkapitals, Missbrauch von Steuergeld, deutsche Milliardenzahlungen ans Ausland, Schächten und Tierschutz, Überfremdung und Bagatellisierung von Ausländergewalt« sollen auch »Menschen, die bisher rot oder grün gewählt haben« angesprochen werden. Die Infostände und Mahnwachen von »Demokratie Direkt e. V.« in München wurden bisher neben Roland Wuttke auch von Sascha Wagner betreut. Wagner, der Anfang der 90er Jahre die JN-Bundesgeschäftsstelle in Stolberg leitete, in den letzten Jahren für die NPD in Rheinland-Pfalz Konzerte organisierte und mit dem »Elmsteiner Hof« eine Immobilie zu erwerben versuchte, ist nach einem dortigen Großfeuer nach Niederbayern gezogen. Von hier aus steuert er mittlerweile grosse Teile der bayerischen NPD-Aktivitäten.
In der »Demokratie Direkt e.V.«-Publikation »München Direkt« erschienen bisher zwei steckbriefähnliche Anti-Antifa-Artikel über einen Münchner linken Journalisten und den Stadtratsfraktionschef der Grünen. Anti-Antifa-Arbeit in Bayern war bislang das Spezialgebiet der »Fränkischen Aktionsfront (FAF)«, vor allem der in der FAF organisierten »Anti-Antifa Nürnberg« in enger Zusammenarbeit mit dem ehemaligen »Einblick«-Macher Norman Kempken. Seit Frühjahr 2003 soll diese Arbeit im Rahmen der »AG Bayern«, dem neuen Dach der »freien Kameradschaften«, auf das ganze Bundesland ausgeweitet werden. Damit, so heißt es im Grundsatzpapier solle »von Aschaffenburg bis Passau (...) ein weitgehend einheitliches Niveau erreicht« werden. Gegründet wurde die »AG Bayern« durch die »Fränkische Aktionsfront« (Ansprechpartner: der mutmaßliche Combat 18-Verbindungsmann Mathias Fischer) und das »Aktionsbüro Süddeutschland – Kameradschaft Süd« um Martin Wiese. Im Mai 2003 lud Roland Wuttke Martin Wiese und Michael Paulus (FAF) für eine von ihm angemeldete »Demokratie-Direkt«-Mahnwache auf dem Münchner Odeonsplatz als Redner ein. Die Versammlung leitete mit dem aus Luckenwalde stammenden Alexander Metzing dasjenige Mitglied der »Kameradschaft Süd«, an dessen Arbeitsstelle in München-Oberhaching am 9. September 2003 1,7 kg TNT und 14 kg weiterer Sprengstoff gefunden wurde. Die rechtsterroristische Gruppe um Martin Wiese plante bei der Grundsteinlegung für das neue jüdische Gemeindezentrum am Jakobsplatz in München eine Bombe zu legen.

Martin Wiese & Co.

Wiese kam im Jahr 2000 vom »Kameradschaftsbund Anklam« (KBA) nach München. Jetzt wurden mit einem 55jährigen Güstrower »Waffennarren« und dem Mecklenburger Andreas R., bei dem die Polizei auch ein »riesiges Arsenal« an Schuss-, Hieb-und Stichwaffen fand, weitere Neofaschisten aus der Heimatregion Wieses verhaftet. Andreas »Juri« Joachim aus Menkin in der brandenburgischen Uckermark (ein langjähriger Freund Wieses), Stefan »Steve« Zietal aus Wollschow (der schon 1998 den Unterarm bei einem Sprengversuch verlor) und Marcel Kohn aus Brüssow wurden als mutmassliche Sprengstofflieferanten inhaftiert. In der brandenburgischen Uckermark war der KBA jahrelang Wochenende für Wochenende durch Schlägereien, internationale Nazikonzerte und Wehrsportlager aktiv. Weitere Mitglieder der jetzt aufgeflogenen Gruppe gehörten auch zu den SympathisantInnen von »Demokratie Direkt«. So nahmen der gebürtige Weilheimer Karl-Heinz Statzberger und Wieses Ex-Freundin Ramona Schenk (Unterschleissheim) an DD-Mahnwachen teil. Der verhaftete David Schulz aus dem »Aktionsbüro« hatte mit Statzberger 1999 Flüchtlinge mit Eisenstangen angegriffen. Der ebenfalls festgenommene Robert Stillger aus Baldham war der Domaininhaber der Internet-Präsenz des »Aktionsbüros Süddeutschland«. Seine Schwester Monika, Freundin von Alexander Metzing, spitzelte im Auftrag von Wiese als Postbank-Azubi Münchner und bundesweit aktive linke Gruppen über deren Konten, InhaberInnen und EinzahlerInnen aus. Zusammen mit einer weiteren 21jährigen Frau aus München und Johannes Thomas Sch., der den bayerischen SPD-Spitzenkandidaten Franz Maget ausspioniert haben soll, sowie dem Berliner Militariahändler Thomas Köppen sind insgesamt zunächst 14 mutmaßliche Mitglieder der rechtsterroristischen Gruppe festgenommen worden, von denen mittlerweilenoch zehn in Untersuchungshaft sitzen. In den ersten drei Monaten des Jahres 2004 sollen die Prozesse vor dem Bayerischen Obersten Landgericht wegen »Mitgliedschaft und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung« stattfinden. Die Prozesse gegen die Brandenburger Verhafteten und den 55jährigen Güstrower sollen abgetrennt in Neuruppin und Rostock stattfinden. Die terroristischen Planungen gegen das jüdische Gemeindezentrum hatten in München ihre geistigen Vordenker: So hetzte vor allem REP-Stadtrat Johann Weinfurtner gegen die Neubauplanung, perfiderweise begründet mit »Sicherheitsbedenken«. Im Rundbrief des Witiko-Bundes, der in der Münchner Triftstrasse seine Bundeszentrale unterhält, wurde Ende 2002 willkürlich die finanzielle Misere der Stadt München mit dem Bau des jüdischen Gemeindezentrums in Beziehung gesetzt: »Verkaufe Rathaus und investiere in jüdische, werthaltige Immobilien«. Roland Wuttkes »Demokratie Direkt e.V.« sammelte mit antisemitischem Tenor Unterschriften für den Erhalt eines alten Luftschutzbunkers auf dem Baugelände und veröffentlichte im Internet zuletzt zynisch die folgende Verdrehung: »Ein Verzicht auf das Kulturzentrum ist ein Beitrag zu Aussöhnung und entzieht dem Antisemitismus den Boden«. ■

»RECHTS«-Sicherheit für NS-Verherrlichung

in Wunsiedel und Halbe

» Zum ersten Mal seit einem Jahrzehnt konnten im Jahr 2003 zwei Neonaziaufmärsche stattfinden, deren politischer Aussage ausschließlich aus der Verherrlichung des Nationalsozialismus besteht. Der politische Umgang der Antifabewegung und Zivilgesellschaft mit den erfolgreich durchgesetzten Nazi-Events in Wunsiedel und Halbe – die zuletzt Anfang der 90er Jahre eine wesentliche Schlüsselfunktion darin hatten, eine fraktionierte Bewegung und Generationen zusammen zu bringen – kann nur als Desaster bezeichnet werden. Ganz zu schweigen von dem politischen Signal, dass der positive Bezug auf Symbolfiguren des nationalsozialistischen Deutschlands und Mörderorganisationen wie die Waffen-SS, die SS und die Wehrmacht gerichtlich unter den Schutz von freier Meinungsäußerung gestellt wurden. Es ist davon auszugehen, dass in Zukunft gerade das jährliche Heß-Gedenken in Wunsiedel und perspektivisch auch das »Heldengedenken« in Halbe zu den relevantesten Terminen der deutschen Neonazi-Szene zählen werden. Vor allem die »Rechtssicherheit«, die der Anmelder Jürgen Rieger für Wunsiedel geschaffen hat, lässt nach zwei erfolgreichen Großaufmärschen einen wiederkehrenden Mobilisierungserfolg mehr als möglich erscheinen.

Der juristische Erfolg im November 2003 in Halbe könnte einen ähnlichen Effekt haben. Die klare Bezugnahme auf den Nationalsozialismus verschafft Neonazis derzeit ihre größten öffentlichen Erfolge. Besonders bedenklich ist, dass die Aufmärsche nahezu ungestört von Protesten stattfinden konnten und dass eine politische Auseinandersetzung mit der eindeutigen NS-Verherrlichung durch die Zivilgesellschaft nicht mehr stattfindet. Grund genug also, beide Events noch einmal zu analysieren.



Die Kranzträger: (v.l.n.r.) Rene Bethage von der »Berliner Alternative Süd-Ost«, Gordon Reinholz vom »Märkischen Heimatschutz« und Björn Wild von der »Kameradschaft Tor« als Kranzträger in Halbe

»Heldengedenken« in Halbe 2003

Zehn Jahre nach dem letzten Aufmarsch von über 1.000 Neonazis in Halbe 1992, und ein Jahr nach der juristischen Schlappe von Christian Worch & Co. vor dem Oberverwaltungsgericht Frankfurt/Oder im November 2002, konnte am 17. November 2003 eines der Highlights der deutschen Nazi-Szene, der Aufmarsch zum »Heldengedenken« vor Deutschlands größten Soldatenfriedhof in Halbe, stattfinden. Im Gegensatz zum vorherigen Jahr wurde der Aufmarsch im Jahr 2003 von den Gerichten erlaubt. Doch mit ca. 500 TeilnehmerInnen blieb der Marsch weit hinter den Erwartungen der Veranstalter um Christian Worch zurück. Auch in Halbe gab es das übliche Rahmenprogram aus Würstchen-Stand, den Liedermachern »Manuel« und Andre Lüders, den Rednern Christian Worch, Thorsten Heise sowie Thomas Wulff und einem Schweigemarsch mit klassischer Musik zum Waldfriedhof. Worch und Wulff hatten hier erstmals seit zwei Jahren wieder gemeinsam die Fäden in der Hand.

Bei ihrem kurzen »Gedenkmarsch« trugen die Neonazis Kränze vor sich her, auf deren Schleifen der im April 1945 in der »Kesselschlacht« von Halbe eingesetzten SS-Divisionen und Wehrmachts-Einheiten gedacht wurde. Anmelder Lars Jacobs aus Schleswig-Holstein bemühte sich sogar noch erfolglos, durch einen Verwaltungsrichter eine Eilentscheidung gegen das polizeiliche Abkleben der Buchstabenfolge »SS« zu erlangen. Auch ein zweites Zugeständnis mussten die



[1] Sven Liebich (Halle) trägt im »Fuck America« T-Shirt ein gestohlenes Transparent durch Wunsiedel.

Neonazis – vor allem Aktivisten von Kameradschaften aus den neuen Bundesländern, aus Norddeutschland und aus Thüringen sowie der NPD-Ortsverband Gera – bei der Ortswahl machen. Das Amt Schenkenländchen hatte als Verwaltungsorgan das Betreten des Waldfriedhofes Halbe untersagt. So berichteten der »frühere Jagdpilot« Reinhold Leidenfrost und der »Ritterkreuzträger« Otto Riehs vor dem Friedhof über die vermeintlichen Heldentaten ihrer verstorbenen »Kameraden«. Der Hallenser Kameradschaftsführer Sven Liebich trug brav ein Gedicht vor und alle sangen mehr oder weniger gekonnt das Lied »Ich hatt' einen Kameraden«.

Widerstand abgedrängt

Zeitgleich nahmen rund 250 Menschen an einer von antifaschistischen Gruppen initiierten Gedenkkundgebung für Wehrmachts-Deserteure und ZwangsarbeiterInnen teil. Im vorherigen Jahr hatten noch 600 AntifaschistInnen den Weg nach Halbe gefunden – obwohl der Naziaufmarsch 2002 gar nicht stattfand. Eine antifaschistische Demonstration war im Jahr 2003 ebenso wie eine Ehrung ukrainischer Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, deren Gräber sich ebenfalls auf dem Waldfriedhof befinden, von den Behörden verboten worden. Der rechtsextremen DVU dagegen wurde für den selben Tag eine Kranzniederlegung auf dem Friedhof genehmigt. Eine Mahnwache für die Wehrmachtsdeserteure auf dem Friedhof, die Ludwig Baumann, Vorsitzender der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz, angemeldet hatte, wurde mit der Begründung nicht zugelassen, der Antrag dafür sei zu spät gestellt worden.

Heß-Gedenken in Wunsiedel 2003

Rund 3.000 Neonazis aus ganz Europa kamen am 16. August 2003 nach Wunsiedel – damit zog das Großevent des deutschen Neofaschismus noch mehr Teilnehmer an als im vorangegangen Jahr und etabliert sich gleichzeitig – wie zuletzt Anfang der 90er Jahre – als strömungsübergreifender, generationenübergreifender, internationaler Treffpunkt und Austauschort der extremen Rechten aus ganz Europa. Anders als in den Jahren zuvor bestätigte der bayerische Verwaltungsgerichtshof die Verbotsverfügung des Landratsamtes Wunsiedel, das sein Verbot auf die Verherrlichung des Nationalsozialismus als Ziel des Aufmarsches gestützt hatte. Das Bundesverfassungsgericht hob diese Entscheidung jedoch wieder auf und machte somit den Dutzenden Reisebussen, Zügen, unzähligen Pkws und Kleinbussen den Weg nach Wunsiedel frei. Noch mehr Neonazis als die Jahre zuvor reisten im August 2003 aus ganz Europa in das oberfränkische Städtchen Wunsiedel, um bei heißen Würstchen, lauwarmen Reden, kaltem Gesang sowie einem anschließenden Schweigemarsch Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß zu verehren, Propagandamaterial auszutauschen, Kontakte zu knüpfen und der Szene ein motivierendes Erlebnis zu bescheren. Unter ihnen befand sich – mit Ausnahme von Christian Worch und Thomas Wulff – fast die gesamte militante Neonazi-Szene der BRD sowie die italienischen »Veneto Fronte Skinheads«, schwedische, britische, dänische, belgische, französische, tschechische und spanische »Kameraden«. Am Nachmittag zogen die Nazis aus allen Altersgruppen, zahlenmäßig jedoch vor allem junge Naziskins, schweigend mit schwarzen Fahnen und Hess-Transparenten sowie klassischer Musik durch den Ort.

Kaum Widerstand

Den wenigen Dutzend autonomen AntifaschistInnen, die dieses Jahr nach Wunsiedel gekommen waren, blieb größtenteils nichts anderes übrig, als sich mit ein paar hundert Bürgern, die sich zu einer Gegenkkundgebung mit musikalischer Untermalung versammelt hatten, im von der Polizei bewachten Ortskern aufzuhalten und beim Vorbeiziehen des Neonazi-Marsches antifaschistische Parolen zu rufen. Gleichzeitig nahmen Neonazis am Grillstand nebenan ihr Mittagessen zu sich oder saßen in den angrenzenden Biergärten und Kaffees.

Die zumeist von Wunsiedler Jugendlichen gemalten und aufgehängten antifaschistischen Transparente, Plakate und Schilder waren größtenteils schon bei der Anreise der Neofaschisten zerstört, gestohlen oder später als verfremdete »Beutestücke« mitgetragen worden. Wie schon im vergangenen Jahr hatten die Neonazis am 16. August 2003 in Wunsiedel die Hegemonie. ■

Neonazi-Aktivitäten gegen die »Wehrmachtsausstellung«

In Dortmund und Peenemünde

» Am 31. Januar 2004 wollen Neonazis zum Abschluß der Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht« in Hamburg aufmarschieren. Ein Rückblick auf die Naziaktivitäten in Dortmund und Peenemünde soll bei der Einschätzung helfen.

Dortmund:
Schon seit Monaten waren sie auf der »Heimatseite« der »Völkisch orientierten Gemeinschaft Dortmund« angekündigt: zwei neonazistische Demonstrationen sowie diverse »stationäre Kundgebungen« gegen die in Dortmund gastierende Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht«. Zum Unterstützerkreis des Aufrufs »Heraus zum Protest! Unsere Großväter waren keine Verbrecher« gehörten vor allem die »Freien Kameradschaften« und der NPD-Landesverband aus NRW. Maßgeblich beteiligt an der Organisation der Naziaktivitäten waren Karin Lenzdorf und Katja Jarminowski von der »Kameradschaft Dortmund«. Beide gelten als enge Vertraute des Kameradschaftsführers Sigfried Borchardt (»SS-Siggi«) der zwischenzeitlich eine einjährige Haftstrafe verbüßt. Am 20. September 2003 zum Auftakt des Aktionsmarathons hatten sich rund 700 Neonazis eingefunden. Es waren nahezu alle NRW-Kameradschaften und NPD/JN-Verbände angetreten unterstützt von Delegationen aus anderen Bundesländern und den Niederlanden. Sieben Tage später kam es dann zur ersten von insgesamt vier »stationären Kundgebungen« der Neonazis gegen die Ausstellung. 70 Personen nahmen daran teil, etwa 120 Menschen führten eine spontane Gegendemonstration durch. Am 11. Oktober 2003 folgte die zweite »stationäre Kundgebung«, zu der etwas mehr als 100 Neonazis erschienen. Am 13. Oktober 2003 wurde ein Anschlag auf die Ausstellung verübt. Auf der Herrentoilette wurde Buttersäure freigesetzt, so dass das gesamte Gebäude evakuiert werden musste und die Ausstellung kurzzeitig geschlossen wurde. Im Internet jubelten kurz darauf »Nationalsozialisten aus Dortmund und Umgebung« über die Aktion der »Kameraden«. Bereits in der Nacht zuvor war der Museumseingang mit Hakenkreuzen beschmiert worden; wenige Tage später wurde eine Scheibe des Museums eingeworfen. Für die Dortmunder Polizei waren »Anzeichen für einen politisch motivierten Hintergrund« nicht zu erkennen, wenngleich ein solcher »etwa durch Rechtsextremisten« nicht auszuschließen sei. Etwas mehr als 500 TeilnehmerInnen wurden dann bei der Abschlussdemonstration der Neonazi-Kampagne gezählt.

Benjamin Handrik (links) und Martin Krause (rechts) aus Rostock als Trommler in Peenemünde.

Peenemünde:
Bereits im Winter des Jahres 2002 wurde in Mecklenburg-Vorpommern gegen die im folgenden Sommer stattfindende Wehrmachtsausstellung mobil gemacht. Nicht jedoch Neonazis, sondern Lokalpolitiker aus Rügen waren es, die die Ausstellung nicht auf ihrer Insel haben wollten. Sie sei »tourismusschädigend hoch zehn«, meinte Rügens Bürgermeister Horst Schaumann.[1] Noch bevor dann die Entscheidung für die ehemalige



»Opa war in Ordnung !« – Transparent gegen die »Wehrmachtsausstellung« in Peenemünde.

»Heeresversuchsanstalt« in Peenemünde auf Usedom statt des »Kraft-durch-Freude-Bades« Prora auf Rügen getroffen wurde, meldete der aus Rostock stammende und nun in Schleswig-Holstein lebende Neonazi Lars Jacobs eine Demonstration in Peenemünde an. Diese sollte jedoch nicht die einzige bleiben: Im April 2003 kündigte die »Pommersche Aktionsfront«, ein Bündnis von Neonazis aus Vorpommern, zwei eigene Aufmärsche und eine Reihe von Infoständen an. Als Anmelder trat Michael Vedder auf, der sich vorher als Kopf einer Wolgaster Initiative gegen ein Flüchtlingsheim präsentierte. In dem darauf folgenden Streit mit Christian Worch taten sich dagegen die regionalen Nazi-Größen Enrico Hamisch und Michael Kutschke hervor.

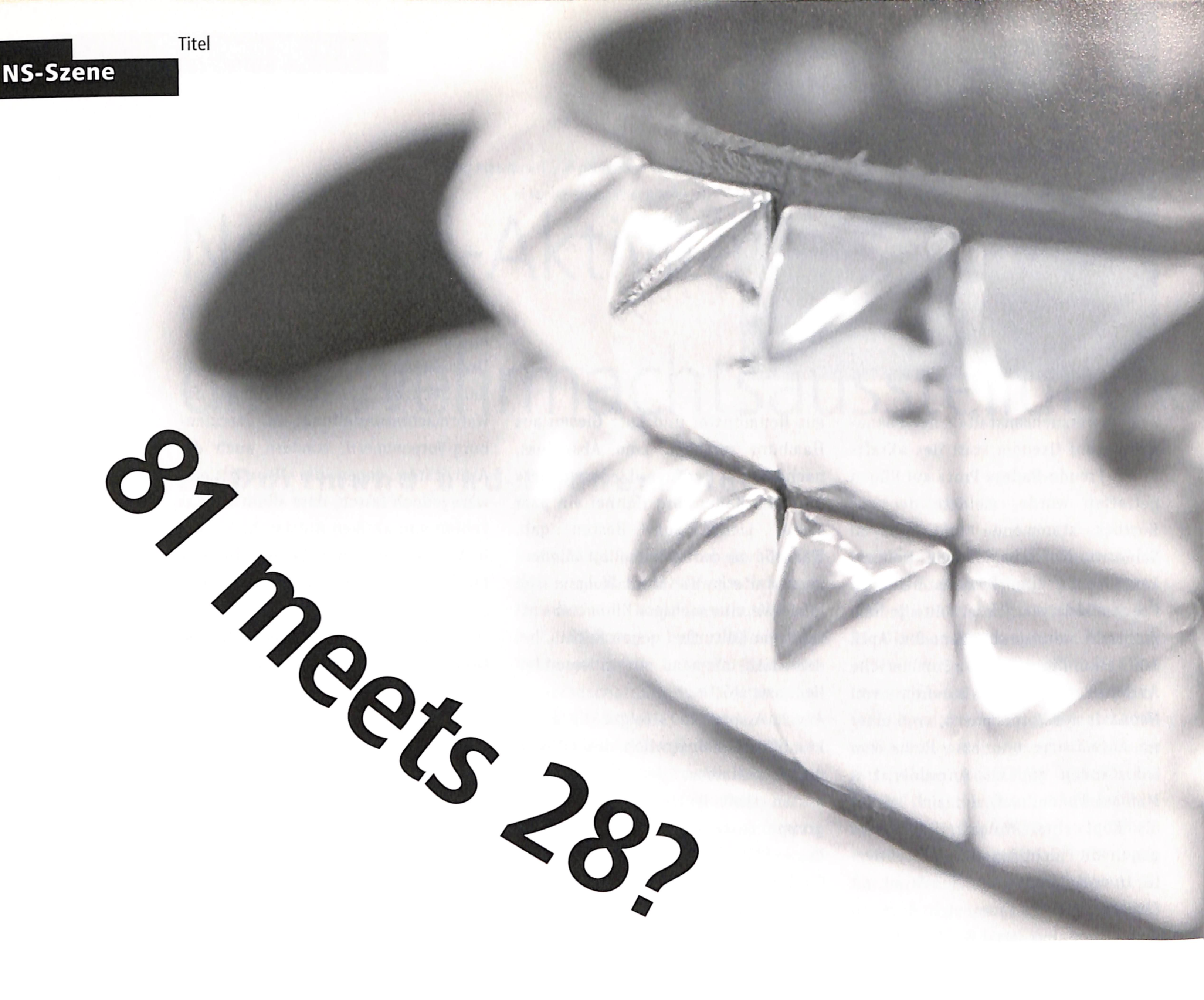
Nur einen Tag nach der Eröffnung der Ausstellung im Historisch- Technischen Informationszentrum (HIT) am 24. Juli 2003 fand bereits ein erster Infostand der »Pommerschen Aktionsfront« in Peenemünde statt. Fortan konnten die Neonazis über die gesamte Dauer der Wehrmachtsausstellung ungestört vor dem Haupteingang des Museums und in der näheren Umgebung über angebliche Verbrechen an der Wehrmacht »aufklären«.

Der 26. Juli 2003 sollte der erste und einzige Höhepunkt in der Kampagne der regionalen rechten Szene sein. Etwa 400 Neonazis aus Kameradschaften Mecklenburg-Vorpommerns, Brandenburgs und Berlins sowie NPD Mitglieder aus der Umgebung marschierten mit Trommeln und einheitlichen T-Shirts zum Thema durch Wolgast. Die Neonazis Peter Borchert aus Neumünster und Lutz Giesen aus Hamburg sprachen zum Abschluss, nachdem der Berliner »Liedermacher« und NPD-Kader Jörg Hähnel ein paar seiner Lieder zum Besten gab. Während sie dort unbehelligt blieben, veranstalteten die Stadt Wolgast und lokale Vereine mehrere Kilometer entfernt ein Kulturfest gegen Rechts, bei dem sich niemand an anwesenden Neonazis störte.

Am 2. August 2003 folgte die angekündigte Demonstration des »Freundeskreis Halbe«, der Wolgaster IG »Taten statt Worte«, der »Aktionsgruppe Festungsstadt Rostock« und des »Ehrenkommites 8. Mai« mit Christian Worch, Lars Jacobs und deren Umfeld. Doch mit den knapp 200 Neonazis lag die Teilnehmerzahl weit unter den Erwartungen. Zudem störten an die 40 AntifaschistInnen aus der Region lautstark die Zwischenkundgebung der Demonstration. Mitte August 2003 kam es zu mehreren Hausdurchsuchungen in Vorpommern. Die Polizei beschlagnahmte bei Michael Kutschke, der sich für die Neonazi- Zeitung »Der Fahnenträger« verantwortlich zeichnet, wegen des Verdachts des Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen unter anderem dessen Computer, so dass er seine Arbeit für die »Pommersche Aktionsfront« vorerst einschränken musste. Diese »logistischen Gründe«[2] waren es dann wohl auch, weshalb die für den 6. September 2003 angekündigte Demonstration abgesagt wurde. Stattdessen fand erneut ein Infostand statt, in dessen Verlauf 40 Neonazis »spontan« den Eingang des Museums mit einer Sitzblockade versperrten. Die Polizei hatte keine ausreichenden Kräfte zur Räumung so, dass das HIT einfach einen Nebeneingang öffnete. Unspektakulär war nicht nur das Ende der rechten Kampagne gegen die Wehrmachtsausstellung in Mecklenburg-Vorpommern, sondern auch die Aktivitäten gegen die Neonazis. Es wäre jedoch falsch, dass allein auf das Fehlen von aktiven AntifaschistInnen in Vorpommern und deren Schwäche im Rest des Bundeslandes zurückzuführen.

Das »Historisch Technische Informationszentrum« (HIT) unternahm keine Versuche, die Wehrmachtsausstellung als Teil eines geschichtspolitischen Diskurses zu sehen und einzuordnen. Stattdessen verknüpfte es die Ausstellung mit dem normalen Programm der »V2 Gedenkstätte«[3]. So waren es nur der Streit in der Neonazi-Szene und die Beschlagnahmung eines Teils der Technik der »Pommerschen Aktionsfront«, die umfangreichere Aktionen verhinderten. Keine Diskussion oder gar größeres Aufsehen verursachte die Absage des israelischen Soziologen Natan Sznaider und des Hamburger Autors Günther Jacob als Referenten für eine Veranstaltung, die im Begleitprogramm zur »Wehrmachtsausstellung« stattfinden sollte. Sie warfen den Veranstaltern vor, dass sich im Rahmenprogramm der Ausstellung Anknüpfungspunkte für Naziaktivitäten fänden[4]. Symptomatisch dafür erwähnten sie das »Kombi-Ticket«, das einen verbilligten Eintritt in die »Wehrmachtsaustellung« und gleichzeitig in die Ausstellung über die V2 ermöglichte. Zu diesem »Raumfahrtmuseum« (Die Welt) bemerkte der Berliner »Tagesspiegel«: »Seit Jahren balanciert Museumsleiter Dirk Zache auf dem schmalen Grad zwischen Erinnerung an die Schreckensherrschaft und Faszination für die Raumfahrt.«[5] ■

1| Ostseezeitung, Lokalausgabe für Rügen, 28.12.2002; www.linkslang.de/presse/419.htm
2| Mitteilung der Pommerschen Aktionsfront; http://nd-b.com/ww/aktuell/2003-08-25c.htm
3| Schweriner Volkszeitung 7.10.2002
4| Konkret, Heft 9, Sept. 2003
5| Tagesspiegel, 25.07.2003



81 meets 28?

Was passiert, wenn Neonazis bei Rockergruppen einsteigen? Werden diese Gruppen damit zu Bestandteilen der neonazistischen Infrastruktur? Oder ist es so, dass sich die Neonazis dann, wenn auch nur schrittweise, entpolitisieren müssen? Die Beobachtung von temporären Allianzen zwischen Neonazis und Rockern ist nicht neu. Doch vor dem Hintergrund sich verändernder Szenen, sowohl bei den Rockern wie auch bei den Neonazis, sind die damit verbundenen Fragen aktueller denn je. Der folgende Beitrag soll diese Fragen aufgreifen und Fakten liefern. Hierzu haben wir mit Mitgliedern deutscher Motorradclubs (MCs), die ungenannt bleiben werden, lange und kontrovers diskutiert und darüber versucht, zu einer Einschätzung zu kommen. Dieser Artikel versteht sich als Einführung in die Thematik und wird sich vor allem mit den »großen«, internationalen Clubs beschäftigen. Im nächsten AIB werden wir uns ein paar »kleineren« Clubs widmen, die sich in der Grauzone zwischen Bikern und Neonazis bewegen und Bestandteil zum Teil bizarrer Halbwelten sind.

Die Meldung der Südwest Presse vom 23. Dezember 2002 ist kein Einzelfall. Unter der Überschrift »Skins und Rocker rücken zusammen« heißt es: »Der Treff der Bandidos in Mannheim etabliert sich allmählich als Veranstaltungsort für rechtsradikale Konzerte. Dabei gibt sich der internationale Motorradclub im Internet als Unterstützer der »Biker gegen Rechts« aus.« Anlass für den Bericht waren zwei Konzerte, die im Bandidos-Clubhaus in einem Mannheimer Industrieviertel unter der Mitorganisation von (ehemaligen) Blood & Honour-Exponenten stattfanden: Am 2. November 2002 spielten »Siegnum«, »Propaganda«, »White Voice« und »Stoneheads« vor 400 Neonazis, die aus mehrere Bundesländern und aus dem benachbarten Ausland angereist waren. Am 21. Dezember 2002 traten »Aufmarsch«, »Gegenschlag« und





[1] Rocker des MC Gremium und der Hells-Angels – Stilvorlagen für die extreme Rechte?
[2] Vandalen-Grußformel V.F.F.V. (Vandalen Forever – Forever Vandalen) – abgeschaut von den Hells Angels

erneut »Siegnum« vor 130 Neonazis auf. Die extrem rechte Bremer Band »Kategorie C« tingelte derweilen durch verschiedene Clubhäuser des MC Gremium und der Hells Angels, und im Jahre 2003 kam auch der NS-Black Metal in manch einem Clubhaus an: Bands wie »Wewelsburg« und »Totenburg« gastierten im Juli 2003 bei den Mannheimer Bandidos, »Magog« aus dem Umfeld der ehemaligen »Skinheads Sächsische Schweiz« (SSS) im November 2003 beim Outlaws MC im thüringischen Grabe. Für Personen der SSS keine neue Erfahrung: Im Clubhaus des Dresdner Gremium MC konnte die 2001 verbotene Neonazi-Terrortruppe in der Vergangenheit mehrere Veranstaltungen durchführen. Bei einer Razzia, die sich vor allem gegen den als extrem rechts (szene-)bekannten MC Nordmänner aus dem niedersächsischen Wendland richtete, wurden im Frühjahr 2003 über 200 Maschinenpistolen und -gewehre sowie einige Panzerfäuste gefunden, was die Frage aufwirft, für wen und was diese Waffen eigentlich bestimmt waren. Jüngstes Beispiel sind die Durchsuchungen bei Combat 18 Pinneberg am 28. Oktober 2003, die darauf begründet waren, dass sich die Neonazis Waffen aus der regionalen Rotlicht- und Rockerszene besorgen wollten.

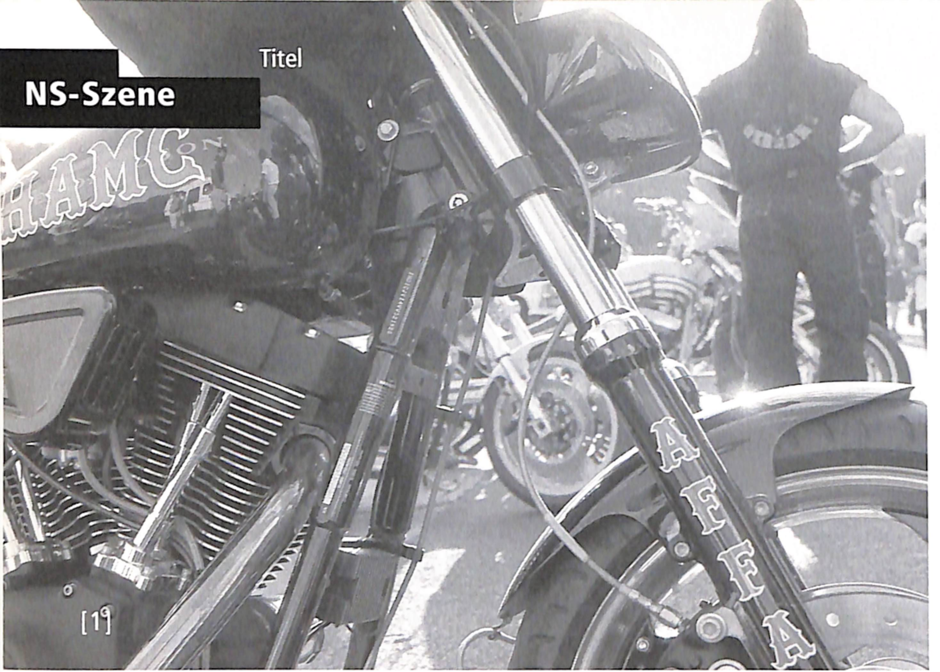
Selbst die Sicherheitsbehörden reagieren aufgeschreckt, ihre Sicherheitsanalysen klingen besorgt. Nach einer Razzia am 16. November 2003 gegen ein »Nordmann-Treffen« des Berliner Rockerclub Walhalla 92 zählte die ansonsten recht wortkarge Berliner Polizei der Öffentlichkeit vor, wer alles dort angetroffen wurde. Ca. 30 Gäste kamen – so die Polizei – vom MC Born to be Wild, ein Dutzend aus der »harten, rechten Szene« wie der Neonazigruppe Vandalen. Die Signale an die Biker sind unüberhörbar: Spielt nicht mit den Schmuddelkindern.

Dies sind einige der harten Fakten, die zeigen, wie dringend antifaschistische Wachsamkeit geboten ist. Dennoch erscheint Sensationsberichterstattung genauso wenig angebracht wie ein vorurteilsgeladenes »es wächst zusammen was zusammen gehört«. Denn die Biker-Szene insgesamt ist nicht weiter nach rechts gerückt. Dass es jedoch zunehmend Allianzen zwischen einzelnen Clubs und Neonazis gibt, hat meist einen sehr einfachen Grund: Geschäfte. Und da haben die Neonazis mancherorts einiges zu bieten. Für die antifaschistische Bewegung kann das kein Grund zur Entwarnung sein. Doch sollte sie sich bemühen, die Dynamik der derzeitigen Entwicklung zu verstehen, um differenziert und zielgerichtet intervenieren zu können.

Berührungspunkte

Bereits Ende 70er Jahre waren »Nazi-Rocker«, die in Clubs wie MC National oder MC Stander Greif bundesweit Furore machten, ein Thema für die Medien. Sie verschwanden nach einigen Jahren. Sie lösten sich auf, mancher stieg aus, andere fanden Aufnahme in eher »unpolitischen« Clubs. Als 1980 die »Wehrsportgruppe Hoffmann« verboten wurde, richtete die Polizei eigens eine Kommission ein, um den weiteren Werdegang der Hoffmann-Leute zu verfolgen, der bei einigen direkt in den (heute aufgelösten) MC Lawmen führte. Fünf Jahre später resümierten die Staatsschützer, dass außer Aufnähern wie »Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein« keine sichtbaren Zeichen einer extrem rechten Politisierung unter den Lawmen festzustellen waren. Nach ein paar Jahren waren dann auch die Aufnäher von den Kutten verschwunden.

Berührungspunkte und Zusammenarbeit zwischen Neonazis und Rokkern gab es in den folgenden Jahren dennoch genug. Vor allem im Tätowier-Business, im Türsteher-Gewerbe und sicher auch in manch krimineller Sparte, z.B. im Waffenhandel, fanden sie immer wieder zusammen. Die deutsche Rockerszene bot lange Zeit ein recht eingefahrenes Bild, geriet ab 1999 aber in Bewegung. Der gefürchtete MC Bones trat zu den Hells Angels über, die (schwarzen) Ghost-Rider, die über mehrere Dutzend Chapter in Deutschland verfügten, schlossen sich den Outlaws an und stellten sich ebenfalls unter amerikanische Führung. Und die erbitterten Konkurrenten der Hells Angels, die Bandidos, drängten mit der »Übernahme« der (gelben) Ghost-Rider mit Macht nach Deutschland. Die Szene hat sich »globalisiert«. Heute sind es vier Clubs, die das Geschehen bestimmen: Outlaws, Bandidos, Hells Angels sowie der MC Gremium, der letzte Club im Konzert der Großen, der noch von Deutschland aus geleitet wird. Deren Clubpolitik funktioniert nach den Prinzipien »moderner« Unternehmensführung: Franchising, grenzüberschreitender Expansionsdrang, freundliche und feindliche Übernahmen. Die Marketingabteilung sorgt sich derweilen um das Image. Der Mythos der »Wilden« und »Gesetzlosen« wird sorgsam gepflegt und eine geheimnisvolle wie schillernde Parallelwelt aufgebaut. Andererseits bemüht man sich um





[1] Vielen der vermeintlichen »Nazi-Rockern« fehlt schon allein das Motorrad zur Rocker-Idendität.

[2] Stilelemente germanischer Mythologie finden sich in der Rocker- und in der Nazi-Szene.

gesellschaftliche Anerkennung und demonstriert über Spendenaktionen für die Kinderkrebshilfe oder Kampagnen wie »Biker gegen Rechts« soziale Verantwortung.

Wenn auch das sogenannte Rotlicht-Milieu nach wie vor ein Steckenpferd der Biker ist, so macht dieses – auch oder gerade bei den großen Clubs – nur einen Teil des Business aus. Immobiliengeschäfte oder das Veranstalten großer Events (vom Rock-Festival bis hin zum Box-Weltmeisterschaftskampf) sind mit geringen (juristischen) Risiken und oft reichlich Profit verbunden.

In dem Bemühen, sich einen bestimmten Markt in einem abgesteckten Territorium zu sichern, steht man sich mittlerweile auf den Füßen herum und ist mehr denn je gezwungen, örtliche Hilfstruppen zu rekrutieren, die den Boden bereiten und Plätze freihalten. Die Helfershelfer, denen über einen Support-Club, einen Hangaround- oder Prospect-Status Identität geboten und das Gefühl vermittelt wird, nun bei einer unschlagbaren Truppe dabei zu sein, werden oft unter dem Kriterium auserwählt, ob sie ein lokaler Machtfaktor sind und/oder den Zugang zu einer bestimmten Geschäftssparte öffnen können. Die Neonazis sind vielerorts ein Machtfaktor. In manchen Regionen bestimmen sie, was auf der Straße abgeht. Rechtsrock und rechter Lifestyle sind ein Business, das sich bereits in einer Halbwelt eingerichtet hat und Aberhunderte von ihnen sind bereit, ihr Geld darin zu investieren, sich von Kopf bis Fuß zutätowieren zu lassen. Zudem: Neonazis sind extrem autoritaristisch, jederzeit bereit, sich unterzuordnen, nach oben zu buckeln und nach unten zu treten. Gerade in Netzwerken wie »Blood & Honour« oder »Hammerskins« ist seit den 80er Jahren schon eine Affinität zu den Bikergruppen zu erkennen. Das Prinzip von einjährigen »Probemitgliedschaften«, die Berechtigung, erst bei einer Vollmitgliedschaft das Organisationssymbol bzw. »Colour« zu tragen, haben die selbsternannten Naziskin-Eliten eins zu eins von den Bikern abgekupfert. Der interne Hammerskingruß H.F.F.H (Hammerskins Forever – Forever Hammerskins) ist eine billige Kopie einer von den Hells Angels in die Rockerszene eingebrachten Grußformel, ursprünglich A.F.F.A. (Angels Forever – Forever Angels). Auch das Prinzip, verbotene Symbole und Namen über Zahlencodes zu verschlüsseln – aktuell wurde aus »Blood & Honour« »28« – gewann nach dem Verbot der Hamburger Hells Angels 1983 Popularität. Sie traten fortan als »81er« auf.

Darüber hinaus findet über den Tätowierkult und die steigende Popularität von Flammensymboliken in der Neonaziszene eine fortschreitende stilistische und ästhetische Annäherung statt. Viele Personen des harten Kerns der Neonazis stehen weiterhin vor dem »Problem«, am Ende ihrer »Karriere« angekommen zu sein. Etwas Höheres als dem Führungskreis von »Blood & Honour«, »Hammerskins« oder einer Kameradschaft hat die Szene nicht zu bieten. Oft genug mussten sie auch erkennen, wie ihre »Eliten« nicht das hielten, was sie versprachen. Das gesamte Ausmaß der Durchsetzung der Szene mit Informanten ist nach der Erfahrungen der letzten Jahre allenfalls grob zu schätzen. Und diejenigen mit den größten Klappen und den dicksten Muskeln (wie zum Beispiel aktuell Martin Wiese aus München) waren oft die, die in den polizeilichen Vernehmungen am längsten und lautesten sangen. Vom pseudokonspirativen, sprich: unprofessionellen, Verhalten und den bitteren Konsequenzen (wie zum Beispiel aktuell München) ganz zu schweigen. So haben sich nicht wenige vom harten Kern der Neonazis bewusst und gewollt in die Grauzone zwischen politischen Aktivismus und Rocker-Szene begeben. Ob sie sich dort auf Dauer einrichten können und wohin der Weg der Einzelnen führt, ist vielfach wohl noch offen.

Neonazis bewegen sich auf die Bikerclubs zu – nicht umgekehrt. Dass die großen Clubs in einer White-Power-Bewegung aufgehen, scheint kaum vorstellbar. Denn sie können es gar nicht. Die Bandidos gründeten sich in Mexiko und in den Südstaaten der USA, um eben eine Gegenmacht gegen die rassistische Dominanz der Hells Angels aufzubauen und haben

mutig.
Doch so beginnen die wunderbarsten Freundschaften. Bei glei
sich auch ein Weg
bahn dann folgt, erklärt uns Hoffes, Präsi der





[1] Member des MC »Iron Cruise Wolmirstedt« bei einer Neonazi-Demo in Magdeburg

[2] Faksimilie: Der frühere NF-Kader Andreas Pohl als »Oswald, Vize Gremium Dresden« in der »Bikers-News«.

Antirassismus in ihren Leitlinien festgeschrieben. Wie auch die Outlaws sind die Bandidos, bis hinein in die Führungsebenen, in Deutschland wie in den USA eine »multikulturelle« Truppe. Selbst die Hells Angels, die in Norddeutschland (vor allem Hannover und Hamburg) über Jahre wenig Berührungsängste mit Neonazis hatten, bemühen sich zur Zeit, dieses Image zu korrigieren. Das alles kann die Clubs natürlich nicht im emanzipatorischen Sinne als fortschrittlich erscheinen lassen, jedoch scheint einer nationalistischen und rassistischen Ausrichtung erst einmal der Riegel vorgeschoben.

Sind die Bikergruppen also ein Beschäftigungsprogramm für profilierungssüchtige Neonazis? Oder sind sie gar das Trittbrett zum Ausstieg, in dem sie das Angebot formulieren, dass man Rebellenmythen, elitäres Selbstverständnis und reaktionäre Lebenswelten – Männlichkeitskult, Waffenfetisch, Machtstreben – auch ausleben kann, ohne Neonazi zu sein? So einfach ist es leider nicht. Denn das Verhältnis zwischen manchen Rockerclubs und Neonazis ist geprägt von jeweiliger Selbstüberschätzung. Die Neonazis jedenfalls freuen sich über ihre vermeintlich »neuen Freunde«. Nachdem die Neonaziband »Gegenschlag« aus Mittelhessen im Mannheimer Clubheim der Bandidos auftrat und dort offensichtlich echte Bandidos kennen lernen durfte, ließ sie es sich nicht nehmen, diese auf ihrer CD zu grüßen. Alleine die Tatsache, dass sie nicht in der Lage waren, den Namen richtig wiederzugeben und stattdessen von »Banditos« schrieben, dürfte ihnen in der Bandidos-Chefetage wenig Sympathien eingebracht haben.

Wenn auch das Politikverständnis mancher Neonazis verwässern wird, so sind sie, genauso wie die Biker, stets in der Lage, die sich ergebenden Widersprüche auszublenden. Die »Vorteile«, die neonazistische Gruppen und Personen aus dieser Liaison ziehen können, potenzieren die Bedrohung für alle, die nicht in ihr Weltbild passen. Ob es jetzt ein erleichterter Zugang zu Waffen und entsprechende Ausbildungsmöglichkeiten sind, oder die Tatsache, dass in Zeiten zunehmender Repression die Rocker-Clubhäuser als Treff- oder Fluchtpunkte dienen können.

Mancher Bikerclub glaubt sich außerhalb jeder politischen Logik stellen, »geschäftliche« und »politische« Beziehungen trennen und Neonazis nach Gutdünken »benutzen« zu können. Doch in manchen Regionen sind die Neonazis überaus selbstbewusst und in der Lage, ihren Standortvorteil zu nutzen. Letztendlich stellt sich in dem ein oder anderen Fall die Frage, wer hier wen funktionalisiert. Beispiele aus Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Niedersachsen zeigen Bedenkliches auf.

Alte Bekannte und neue Freunde

In Mecklenburg-Vorpommern sind es vor allem die Bandidos-Chapter aus Neubrandenburg und Stralsund, die durch extrem rechte Connections auffallen. Ein Beispiel: Das Europatreffen der Bandidos in Anklam Ende Juli 2003 wurde u.a. von Maik Wittmann aus Rosenhagen bei Anklam angemeldet. Wittmann ist gleichzeitig Vermieter für den Neonazi-Laden »New Dawn« in Anklam und den benachbarten extrem rechten Tattoo-Laden »Blood & Pain«. Auch im ersten Domizil des »New Dawn« war Wittmann schon der Vermieter für den Ladenbetreiber Markus Thielke, einem Aktivisten des »Kameradschaftsbunds Anklam« (KBA). So war dann auch vor Ort niemand darüber erstaunt, dass als einzige Nicht-Member die Aktivisten des KBA freien Zutritt zum Europatreffen der Bandidos hatten, während andere Besucher sorgfältig gescreent oder gar nicht erst reingelassen wurden. Von dem Event schwärmte Anklams Bürgermeister hinterher, die Festwiese sei noch nie so aufgeräumt hinterlassen worden. Und wer sich Naziskins in der Region Ostvorpommern in den Weg stellt, wie am Himmelfahrtstag im Mai 2003 eine Gruppe von auswärtigen Ravern auf dem Zeltplatz von Ueckeritz auf der Insel Usedom, muss ganz schnell feststellen, dass die zunächst unterlegenen Nazis innerhalb kürzester Zeit Verstärkung mobilisieren können. Augenzeugenberichten zu Folge waren



unter den rund zwei Dutzend Angreifern, die die nicht-rechten Zeltplatzbesucher dann massiv vertrieben, eine Anzahl von Männern, die Aufnäher mit dem Schriftzug »Bandidos« trugen.[1] Derartige Allianzen sind keineswegs zufällig. Schließlich mischen lokale Naziskins der ersten und zweiten Generation nicht nur in Regionen wie Ostvorpommern längst in allen Geschäftsbereichen mit, die entweder hart am Rand der Legalität oder jenseits derer liegen: Sei es als Schutztruppen für Straßen-, Wohnwagen- und Wohnungsprostitution, im Anabolika-, Drogen- und Waffenhandel und immer öfter bei der Erpressung von Schutzgeld bei Diskotheken, Spielsalons und Fitnessstudios. Ähnlich substanziell erscheint die Verbindung zwischen Rockern und Neonazis in Sachsen, die ihre Anfänge bereits in den 90er Jahren hatte, als sächsische Neonazis mehrfach für ihre Konzerte auf die Clubhäuser lokaler MCs zurückgreifen konnten. So auf das »Clan Camp« des Dresdner Clan MC, der in langen weißen Mänteln auftrat und nicht nur vom Namen her bewusste Assoziationen zum rassistischen »Ku-Klux-Klan« herstellte. Einer der Anführer war der Ex-Berliner Andreas Siegfried Pohl, ehemaliger Schlagzeuger der Rechtsrock-Pionierband »Kraft durch Froide« und führende Figur der 1992 verbotenen »Nationalistischen Front« und deren Abspaltung »Sozialrevolutionäre Arbeiterfront (SrA)«. In der Grauzone zwischen Neonazis und Rocker bewegte sich Andreas Pohl schon zu Berliner Zeiten: Mit dem »Vandalen« Horst Schott saß er im Vorstand der SrA, beim »Vandalen« Clemens Niesar war er noch 1995 gemeldet. Aus dem Clan MC wurde um 1999 das Chapter Dresden des Gremium MC und »Oswald«, wie sich Andreas Pohl nun nennt, ist dessen strategischer Kopf und »Präsident«. Der Name »Oswald« ist bewusst gewählt: 1951 wurde der SS-Offizier Oswald Pohl von den Alliierten als NS-Kriegsverbrecher hingerichtet. Dass selbst der SSS die Räumlichkeiten des Dresdner Gremium-Chapters in mehreren Fällen zur Verfügung gestellt wurden, verwundert bei derart prominenter Lobby nicht – genauso wenig, wie dass im neugegründeten Chapter des MC Gremium in Cottbus, für welches die Sachsen Aufbauhilfe leisten, ebenfalls (ehemalige?) Neonazis zu finden sind. Der Dresdner Gremium-Treff »Black Seven« wurde nach seiner Schließung im Jahre 2000 an die Neonaziszene weiter gereicht. In den Räumen entstand der Neonazitreffpunkt »Thor«, der nach einer erfolgreichen antifaschistischen Kampagne im Frühjahr 2003 dicht machen musste.

1| Augenzeugen berichten, die Abzeichen mit dem Schriftzug »Bandidos« hätten sich sowohl vorne wie hinten auf den Jacken befunden. Dennoch ist nicht klar, ob es sich bei den »Abzeichen« um »Colour« oder »Support-Aufnäher« handelte. Das »Colour« als großflächiges Rückenemblem ist ausschließlich Mitgliedern vorbehalten, während Aufnäher und Aufkleber wie bspw. »Support your local Chapter - Bandidos MC« beispielsweise auch »Prospects«, also »Anwärter«, besitzen können. Es besteht auch Möglichkeit, dass Personen zu Einschüchterungszwecken (unautorisiert) auf die Bandidos-Symbolik zurückgreifen.

Fazit

Bundesweit gültige Rückschlüsse auf die Clubs lassen die Ereignisse in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern dennoch nicht zu. Obwohl der MC Gremium als »deutscher Club« noch die größte Attraktivität für extreme Rechte ausüben dürfte, kann auch er heute auf eine Anzahl von »Members« mit Migrationshintergrund und schwarzer Hautfarbe verweisen, dies jedoch fast ausschließlich in den alten Bundesländern. Das neugegründete Gremium-Chapter in Bosnien wurde sogar berechtigt, das Kreuz aus dem Gremium-Colour zu entfernen. Der Grund: Es könne als christliches Kreuz verstanden werden, doch die neuen »Member« sind Muslime.

Tatsächlich haben der zunehmende Druck der Behörden, die erhöhte Aufmerksamkeit der Medien wie auch interne Diskussionen dazu geführt, dass das Thema »Neonazis« nun bei einigen Clubs ernster genommen wird. Eine wesentlich Teil zu dieser Diskussion hat auch die Bikers News beigetragen, ein monatlich in der Auflage von 100.000 Exemplaren erscheinendes Mitteilungsblatt der Szene, welches die Liaison mit der extremen Rechten stets kritisiert hat und auch die Kampagne »Biker gegen Rechts« ins Leben rief. Sowohl Bandidos wie auch Gremium haben sich mittlerweile wohl auch zu personellen Konsequenzen entschlossen. Für Orte wie Mannheim ist zu hoffen, dass die Allianz mit der extremen Rechten dort nun einen herben Rückschlag erlitten hat. In anderen Orten besteht die Gefahr, dass dies auf der Ebene von halbherzigen Distanzierungserklärungen, Imagekorrekturen und Bauernopfern stecken bleibt. Denn dort garantieren die Neonazis, dass das Geschäft läuft. Und das ist immer noch das Wichtigste. ■

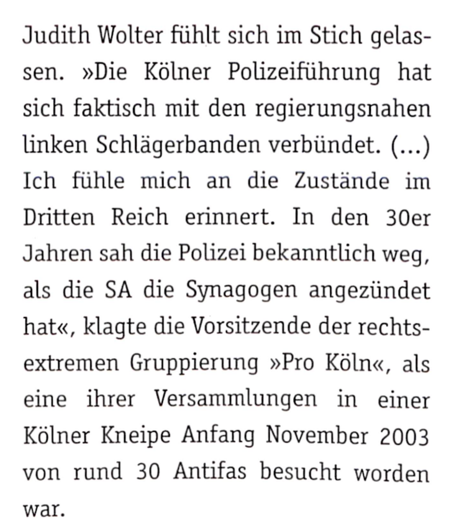
Altbekannte Rechtsextremisten »Pro Köln« im neuen Gewand



[1]

Ein Beitrag der Antifa-K aus Köln

Judith Wolter fühlt sich im Stich gelassen. »Die Kölner Polizeiführung hat sich faktisch mit den regierungsnahen linken Schlägerbanden verbündet. (...) Ich fühle mich an die Zustände im Dritten Reich erinnert. In den 30er Jahren sah die Polizei bekanntlich weg, als die SA die Synagogen angezündet hat«, klagte die Vorsitzende der rechtsextremen Gruppierung »Pro Köln«, als eine ihrer Versammlungen in einer Kölner Kneipe Anfang November 2003 von rund 30 Antifas besucht worden war.

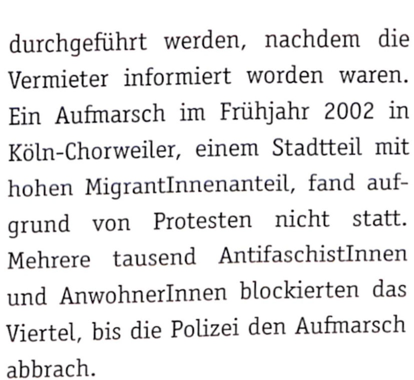


Seit mehreren Jahren versucht »Pro Köln«, unter dem Deckmantel einer bürgernahen und demokratischen »Bewegung« in der Stadt Fuss zu fassen. Mittlerweile hat sich die Organisation zu der aktivsten rechtsextremen Gruppen in Köln entwickelt. Die Mitglieder sind alte Bekannte: Manfred Rouhs, ehemals »Deutsche Liga für Volk und Heimat« (DLVH) und Herausgeber von »Signal«, ist der Kopf der Gruppe. Auch Markus Beisicht und Bernd Schöppe waren wie viele andere Mitglieder bereits in der DLVH aktiv.

»Pro Köln« knüpft an aktuelle lokale Diskussionen an und bemüht sich so, mit rechtsextremen Parolen Akzeptanz zu finden: Im Winter 2001/2002 organisierte die Gruppierung Fackelmärsche gegen einen von der Stadt eingerichteten Strich, sie hetzte gegen den geplanten Bau einer Moschee, marschierte gegen Roma, solidarisierte sich mit Möllemann und mobilisierte gegen den Christopher Street Day.

Mitte September bekam die Einmischung auf lokaler Ebene eine neue Qualität: Auf Einladung der Kölner Anti-Diskriminierungsbeauftragten fand ein Gespräch mit »Pro Köln«-Mitgliedern statt. Die Motivation der Stadtangestellten sei es gewesen, die Polemik und die Diskriminierungen der Gruppierung abzumildern. »Pro Köln« feierte die Einladung indes als Erfolg. Unter dem öffentlichen Druck, der auf das Gespräch folgte, gab die Anti-Diskriminierungsbeauftragte zu, einen »Fehler« gemacht zu haben.

Das »bürgernahe« Konzept, in dem rechtsextreme Positionen jedoch weiterhin deutlich bleiben, ging bisher nicht auf. Dafür sind die Kontakte zur militanten Neonazi-Szene zu offensichtlich. Die Vorsitzende Judith Wolter arbeitet eng mit der NPD zusammen und auf »Pro Köln« Demonstrationen ließen sich auch bekannte Neonazi-Kader wie Christian Malcoci und Siegfried Borchardt blicken. Zum anderen waren die zahlreichen Aufmärsche stets von antifaschistischen Protesten begleitet. In verschiedenen Stadtteilen haben sich Initiativen gegen Rechts gegründet. Mehrere Male konnten Saalveranstaltungen der Gruppierung nicht durchgeführt werden, nachdem die Vermieter informiert worden waren. Ein Aufmarsch im Frühjahr 2002 in Köln-Chorweiler, einem Stadtteil mit hohen MigrantInnenanteil, fand aufgrund von Protesten nicht statt. Mehrere tausend AntifaschistInnen und AnwohnerInnen blockierten das Viertel, bis die Polizei den Aufmarsch abbrach.



Das Konzept der Kölner Polizei hat sich jedoch in letzter Zeit geändert: Die Aufmärsche werden mittlerweile um jeden Preis durchgesetzt. Als »Pro Köln« im März 2003 ein weiteres Mal in Chorweiler aufmarschierte, wurden 300 AntifaschistInnen in Gewahrsam genommen, noch bevor sie in Chorweiler ankamen. Vor Ort verteilte die Polizei Platzverweise und nahm zahllose Menschen, meist jugendliche MigrantInnen fest. Im August 2003 demonstrierte »Pro Köln« unter ähnlichen Bedingungen gegen das Antirassistische Grenzcamp.

Das Ziel der Gruppierung ist der Einzug in den Rat der Stadt Köln bei den Kommunalwahlen im Herbst 2004; mittlerweile sind bereits Kandidaten aufgestellt. Bei diesem Wahlkampf sind verschärfte Bedingungen zu erwarten, da sich neben »Pro Köln« auch die etablierten Parteien auf rassistische Stimmungsmache vorbereiten. ■

[1] Axel Reitz vom Kampfbund Deutscher Sozialisten in Köln und Manfred Rouhs (v.l.n.r.)

Papier ist geduldig...

Nazi-Konzepte im Rückblick



Um Gegenstrategien und -aktivitäten gegen die extreme Rechte punktgenau und wirkungsvoll ansetzen zu können, ist es wichtig, deren Vorgehen und Strategien zu kennen und einzuschätzen. Das regelmäßige Studieren der Papiere und Konzepte der extremen Rechten ist daher wichtig. Diese Quellen müssen jedoch bewertet, an den Möglichkeiten der Nazis gemessen und in die gesellschaftliche Realität eingepasst werden. So ist es zwar wichtig zu bemerken, wenn in der Szene vermehrt Werwolf-Konzepte veröffentlicht werden. Ob diese jedoch von der Szene umgesetzt werden können, muß hinterfragt werden.

» So waren schon die in den Werwolf-Konzepten geforderten Grundvoraussetzungen, wie z.B. die gut ausgebildeten »Schläfer«, einfach nicht vorhanden und konnten auch nicht ausgebildet werden. Ein anderes Beispiel war die Diskussion zum Thema »Die weichen Themen besetzen«, in der es der NPD darum ging, dass ihre Kader eine bürgernahe Politik machen und sich z.B. auch um Abwasser- oder Müllverordnung kümmern. Auch das hat nicht geklappt, da die Kader der NPD weder kompetent in diesen Bereichen sind, noch bringen sie die Motivation mit, sich einzuarbeiten. Ihr Interessengebiet liegt in den klassischen Inhalten der extremen Rechten.

Die meisten Konzepte werden in der Nazi-Szene nicht besonders breit diskutiert. Das liegt vor allem daran, dass viele der angebotenen Konzepte aus unrealistischem Wunschdenken ohne jeden Realitätsbezug bestehen. Andere Konzepte wären vielleicht erfolgreich, wenn sie tatsächlich von der breiten Basis angenommen, verstanden und umgesetzt würden – doch dies ist in der Regel nicht der Fall. Solche Konzepte werden schlichtweg von der breiten Basis kaum wahrgenommen oder direkt umgesetzt. Wenn überhaupt, sind es die regionalen Kader, die Konzepte wahrnehmen, annehmen, umändern oder aufgeben. Doch auch hier scheitern die meisten Konzepte aus verschiedenen Gründen an einer tatsächlichen 1 zu 1 – Umsetzung. Was bleibt sind jedoch identitätsstiftende Fragmente, Schlagwörter und Labels aus den Konzepten.

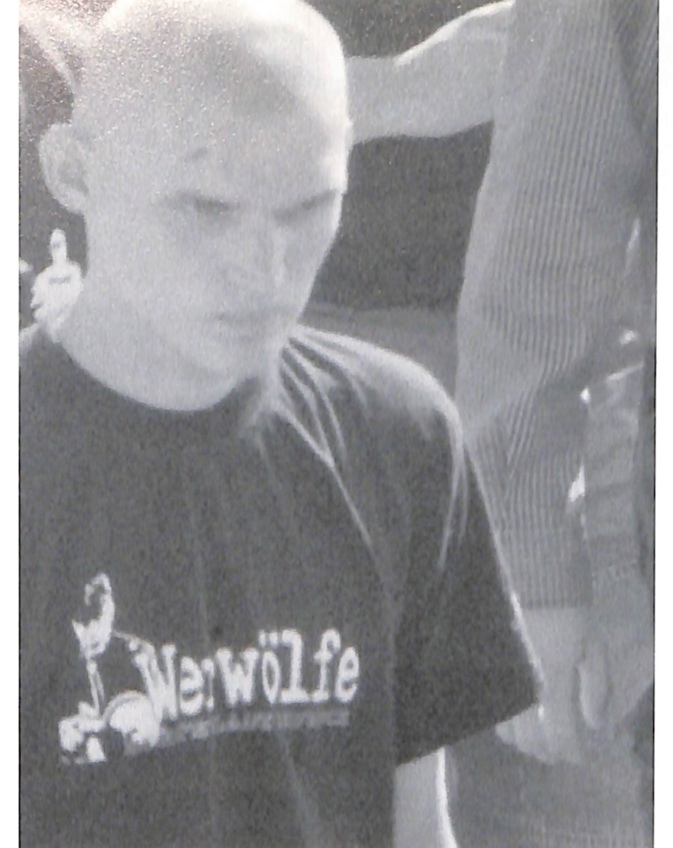
Das AIB hat immer versucht, die in der Szene geführten Debatten abzubilden und zu bewerten. Im Rückblick haben wir natürlich nicht immer richtig gelegen und auch hier und da Sachen für bare Münze genommen. Mit dieser Reihe wollen wir nun anfangen, die Organisationskonzepte und Strategiedebatten noch einmal aufzuarbeiten und zu bewerten.

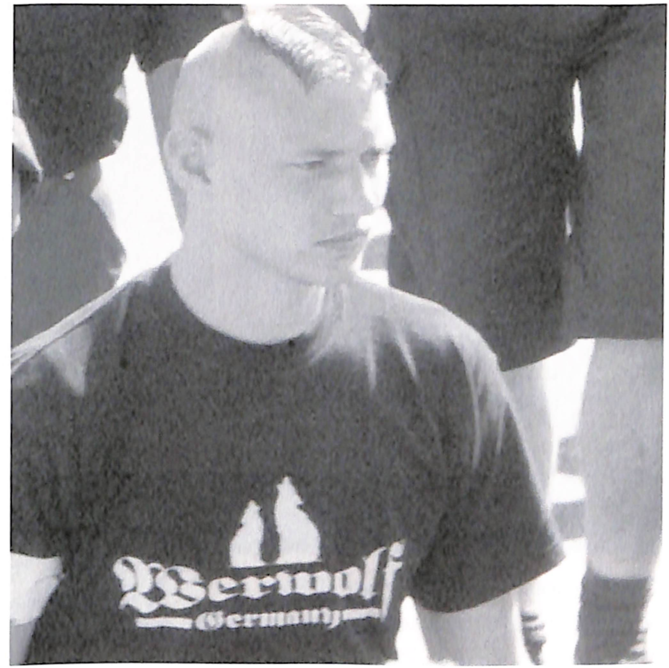
Das Werwolf – Konzept

Ein Konzept, das sich in verschiedenen Spielarten seit Jahren in der Nazi-Szene hält, ist das Werwolf-Konzept. Unter dem Eindruck der Briefbomben-Serie in Österreich, zahlreichen Waffenfunden bei Nazis, deutschen Nazi-Söldnern im Ausland und real existierenden Wehrsportgruppen warnte auch das AIB in den 90er Jahren vor dem Aufbau einer Werwolf-Untergrundstruktur. Im Nachhinein betrachtet scheint die Existenz einer bundesweiten oder länderübergreifenden vernetzten Untergrundstruktur, die in eine politische Konzeption eingliedert ist, zweifelhaft.

Das erste Werwolf-Konzept mit dem Titel »Werwolf – Winke für Jagdeinheiten« wurde bereits 1944/45 in Nazi-Deutschland vom Oberkommando des Heeres herausgegeben und rief zur Bildung bewaffneter Werwolfkommandos auf.[1] Ein Ziel dieser »Kleinkriegseinheiten« war: »Ausrottung der Helfershelfer des Feindes und Durchkreuzung aller feindlichen Maßnahmen durch rücksichtslosen Kampf.«[2] Auf diese militärische Kleinkriegsanleitung berufen sich militante Nazis seitdem, wenn sie vom Aufbau von Untergrundstrukturen träumen. In der Strategieschrift »Eine Bewegung in Waffen« gab es eine politischere Up-Date-Version des Konzeptes: »Im entscheidenden revolutionären Moment des Umsturzes ist der harte Kern der Bewegung, bzw. des illegalen Arms, als Werwolf anzusehen«[3]. An anderer Stelle heisst es: »Der Werwolf ist also (...) die extremste Form der psychologischen Kriegsführung mit einer innenpolitischen Sprengwirkung, die es zu nutzen gilt.«[4] Nach diesem Konzept »muß der Werwolfstab der Organisationsleitung die kämpfenden Einheiten über das Netzwerk ‚Werwolf' direkt und indi-

1) Der Verfasser Arthur Ehrhardt war SS-Hauptsturmführer und Mitbegründer der Zeitschrift »Nation Europa«, heute »Nation+Europa«
2) Werwolf – Winke für Jagdeinheiten, BARETT Verlag GmbH, Solingen, 1994, S. 1. Verleger hierfür war Karl-Heinz [illegible]





Statt getarnten »Werwolf«-Schläfern im Sinne des Konzeptes – Werwolf als »militantes« Label – mitunter sogar falsch geschrieben.

rekt führen«.[5] Das Netzwerk soll aus einem Netz von Aktionsgruppen oder Vertrauensmännern bestehen, die Anlauf- und Versorgungspunkte unterhalten. Wohl in der Vorahnung, dass diese Vorgaben etwas zu schwer umzusetzen sind, räumt der Verfasser in seiner Zusammenfassung ein: »Der Werwolf der Zukunft ist mehr ‚Feierabend- und Wochenendterrorist' als Angehöriger eines ständigen in freier Natur operierender Streifkorps (...) Weiterhin ist zu bemerken, daß wenn der Werwolf ein kleiner ausgewählter Teil des illegalen Arms der Gesamtbewegung ist, er zahlenmäßig anfangs nicht allzu groß sein wird, sondern eher zu klein als zu groß.«[6] Sobald »das System mittels seines Repressionsapparates die Bewegung (...) zu zerschlagen versucht«, darf der Werwolf den verdeckten Kampf starten und sich »aller zur Vernichtung des Systems geeigneten Mittel bedienen«[7].

Dieser Punkt wäre beispielsweise nach dem Verbot diverser Nazi-Organisationen gekommen gewesen. Doch es blieb bei vereinzelten Aufforderungen zum Widerstand. Das gewünschte Resultat des Werwolf-Konzeptes hätte eigentlich in Richtung »Strategie der Spannung« gehen sollen: »Wenn das System schon nicht mehr in der Lage ist, sich gegen die kämpferischen Maßnahmen des Werwolfes zu wehren, dann kann es das bestehende politische und wirtschaftliche Chaos erst recht nicht beseitigen und die Verhältnisse zum Guten wenden. Damit ist die nationalsozialistische Revolution gerechtfertigt.«

Das Werwolf-Konzept zeigt auch, dass es kein allgemeingültiges Master-Konzept innerhalb der Nazi-Szene gibt. Vielmehr haben viele der kursierenden Konzepte einen Angebotscharakter und werden je nach Interessenlage zeitweilig von einigen Personengruppen innerhalb der Szene angenommen. Auch das Werwolf-Konzept war nicht unumstritten. Michael Kühnen erklärte zum Werwolf:[8] »Trotz Verfolgung und Verbot bietet das System (...) immerhin einigen Spielraum für die Organisation des politischen Freiheitskampfes (...) Die Organisation eines zusätzlichen bewaffneten Kampfes – des Werwolfs – kann in der gegenwärtigen historischen Situation diesen Freiheitskampf nicht fördern, sondern nur behindern und lähmen.«

Ähnlich wie der historische Vorgänger scheiterten die Anhänger des Konzeptes mit dem Versuch, einen Nazi-Guerilla-Krieg zu entfesseln. Trotzdem gab es Nazi-Cliquen, die versuchten entsprechende Gruppen aufzubauen. So flog 1991/92 die »I. Werwolf-Jagdeinheit Senftenberg« auf. In Erddepots fand die Polizei u.a. Maschinenpistolen und mehr als 150 Handgranaten. Anhänger der WSG erschossen einen Autofahrer, um an sein Auto zu gelangen.[9] Anfang der 90er Jahre bemühten sich Berliner Neonazis eigene Werwolfzellen auszubauen. Ein Aussteiger berichtete in diesem Zusammenhang von Sprengübungen und Wehrsportlagern.[10] Auch heute gibt es innerhalb der militanten Nazi-Szene immer einen Personenkreis mit Hang zum Waffensammeln und paramilitärischen Übungen. Auch sind ernst gemeinte Planungen zum rechtsextremistischen Terror regelmäßig im Umlauf. Doch der Schritt hin zum Aufbau einer bundesweiten handlungsfähigen Untergrundstruktur blieb aus. Der Personenkreis, der den Willen zum Aufbau solcher Strukturen hat, ist für Sicherheitsbehörden und AntifaschistInnen meist leicht eingrenzbar.

Dass Bestrebungen zum Aufbau terroristischer Nazi-Strukturen trotzdem bei antifaschistischen Recherchen Priorität haben müssen, belegen eine Reihe unaufgeklärter Sprengstoffanschläge und Brandstiftungen in den letzten Jahren.

→

6| ebd., S. 45
7| ebd., S. 48
8| Michael Kühnen, Schriften und Argumente für den Politischen Soldaten, Lexikon der Neuen Front, http://www.nazi-lauck-nsdapao.com/kuehnen/Lex_start.htm
9| Der Generalbundesanwalt, Pressemitteilung vom 4.11.1992
10| Der Aufbau des Werwolfes in Berlin, Interview mit Ingo Hasselbach, AIB Nr. 30, Juni/Juli 1995





Braunschweig, 4.3.2000: Anti-Antifa-Aktivisten in Aktion – [1] Björn Schmidtke, [2] Kempen. Leipzig, 13.7.2002: Anti-Antifa-Transparent (Foto: P. Juelich)

→ **Anti-Antifa-Konzepte – Feindabwehr im Wandel**

Der Antrieb zur Bekämpfung antifaschistischer Strukturen ist in allen Facetten der extremen Rechten gleich. Es ist der Kampf um die Möglichkeit, nach der Zerschlagung des Nationalsozialismus Politik zu machen ohne mit einer Sanktionierung rechnen zu müssen. Die Protagonisten beschreiben sich dabei als sich lediglich wehrende Opfer und beklagen eine »Kumpanei von Staat und Antifa«, der offensiv gegenüber getreten werden müsse. Sprich als Feind definierten Personen seien zu erfassen, zu bedrohen und mundtot zu machen.

1992 erschien in Hamburg das Neonaziblatt »Index« mit dem Schwerpunkt »Anti-Antifa« und listete linke Treffpunkte auf, um zu zeigen, »wie so etwas aussehen könnte, und einen Ansporn zu weiterer Unterstützung geben«. Man wolle »aufzeigen, wie viel wir noch nachzuholen und aufzubauen haben, bis wir eines Tages auch nur einen vergleichbaren Stand erreicht haben.«[11] Im selben Jahr resümierte Christian Worch in einem Rundschreiben: »Nachdem immer mehr Gruppen sich – teilweise schon über die bisherigen Organisationsgrenzen hinaus – mit Feindaufklärung befassen, stellt sich die Frage nach einer informellen 'Vernetzung'. Aus personellen, finanziellen und technischen Gründen ist es (...) noch nicht erfolgversprechend, eine reichsweite Zentralstelle zur Dokumentation und Auswertung des gesammelten Materials zu schaffen. (...) Wenn aber eine solche zentrale Vernetzung ('von oben') noch nicht machbar ist, ist an eine Vernetzung 'von unten' zu denken«[12]. Von einer zentralistischen Organisation – sei es von oben oder unten – kann bis heute nicht die Rede sein. Vielmehr gibt es regional aktive und gruppenübergreifende Anti-Antifa Gruppen, wobei festzustellen ist, dass das Thema einer nicht unbeträchtlichen Zahl von Einzelpersonen zur Profilierung dient.

Vom Prinzip »Einblick«...

1993 erschien die Broschüre »Der Einblick«, in der ca. 250 vermeintliche Linke aufgezählt wurden, um diesen »unruhige Nächte« zu bereiten und sie »endgültig auszuschalten«.[13] Die Empörung war groß und die Bundesanwaltschaft ermittelte gegen die Herausgeber um den Nürnberger Norman Kempken. Deren Appell: »Diese Veröffentlichungen müssen entsprechende Konsequenzen für unsere Gegner haben« blieb nahezu unerfüllt und der angestrebte Einschüchterungseffekt -»wenn sie wissen werden, daß wir ihre Gewohnheiten, ihre Familien und ihre Autos kennen. Wenn wir wissen, wo und mit wem sie arbeiten, wo sie ihren Urlaub verbringen und welche Interessen ihre Freizeit ausfüllen.«- Wunschdenken. An dem »Prinzip Einblick« hat sich bis heute wenig geändert, gelegentlich erscheinen Veröffentlichungen, die recht wahllos linke

11| Index #29, Nationale Liste, 1992

12| Drahtzieher im braunen Netz, Antifaschistisches Autorenkollektiv, 1996

13| »Der Einblick – die Widerstandszeitschrift gegen den zunehmenden Rotfront- und Anarchoterror«, 1993



Gerne auch Hilfstruppe der Polizei – praktizierte Anti-Antifa-Tätigkeit am Rande einer Demonstration in Bitterfeld.

Personen outen, Antifatexte wiedergeben und deren Duktus und Habitus gern in umgekehrter Weise übernehmen. Zwar gibt man sich wild entschlossen, kämpferisch und »autonom«, will aber eine Strafverfolgung nicht riskieren. So erklärt eine Anti-Antifa aus Rheinland Pfalz, ihr würden »überzeugte nationale Sozialisten angehören, die bereit sind ihr Leben für die Sache zu geben«, um später zu betonen, dass sie »keine kriminelle Vereinigung sind, die es darauf abgesehen hat Straftaten zu begehen«.[14]

»Kumpanei von Staat & Anti-Antifa«

Eine realistischere Einschätzung als Worchs Initationspapier und die Allmachtsphantasien des »Einblick« geben neuere Anti-Antifa-Texte. Kraftmeierei und unkontrolliertes Sammeln von auch »staatlichen« Feinddaten bescherten zwar Ermittlungsverfahren, der Effekt hielt sich aber in Grenzen. Veröffentlichungen, die über »name-dropping« hinausgingen, waren eher Zufallstreffern verdankt, als einer eigenen kontinuierlichen Beobachtung und Einschätzung. Erfolgversprechender scheint es den Neonazis nun, im Sinne einer staatlichen entpolitisierenden Kriminalisierung der Antifa in die Rolle einer Hilfspolizei bei der Bekämpfung »linker Kriminalität« zu schlüpfen.[15] So will die Anti-Antifa Nürnberg »beweiskräftiges Material gegen die Antifa und ihre strafrelevanten Aktivitäten herbeischaffen«[16] und ausgerechnet im deutschsprachigen Magazin der Terrorgruppe »Combat 18« wird die Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen propagiert. Es wird nahegelegt, linken Internetseiten anzuzeigen oder sich über Antifa-Publikationen ohne presserechtlichen Verantwortlichen zu erkundigen »ob das einen Straftatbestand oder eine Ordnungswidrigkeit« sei. Bekannte Nazis sollen »bei sich bietender Gelegenheit Strafanzeige gegen die Linken stellen! Danach über einen Anwalt Akteneinsicht beantragen (...) und auswerten!!! Das Anzeigeerstatten ist (...) von enormer Wichtigkeit, da es den Verfolgungsdruck auf die Linken erhöht, deren Straftatenstatistik in die Höhe treibt und denen viele Frechheiten uns gegenüber vermiest, da sie Angst vor der Bullen-Verfolgung haben/bekommen!«[17] Unabhängig davon, ob sich eine Anti-Antifa nun militant formiert oder lauthals als verfolgte Unschuld nach staatlichem Eingreifen ruft, bleibt der alltägliche Strassenterror gegen Linke ein Selbstläufer. Oft genug wird der umgesetzt von rechts anpolitisierten Jugendlichen, organisierten Neonazis oder besoffenen Nazi-Skinheads, die weder das eine noch das andere Konzept jemals gelesen haben werden.

National Befreite Zonen - Der Ursprung

Im Jahr 1991 veröffentlichte der Nationaldemokratische Hochschulbund, die Studentenorganisation der NPD, in seiner Zeitschrift »Vorderste Front« den Text »Schafft befreite Zonen«. Vor dem Hintergrund der Auflösung der DDR und den neuen Möglichkeiten für die eigene Arbeit, verstand sich das NBZ-Konzept als strategischer Plan für die Schaffung von Freiräumen, wo Neonazis Macht- und Kontrollfunktionen inne haben. Militanz wurde als legitimes Mittel benannt.

Unter Einbeziehung der Bevölkerung sollten sich Neonazis in den NBZ wirtschaftlich selbstständig machen und Reisebüros, Läden, Druckereien etc. aufbauen. Diese wirtschaftliche Infrastruktur sollte der besseren Vernetzung der neonazistischen Szene dienen. Die Autoren des Ursprungskonzeptes benannten als räumliches Minimum für eine NBZ einen Straßenzug, dachten jedoch schon damals in der Dimension von ganzen Städten. Gewalt galt für den Aufbau der national befreiten Zonen als adäquates Mittel, da »zehn bis zwölf entschlos- →

14| Brauner Partisan #1 – Stimme der braunen autonomen Untergrundbewegung, Revolutionäre Anti Antifa Zelle.

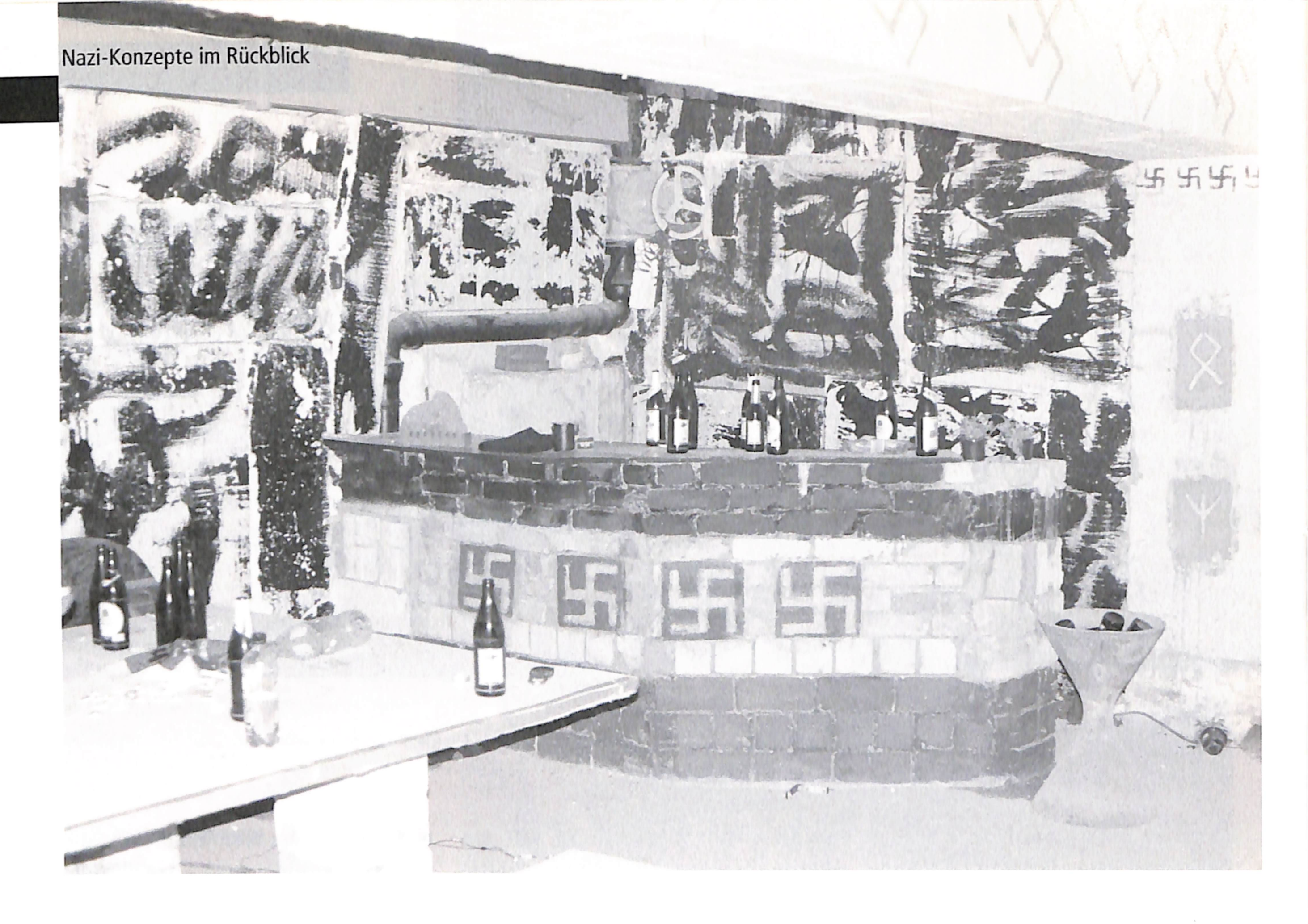
15| Siehe auch ausführlicher AIB Nr. 57, Mit der Anti-Antifa gegen den Totalitarismus.

16| Anti-Antifa Nürnberg, Ein Feind heißt: Antifa!, http://faf.die-kommenden.net, 2003

17| C 18, Stormer – Die deutsche Fassung #1, Anti Antifa Kampf & Taktik

18| Vorderste Front, Nr.2, o.J. (1991), S.6: Schafft befreite Zonen!

Nazi-Konzepte im Rückblick



»Castle Wolfenstein« – illegaler Nazi-Jugendclub in Berlin-Treptow

→ sene Revolutionäre [genügen] und WIR bestimmen, was aus militanter Sicht in Leipzig angesagt ist und was nicht«.[18]

Die zentralen Aspekte des NBZ-Konzeptes stammen nicht aus NPD-Kreisen, vielmehr studierten deren damalige Vordenker die Praxis neonazistischer Gruppen anderer Länder. Hierzu zählte die Terza Posizione, welche ab Ende der 70er Jahre in Italien militant nationalrevolutionäre Ideen vertrat und den Aufbau einer »GEGENMACHT« vorantrieb. »Dies geschah durch den Aufbau einer eigenen Infrastruktur mit eigenen Läden, Geschäften, Druckereien etc.«[19] Kopf der Terza Posizione in jener Zeit war Robert Fiore, der heute über vorzügliche Verbindungen zur europäischen Rechten, u.a. zur NPD, verfügt.

Modifikationen und Rückschritte

Ende der 90er Jahre wurde das NBZ-Konzept aktualisiert und der Realität angepasst.[20] Der inflationäre Gebrauch des Begriffes »national befreite Zone« machte dies ebenso notwendig wie der massive Zulauf an Anhängern, den die extreme Rechte in den 90er Jahren hatte. Von der Schreibtisch-Strategie der Eroberung von Straßenzügen, Stadtbezirken oder ganzen Städten verabschiedete man sich. Vielmehr kann heute schon ein einzelnes Haus eine national befreite Zone sein. Wesentlichere Modifikationen waren aber die Benennung von Schnittstellen in weite Teile der Gesellschaft hinein und der explizite Einbezug der kulturellen Sphäre. Letzteres entsprang jedoch nicht politischen Diskussionen. Vielmehr sprang die NPD auf einen Zug auf, welchen neonazistische Skinhead-netzwerke wie Blood & Honour schon längst auf die Reise geschickt hatten. Jedoch verknüpfte die NPD das NBZ-Konzept mit ihrem Drei-Säulen-Modell, welches den Kampf um die Straße, den Kampf um die Köpfe und den Kampf um die Parlamente propagierte. Nach unzähligen mehr oder weniger erfolgreichen Demonstrationen und der kontinuierlichen Präsenz auf der Straße, widmet sich die NPD gegenwärtig vermehrt dem Kampf um die Köpfe. National befreite Zonen seien ein Teil des Kampfes um die Köpfe, ließ der NPD-Vorsitzende Udo Voigt verlauten. »Die Aufgabenstellung lautet hier durch Agitation und Provokation die Köpfe der Menschen freizumachen von Vorurteilen, anerzogenen Abwehrreflexen und Verhaltensmustern der 'pc' (political correctness).«[21]

Da das Drei-Säulen-Konzept der NPD eng mit dem NBZ-Konzept verknüpft ist, steht für die Zukunft die Frage im Raum: Wie sieht eine national befreite Zone in einem (Kommunal-)Parlament aus?

Einschätzung

Legt man der Realität der vergangenen zwölf Jahre nun das Konzept zu Grunde, so kann gesagt werden, dass kein Gebiet bekannt geworden ist, wo das NBZ-Konzept vollständig umgesetzt wurde. Dort, wo derartige Entwicklungen zu beobachten waren und sind, sorgte immer wieder auch eine antifaschistische Berichterstattung für die entsprechende Aufmerksamkeit. Was in vielen Gebieten bis heute funktioniert, war und ist die Duldung

(militanter) neonazistischer Aktivitäten durch die Bevölkerung. Dies war aber selten der absichtlichen Umsetzung des NBZ-Konzeptes geschuldet. Vielmehr existiert in diesen Gebieten eine rechte Dominanzkultur, die wohlstandschauvinistische und rassistische Einstellungen mit sozialen Netzwerken verknüpft. Gerade die ländlichen Gebiete in Ost und West machen dies bis in die Gegenwart hinein deutlich. Fast immer scheiterte aber der Aufbau einer tragfähigen wirtschaftlichen Infrastruktur. Die Ursachen hierfür sind je nach Beispiel im Spannungsfeld zwischen betriebswirtschaftlicher Unfähigkeit, dem Mangel an zahlungskräftigen InteressentInnen und manchmal auch antifaschistischen Aktionen zu suchen. So entstanden und entstehen »No-go-Areas«, aber keine NBZ's.

»Nationaler Widerstand« statt Programm

Als die Nazi-Szene Anfang bis Mitte der neunziger Jahre einige organisatorische Dämpfer, ausgelöst durch staatliche Parteiverbote, hinnehmen musste, geisterten ziemlich schnell Begriffe wie »Freie Nationalisten«, »Aktionsbüro« oder auch »Nationaler Widerstand« gleichermaßen durch die Presse als auch durch die Szene selber.

In ihnen schien anfangs das ersehnte Erfolgsrezept gegen weitere Verbote und eine voranschreitende Marginalisierung der Szene durch zunehmende Zersplitterung und Spaltung gefunden. So stellte das Konzept des »Nationalen Widerstand« eine Art Minimalkonsens dar, unter dem sich die verschiedenen zum Teil verfeindeten Strömungen der extremen Rechten zumindest zu Aktionsbündnissen zusammenfinden sollten, um regional beschränkt gemeinsam zu konkreten Anlässen zusammen zu arbeiten. Gleichzeitig trug dieses Konzept dem Fehlen der bisherigen Parteien Rechnung, die durch ihren zentralistischen Ansatz wenigstens für einen Grundkonsens ihrer Mitglieder gesorgt haben. An ihre Stelle traten aber vermehrt sogenannte »Freie Kameradschaften«, die zumindest nach außen relativ unvernetzt und spontanistisch organisiert schienen. So ermöglichte das Konzept des »Nationalen Widerstandes« Ende der 90er Jahre unter diesem Label zahlreiche regionale Bündnisse zwischen diversen Kameradschaften und auch Verbänden der NPD und der JN.

Gerade die Kameradschaftsszene erlebt(e) durch dieses Konzept einen erheblichen Aufschwung. »Die alten Strukturen waren und sind zum Teil schuld daran, dass es in Deutschland noch immer nicht zu einer großen einigenden Bewegung gekommen ist, die sich als eine Sammlung aller konstruktiven Kräfte versteht«[22], analysiert ein sog. »Freier Nationalist«. So brauchten sich die meist jugendlichen Anwärter nicht mehr der starren Organisationsform einer Partei unterwerfen, sondern konnten sich einfach einer relativ lose organisierten Kameradschaft anschließen, oder gleich mit dem eigenen Freundeskreis eine neue gründen.

Diese scheinbar unorganisierten Kleingruppen unter dem Label »Nationaler Widerstand« waren aber keinesfalls so unorganisiert wie es nach außen schien. So bildeten sich ziemlich schnell nach Umsetzung dieses Konzeptes die ersten regional weiter gefassten »Koordinierungsstellen« für die einzelnen Kameradschaften, die sog. »Aktionsbüros«. Diese Aktionsbüros waren verantwortlich für die Mobilisierung und Organisation von Aufmärschen und stellten Propagandamaterial zur Verfügung.

Die Koordination lief meist über Internetseiten und Infotelefone dieser Aktionsbüros. Personell bestanden die westdeutschen Aktionsbüros aber keineswegs aus neuen Gesichtern, sondern fast ausschließlich aus Führungspersonen der Anfang der neunziger verbotenen Parteien und Organisationen. Besonders Aktivisten aus dem Dunstkreis der GdNF waren und sind seit den Aufbauzeiten der Aktionsbüros besonders aktiv. Schien dieses Konzept bestehend aus politischem Minimalkonsens und zellenartiger Vernetzung von Kleingruppen gerade in der Anfangszeit überaus erfolgreich, was vor allem Neurekrutierungen und Organisation von Aufmärschen betraf, stellten sich mit der Zeit immer mehr Probleme ein. Vor allem das Verhältnis von Kameradschaftsszene und NPD wurde zunehmend zu einem Konkurrenzverhältnis und die anfangs recht enge Zusammenarbeit wurde durch Intrigen und Abgrenzung abgelöst. Ein weiteres Problem ist die Kurzlebigkeit vieler Kameradschaften. Durch das Fehlen einer übergeordneten Partei, die sich um die Schulung ihrer Mitglieder kümmert, ist die ideologische Bindung der einzelnen Aktivisten an die »gemeinsame Sache« längst nicht so groß wie sie bei den »Recken« von FAP und NF noch war. So fällt einzelnen Kameradschaften oder auch ganzen Gruppen das Abtauchen ins Privatleben viel leichter als früher. Oft sind die meisten Kameradschaften nicht über den Status eines niedrigschwelligen Angebotes herausgekommen und konnten deshalb die anfangs zahlreich rekrutierten Mitglieder nicht an eine kontinuierliche politische Arbeit binden.

Ebenso kann die starke kulturelle Ausdifferenzierung der Szene auf das Fehlen von Parteien und Schulungen geschoben werden. Waren früher die Skinheads die einzige geduldete Jugendkultur in der Bewegung, so finden wir heute ein sehr diffuses Bild in der jugendkulturellen Ausrichtung der Szene vor. Gerade das starke Engagement in den eher erlebnisorientierten Jugendkulturen, lässt die Kernelemente des Nationalsozialismus als alleiniges Identität stiftendes Merkmal in den Hintergrund treten, was dazu führt, dass gemeinsame Aufmärsche uninteressanter werden, dafür aber kulturelle Angebote wie Neonazikonzerte einen erheblichen Reiz ausüben. ■

22| Zentralorgan Nr. 1 Seite 24



Interview mit Gerd Dembowski

»Fussball ist nie unpolitisch«

Gerd Dembowski, Aktivist im Netzwerk der Faninitiativen BAFF (»Bündnis aktiver Fussballfans«) und einer der Kuratoren der Ausstellung »Tatort Station – Rassismus und Diskriminierung im Fussball« über Rassismus im Station, die Lippenbekenntnisse mancher Vereinsfunktionäre und antirassistische Fanprojekte.

» *AIB: Kannst Du zunächst kurz skizzieren was der Inhalt der Arbeit von BAFF ist?*

Dembowski: BAFF ist ein loses Netzwerk von ca. 40 Faninitiativen, die jedoch alle unter ihrem eigenen Namen agieren. Die hier assoziierten Gruppen beschäftigen sich nicht nur mit Rassismus und Rechtsextremismus im Fussball, sondern vertreten auch darüber hinaus die Interessen von Fans, wenn es z.B. um die restlose Kommerzialisierung der Fussball- und Stadionkultur geht. BAFF veranstaltet als Netzwerk im Jahr zwei Treffen für Faninitiativen, auf denen Kampagnen geplant und Probleme ausgetauscht werden.

Welche Ziele verfolgt Eure Arbeit?

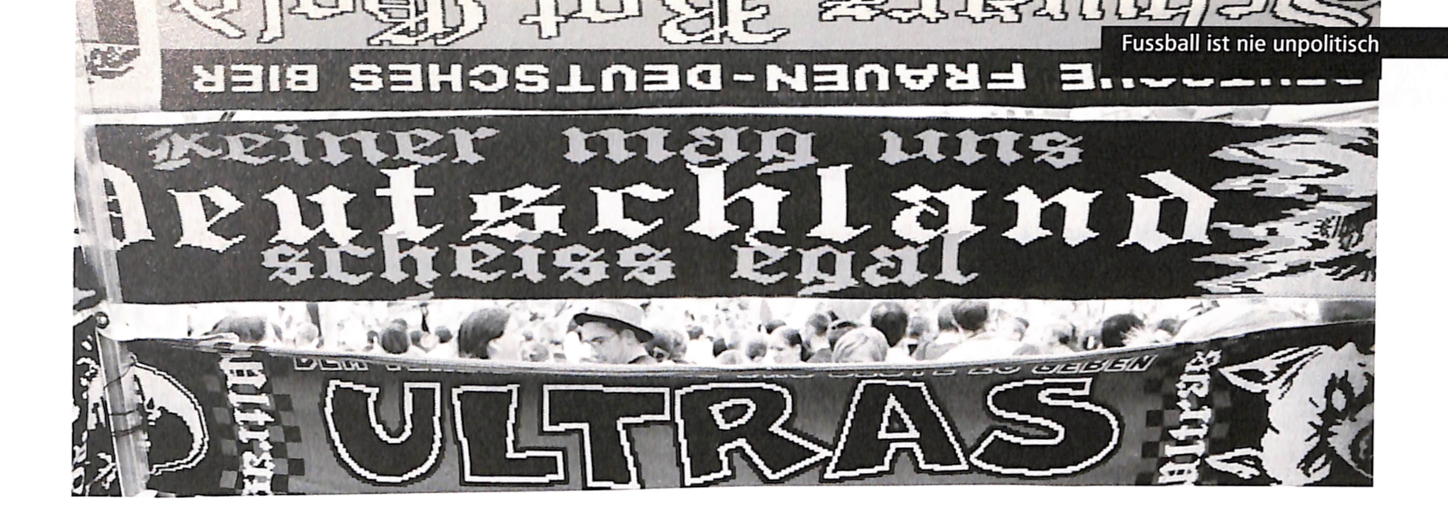
Also Ziel ist ganz klar das Zurückdrängen von Rassismus und Rechtsextremismus in den Stadien. Das bedeutet sowohl Öffentlichkeitsarbeit, als auch die direkte Präsenz in den Stadien und den Kontakt zu Fans und Vereinen. So geben BAFF – Faninitiativen eigene Fanzines heraus, wo sich neben originären Fussballthemen auch antirassistische Inhalte wiederfinden. Viele Aktivitäten spielen sich aber inzwischen auch im Internet ab.

Seit mehr als 20 Jahren sind Fussballstadien in Europa Aktionsraum für rechte Fans und Rekrutierungsfeld für Neonazis, was die Ausstellung ja auch an Beispielen wie der »Borussenfront« zeigt. Wie würdest Du die Situation in den Stadien im Moment einschätzen?

Dazu eine allgemeine Aussage zu treffen ist schwer. Anfang der 1990er gab es einen enormen Aufschwung rechter und rassistischer Tendenzen im Fussball. Entgegen eines weitverbreiteten Eindrucks war dies nicht nur in Ostdeutschland der Fall. Inzwischen ist die Situation insoweit eine andere, als dass es nun schon seit Jahren eine Reihe von Fans und auch Initiativen gibt, die dem rechten Mob etwas entgegensetzen. Zudem treten rechtsextreme Fans nicht mehr ganz so offen wie früher auf. Die Vereine reagieren sensibler auf rechte Tendenzen. Auch wenn manche Fanprojekte im Osten zugleich auf eine modifizierte Form der akzeptierenden Jugendarbeit setzen.

Wie ist die Rolle der Vereine im Umgang mit Rechtsextremismus zu bewerten?

Nach meinem Eindruck verhalten sich einige Vereinsfunktionäre



ambivalent. Für viele Vereine ist Rassismus im Stadion ein Imageproblem. Die Sponsoren treten an die Vereine heran, weil es für das Produkt Fussball schädlich ist, ein schlechtes Image zu haben. Vieles geschieht aus Opportunismus, was egal wäre, wenn dahinter ein langfristiges antirassistisches Konzept stünde, was fast nie der Fall ist. Zu oft bleibt es bei Aktionen á la »Dem Rassismus die rote Karte zeigen!« für die Fotografen. Leider verstehen sich viele Fanprojekte nur als sozialpädagogische Begleitung von Fans. Dahinter tritt die notwendige Auseinandersetzung um rechte politische Inhalte zu oft zurück. Das hindert den DFB jedoch nicht daran, Fanprojekte in der Öffentlichkeit generell als antirassistische Maßnahme darzustellen – aus Imagegründen. Dennoch gibt es auch Vereine, die an einer kontinuierlichen antirassistischen Fanarbeit interessiert sind. Nur fehlt hier oftmals das Geld, obwohl es dafür Töpfe bei der UEFA gibt. Wird das Thema von Vereinen aufgegriffen, dann fast immer unter dem Motto Toleranz, Integration etc. Damit ist ziemlich unverhohlen Anpassung gemeint. Englische Fussballinis sind da weiter. Dort heißen entsprechende Projekt eindeutig: against rassism!

Welche Reaktion kamen auf die Ausstellung?

Viele Fans haben sehr positiv reagiert. Natürlich gab es auch viele Diskussionen mit Hooligans und Ultras, die immer betonten, wie unpolitisch sie seien. Denen war schwer zu vermitteln, dass es unpolitischen Fussball, unpolitisches Verhalten im Stadion in Bezug auf Rassismus nicht gibt. Für viele Fans ist die Ausstellung auch ein erstmaliger Anstoß, sich mal mit den Zuständen in ihrem Stadion zu befassen. Für die Ausstellung können wir uns vor Anfragen nicht retten, überlegen aber, manche Tafeln noch zu überarbeiten und zu erweitern.

Warum ist Fussball eigentlich ein so attraktiver Tummelplatz für rechte Hooligans und Neonazis?

Auch wenn es abgedroschen klingt: Fussball ist ein Spiegel der Gesellschaft, wo sich Woche für Woche Manager und Looser, Bürger und Chaoten, Arbeiter und Yuppies treffen. Also gibt es hier auch Neonazis. Zudem agieren sie im Stadion anonym, sie tauchen in der Masse unter und sind dennoch präsent. In gewisser Weise ist Fussball auch ein autoritäres Spiel. Er ist eine Art Kapitalismustraining. Was zählt ist Befehl, Gehorsam und der Sieg.

Welche Rolle spielt dabei, dass Fussball ein männlich dominierter Sport ist?

Klar, Fussball ist eine der letzten Männerdomänen, in der Männerbündelei, Härteideale und Schwulenfeindlichkeit unterschwellig immer abrufbar sind. Patriachiale männliche Identitäten werden im Fussball immer noch reproduziert, was auch daran zu erkennen ist, wie schwer es weibliche Fans oder der FrauenFussball haben.

Wie findest Du die Gründung von alternativen Fussballclubs wie z.B. den verschiedenen »Roter Stern« Vereinen, die es inzwischen gibt? Das ist ja auch der Versuch, der extremen Rechten eine Lebenswelt streitig zu machen. Ist es sinnvoll und machbar, über Fussball emanzipatorische Identitäten an Jugendliche zu vermitteln?

Ich finde es sehr wichtig, Jugendlichen auch im Bereich Fussball ein Identitätsangebot zu unterbreiten, das eine Alternative zur einer rechten Gruppensozialisation sein kann. Die Idee, sich aus der Leistungsideologie der Ligen auszuklingen, eine eigene sportliche Lebenswelt aufzubauen, ist ja nicht neu. Das fand sich schon in der Arbeitersportbewegung und in der jüdischen Sportbewegung der Weimarer Republik. Diese Entwicklung darf nur nicht zur Abschottung führen, sondern muss sich offen bleiben für die Ideen und Praxis junger Leute oder auch MigrantInnen.

Danke für dieses Gespräch und viel Erfolg für Eure Arbeit!

weitere Informationen zu Baff unter: www.aktive-fans.de



Rastatt – Die sympathische Stadt

Bündnisse gegen Flüchtlinge

» Die meisten in der Asylbewerbersammelunterkunft der badischen Kleinstadt Rastatt untergebrachten Flüchtlinge schlafen noch, als sie am 14. August 2003 um 6 Uhr morgens unsanft geweckt werden. Bewaffnete Vermummte schlagen Türen ein, stürmen in die Zimmer, in denen meist jeweils acht bis zwölf Erwachsene auf engstem Raum untergebracht sind und überwältigen die aus dem Schlaf gerissenen Bewohner. Manchen wird der Mund zugehalten, anderen der Hals zugedrückt.

Als auch in der oberen Etage die Türen eingeschlagen werden, stürzt sich ein junger Mann in Panik aus dem Fenster und bleibt mit ausgekugelten Hüftgelenken und Knochenbrüchen schwer verletzt liegen.

Erst nach einer Weile können einige der verschreckten Bewohner erkennen, dass es sich bei den Eindringlingen um Polizeibeamte eines Sondereinsatzkommandos handelt und legen die zur Verteidigung ergriffenen Stühle zur Seite.

Diese von 150 Polizeibeamten durchgeführte Durchsuchungsaktion war der vorläufige Höhepunkt in einer vom Rastatter Oberbürgermeister Klaus-Eckhard Walker (SPD) initiierten Hetzkampagne gegen die dort untergebrachten AsylbewerberInnen.

Begonnen hatte die Geschichte mit einer Raegge-Party, die die dort wohnenden Flüchtlinge vor ein paar Monaten auf dem Gelände der Sammelunterkunft feierten und, um Probleme zu vermeiden, sogar vorher bei der Polizei anmeldeten.

Diese Party war dem in direkter Nachbarschaft wohnenden sozialdemokratischen Oberbürgermeister Klaus-Eckhard Walker zu laut, so dass er einige Tage später im Gemeinderat verkündete, die Asylbewerber sollten die Gepflogenheiten ihres Gastgeberlandes respektieren oder »zurück in den Kongo gehen, wo sie ums Feuer tanzen können, bis sie schwarz werden, was sie aber schon sind«.

Etwa 70 BewohnerInnen demonstrierten daraufhin in der Innenstadt gegen Rassismus. Während der Aktion gab es von der Bevölkerung jedoch nur wenig Zuspruch. Immer wieder war zu hören, dass sich die Flüchtlinge anpassen sollen, dass der Bürgermeister völlig recht hätte und nicht selten, dass die Flüchtlinge gänzlich unerwünscht seien. Statt um das Feuer sollten sie doch ins Feuer tanzen, wurde von einigen Rastatter Bürgern gefordert. Die Demonstrierenden waren froh, dass es neben vielen Beschimpfungen und einem Hitlergruß nicht zu körperlichen Angriffen kam.

Auch OB Walker liess sich auf der Demonstration sehen. Doch anstatt sich zu entschuldigen, erklärte er öffentlich durch eine eigens hierfür aufgestellte Lautsprecheranlage, dass seine Äußerung nicht nur in Bezug auf die Lärmbelästigung aus dem Heim stünde, sondern auch aus väterlicher Fürsorge bedingt gewesen sei. Es sei ganz offensichtlich, »dass unsere Kinder im Umfeld dieser Einrichtung mit Rauschgift in Berührung kommen können. Es geht also nicht nur um Lärmbelästigung, sondern um den Schutz unserer Familien und Kinder«.

Die Polizei reagierte mit der erwähnten Durchsuchungsaktion, deren Ziel offiziell »die Festnahme« von fünf mutmaßlichen Drogenhändlern war, wobei »monatelange intensive Ermittlungen der Kripo Rastatt« vorangegangen seien. Auffällig ist jedoch, dass einige Tage zuvor noch erklärt wurde, die Unterkunft sei »kein besonderer Schwerpunkt der Polizeiarbeit« und drei der fünf Haftbefehle am Tag der Demonstration ausgestellt wurden.

Eine von einem Flüchtlinge nach Bekanntwerden der Aussagen im Gemeinderat gestellte Strafanzeige wegen Beleidigung und Volksverhetzung wurde als unbegründet abgewiesen. Laut Staatsanwaltschaft seien die Aussagen Walkers lediglich ein politisch vielleicht nicht ganz korrektes »Wortspiel«, mit dem keine konkreten Personen beleidigt worden seien.

Auch die SPD scheint mit ihrem OB Walker kein Problem zu haben. Zwar sagte beispielsweise die Landesvorsitzende Ute Vogt, sie hätte sich gewünscht, »er hätte sich differenziert geäußert und zurückhaltender«. Der Wirbel um den OB sei aber keinesfalls eine SPD-Affäre, sondern »dessen persönliche Angelegenheit«. Im Vorfeld einer zweiten öffentlichen Protestaktion riet die Leitung der Unterkunft nach einem Gespräch mit der Polizei den BewohnerInnen von der Teilnahme ab, da man sie angeb-



lich nicht vor zu erwartenden rechtsextremen Übergriffen schützen könne. Dem inzwischen aus dem Krankenhaus entlassenen und vorerst auf Krücken angewiesenen Verletzten wurde dessen Wunsch, vorübergehend ein freistehendes Zimmer im Erdgeschoss zu beziehen, verwehrt.

Auch eine gemeinsame Party, zu der die Flüchtlinge AntirassistInnen sowie die Nachbarschaft einladen wollten, wurde vom Landratsamt Rastatt, das auf dem Lagergelände das Hausrecht hat, verboten. Gäste würden Hausfriedensbruch begehen.

Am 8. September 2003 veröffentlichte die Stadt Rastatt, die sich auf ihrer Homepage als »Die sympathische Stadt an Rhein und Murg« bezeichnet, unter dem Titel »Integration heisst Eingliederung« per offizieller Pressemitteilung einen Text von OB Walker, der einige Tage zuvor in der Lokalzeitschrift »RAZ« veröffentlicht worden war. Obwohl auch in dieser Version vielleicht nicht ganz absichtlich noch einige Mal das Wort »ich« enthalten war, wird darin vom OB in der dritten Person geredet, der zu Unrecht für seine zutreffenden Aussagen verunglimpft werde. Schon am Anfang ist zu lesen, es sei gesellschaftliche Realität, »dass Menschen nach Deutschland einreisen, die offenkundig alles andere als ihre Eingliederungsbereitschaft in unsere Gesellschaft mitbringen«. Der brutale Polizeieinsatz wird mit den Worten gerechtfertigt: »Kriminellen Brennpunkten« sei wohl anders nicht beizukommen.

Jenseits der rassistischen Unterstellungen des OB sind die Verhältnisse im Rastatter Lager sowie der Alltag der Flüchtlinge in Deutschland schlimm genug. So müssen sich trotz vieler freier Räume bis zu 12 Menschen einen einzigen Raum teilen. Wie in anderen Flüchtlingsheimen gibt es auch hier nicht genügend Sanitäreinrichtungen und erhebliche bauliche Mängel. Anfeindungen, Angst, ständige Kontrollen und Schikanen durch Behörden und Polizei sowie eine durch rassistische Gesetze geschaffene völlige Perspektivlosigkeit gehören für Flüchtlinge auch in Rastatt zum Alltag.

Die neue Qualität des in Rastatt immer mehr offen zu Tage tretenden Rassismus, Perspektivlosigkeit und die steigende Angst vor Übergriffen macht die Situation für die dort lebenden Flüchtlinge auf Dauer unerträglich. Auf die Frage, ob sich durch die Äußerungen des Bürgermeisters und die darauf folgenden Proteste etwas geändert habe, meint einer der Bewohner: »Es ist schlimmer geworden«. Er erzählt, dass ein deutlicher Unterschied zu merken sei und Anfeindungen aus der Bevölkerung stark zugenommen hätten. »Viele im Lager haben Angst. So kann man hier in Rastatt nicht leben. Es muss sich etwas ändern!« meint ein anderer.

Doch das Wie gestaltet sich angesichts der fast übermächtig scheinenden Gegner wie dem Oberbürgermeister, rassistischen Gesetzen, Behörden, Polizei und rassistischem Bürgermob sowie der in Rastatt völlig fehlenden Lobby und Unterstützung für die Flüchtlinge als sehr schwierig.

Inzwischen wurden zudem mehrere der damals protestierenden Asylbewerber in andere Lager »transferiert«, um die Aktiven zu trennen und andere einzuschüchtern. Dass dabei absichtlich bestehende Freundschaften auseinandergerissen werden, die anderen Lager weit entfernt liegen und dort zudem kaum Menschen sind, die die Sprache der Betroffenen sprechen, liegt wohl im Kalkül des aus OB und anderen Politikern, Behörden, Unterkunftsleitung und rassistischem Mob bestehenden inoffiziellen Bündnisses gegen die Flüchtlinge. ■

Prozess gegen den »Henker von Ommen«

Im westfälischen Hagen verhandelt das Landgericht gegen einen mutmaßlichen NS-Kriegsverbrecher. Anfang November 2003 wurde das Verfahren wegen einer Erkrankung des Angeklagten erst einmal ausgesetzt.



Hagen 4.11.2002 » Deutsche und Niederländische Antifaschistinnen demonstrieren gegen Bikker.

Wenn der alte Mann schweren Schrittes den Saal 201 des Landgerichts betritt, kann man nur noch ahnen, wie gut er einst körperlich beieinander war. Aber ahnen kann man es. Damals, vor 59 Jahre, muss Herbertus Bikker ein kräftiger Endzwanziger gewesen sein. Und schnell. Schnell genug, um an einem Novembertag des Jahres 1944 – die Maschinenpistole im Anschlag – dem zwei Jahre jüngeren, um sein Leben rennenden holländischen Widerstandskämpfer Jan Houtman hinterher zu laufen. Und skrupellos. Skrupellos genug, um Houtman mit einigen Salven über den Haufen zu schießen. Und zynisch. Zynisch genug, so sieht es jedenfalls die Staatsanwaltschaft, um auf den schon verletzt am Boden liegenden Houtman mit den Worten »Und nun ein guter Tod« den letzten, den finalen Schuss abzugeben. Bikker steht deswegen jetzt vor einem deutschen Gericht – auch ein Lehrstück für das Versagen deutscher Behörden über Jahrzehnte.

»Warum ein niederländischer Kriegsverbrecher in aller Sicherheit in Deutschland Tulpen züchten kann«, titelte vor fünf Jahren eine holländische Zeitschrift. Mit ihr stellten sich viele Niederländer diese Frage. Mitten in Deutschland lebte und arbeitete damals, seit Jahrzehnten weitgehend unbehelligt von Justiz und Öffentlichkeit, der gebürtige Holländer Herbertus Bikker und pflegte in der Freizeit seine Blumenpracht.

Die Niederlande sind von Hitlers Wehrmacht noch nicht besetzt, als Bikker sich 1939 mit 24 Jahren der NSB, der Nationalsozialistischen Bewegung seines Heimatlandes, anschließt. Zwei Jahre später geht er zur Waffen-SS – was ihm, ganz nebenbei, die deutsche Staatsbürgerschaft einbringt. Wiederum zwei Jahre später beginnt seine Ausbildung bei der deutschen »Ordnungspolizei« in Ommen, die auf der Suche nach Widerstandskämpfern ist. Im Straflager »Erica« wird er Wächter – und macht sich bei den Häftlingen wegen seiner Brutalität rasch einen Ruf als »Beul van Ommen«, als »Henker von Ommen«.

Nachdem die Niederlande befreit sind, wird ihm dort der Prozess gemacht. Unter anderem zwei Morde weisen ihm die Ankläger nach, darunter den an Jan Houtman. »Seine im Lager Ommen durchgeführten Misshandlungen sind zahlreich und gräulich. Bikker ließ in Wirklichkeit praktisch keinen Tag vorübergehen, ohne die Gefangenen zu quälen«, meinen die Richter. Bikker wird 1949 in Arnheim zum Tode verurteilt, später wird das Urteil in lebenslange Haft umgewandelt. »Lebenslang« dauert für Bikker von diesem Zeitpunkt an aber nur noch drei Jahre. Weihnachten 1952 gelingt ihm mit sechs weiteren Kriegsverbrechern die Flucht aus dem Gefängnis in Breda. In der ersten erreichbaren deutschen Stadt jenseits der Grenze, in Kleve, eilen die »Sieben von Breda«, wie sie bezeichnet werden, zum Polizeirevier. Ein Bußgeld von 10 DM wegen illegalen Grenzübertritts ist zwar fällig, aber Bikker & Co. sind erst einmal sicher vor Nachstellungen der niederländischen Justiz. Zwar ermittelt die Dortmunder Staatsanwaltschaft bis 1957 gegen den »Henker von Ommen«, aber letztlich folgenlos. Bikker habe »in rechtmäßiger Ausübung unmittelbaren Zwangs« gehandelt, befindet das Landgericht Dortmund. Alle Beweise liegen dem Gericht nicht vor: Weil das Vertrauen niederländischer Behörden in die von Altnazis durchsetzte westdeutsche Nachkriegsjustiz nicht sehr ausgeprägt ist, verweigern sie die Amtshilfe. Umgekehrt kommt eine Auslieferung des »Deutschen« Bikker an sein Heimatland für die deutsche Seite nicht in Betracht.

Bikker hat für die nächsten fast dreieinhalb Jahrzehnte seine Ruhe. Für Unruhe sorgt erst wieder in den frühen 90er Jahren der niederländische Journalist Jack Kooistra, der über das unauffällige Leben des Altnazis in Hagen berichtet. Deutsche und holländische AntifaschistInnen demonstrieren im November 1995 vor Bikkers Haus. Konsequenzen hat das Outing zunächst einmal nicht für den Alt-Nazi, sondern für die AntifaschistInnen, die eine eifrige deutsche Justiz eilends vor Gericht bringt. Stern-Reporter Werner Schmitz macht sich auf die Spur von Bikkers Vergangenheit, spricht mit ihm – und hört von ihm den Satz, der schließlich die Staatsanwaltschaft Dortmund glauben lässt, dass eine Anklage in Deutschland doch noch Erfolg haben könnte. »Dann hab ik ihm den Gnadenschuss gegeben«, zitiert der Reporter den Ex-Waffen-SSler, angesprochen auf den Tod Houtmans.

»Gegen das Vergessen« steht auf dem Transparent, das AntifaschistInnen am ersten Verhandlungstag in Hagen vor dem Gericht hochhalten. Sie meinen nicht nur, dass Verbrechen wie dieses nicht vergessen werden dürfen. Sie dürften auch den Skandal meinen, dass ausländischen Kriegsverbrechern im Dienste des Hitler-Regimes dank des Führererlasses, der ihnen die deutsche Staatsbürgerschaft verschaffte, ein ruhiger Lebensabend garantiert wurde. Bikker ist da kein Ausnahmefall. »Es ging um eindeutige Fälle von Kriegsverbrechen, begangen von identifizierbaren Tätern, die sich in der Bundesrepublik in Sicherheit gebracht hatten – und dort, vielleicht sogar zu ihrer eigenen Verwunderung, auch eine sichere Bleibe fanden«, notiert der niederländische Schriftsteller und Regisseur Leon de Winter Ende August 2003 in einem Beitrag für die »Welt«. Sein Text trägt den Titel: »Der Führer schützt die Mörder noch«. Bei einer richterlichen Vernehmung, deren Protokoll das Gericht verlesen lässt, hat Bikker eingeräumt, Houtman »in Ausübung seiner Dienstpflicht als Ordnungspolizist« erschossen zu haben – aber eben nicht ermordet zu haben, »grausam und aus niederen Beweggründen« sowie mit »Vernichtungswillen«, wie es ihm die Anklage vorwirft. Folglich bestreitet er auch, dem Stern-Reporter Schmitz von einem »Gnadenschuss« erzählt zu haben. Ein »Gnadenschuss«: Das wäre Mord. Auf der Flucht erschossen: verjährter Totschlag.

Ein Schlaglicht auf das Denken des jetzt 88-Jährigen könnte ein Brief werfen, der an einem der Verhandlungstage verlesen wird – den geschrieben zu haben Bikker aber bestreitet. Darin schildert der Autor, wie er um den Jahreswechsel 1944/45 in Ommen gegen »Terroristen« zu kämpfen hatte, die aber schon »so gut wie ausgerottet« seien. Mit neun Schüssen aus einer Pistole habe er einen von ihnen getötet – es könnte einiges dafür sprechen, dass mit dieser Schilderung der Mord an Houtman gemeint ist. Stolz berichtet der Autor, dass er angesichts seines Mutes im Kampf gegen »Terroristen« einen Spitznamen bekommen hat: der »Löwe«. Houtman umzubringen dürfte jedoch keinen Löwenmut erfordert haben. In einem Kuhstall in Dalfsen endet Houtmans Flucht vor dem Nazi-Kollaborateur Bikker am 17. November 1944. Verletzt im Mist liegend, trifft ihn der letzte Schuss. Einer der Schüsse verletzt auch eine Kuh. Ein Sohn des Bauern berichtet später: »Ich habe gehört, dass dieser Bikker mehr Mitleid mit der Kuh hatte als mit dem Mann, der getötet wurde.« Nach dem Krieg wird Bikker von der holländischen Polizei noch einmal zum Tatort gebracht. »Ich habe meine Pflicht getan«, sagt er da. ■


Erika Steinbach und Gerhard Schröder

»So viel Konsens ist selten«

Der Präsident, die Parteien, der BdV und das »Zentrum gegen Vertreibungen«

Gastbeitrag von Jörg Kronauer

» Otto Schily hat es geahnt. »Mit dem Kopf durch die Wand – das geht schief«, warnte der deutsche Innenminister die Vorsitzende des »Bundes der Vertriebenen« (BdV), Erika Steinbach. Schily hat Recht behalten. Die Auseinandersetzungen um das vom BdV geplante »Zentrum gegen Vertreibungen« sind im September 2000 etwas aus dem Ruder gelaufen: Steinbachs taktisch ungeschicktes Vorgehen hat Widerstand gegen das deutsche Revisionsprojekt hervorgerufen. Nicht in Deutschland freilich – aber in Polen.

Begonnen hatte das »Vertriebenen«-Projekt recht aussichtsreich. Im Frühjahr 1999 beschloss der BdV ein »Zentrum gegen Vertreibungen« zu errichten – in Berlin, eventuell nahe beim Holocaust-Mahnmal und mit staatlicher Unterstützung. Die Umsiedlung der Deutschen (»Vertreibung«) sollte dokumentiert werden, mit Wechselausstellungen wollte man ganz Europa einbeziehen – etwa durch Hinweise auf ethnisch motivierte Verfolgung im früheren Jugoslawien. Alles lief wie geschmiert. Steinbach gelang es rasch CDU und CSU für ihr Vorhaben zu gewinnen; SPD-Innenminister Schily sprach sich ebenso für das Zentrum aus wie mehrere sozialdemokratische Länderministerpräsidenten. Im September 2000 wurde die »Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen« aus der Taufe gehoben, unter dem gemeinsamen Vorsitz von Erika Steinbach (CDU) und Peter Glotz (SPD) verschaffte sie sich das Wohlwollen der SPD-Bundestagsfraktion und finanzielle Unterstützung von inzwischen 400 Kommunen (darunter mehrere Großstädte). Und das trotz oder vielleicht auch gerade wegen der politischen Stoßrichtung des Projekts.

Politisches Ziel des Zentrums war und ist es, die Umsiedlung der Deutschen zum »Unrecht« zu erklären. Dies ist nichts anderes als ein Angriff auf das Potsdamer Abkommen, das die Grundlage der europäischen Nachkriegsordnung bildet. Denn im Potsdamer Abkommen wurde die Umsiedlung der Deutschen völkerrechtlich verbindlich angeordnet, bevor sie dann nach nationalen Ausführungsbestimmungen umgesetzt wurde. Würde die Umsiedlung zum »Unrecht« erklärt, dann wären wichtige Bestimmungen des Potsdamer Abkommens Unrecht, Europa müsste völlig neu »geordnet« werden.

Den handelnden Personen ist der Angriff auf das Potsdamer Abkommen

durchaus bewusst. »Es ist auch keineswegs nur ein Thema, das wir mit Tschechen und Polen diskutieren müssen«, bemerkte Peter Glotz beim »Tag der Heimat« 2001: »Es lohnt auch die Diskussion mit Amerikanern, Engländern und Franzosen« – mit Garantiemächten des Potsdamer Abkommens also. Nicht weniger deutlich äußerte sich ein anderer sozialdemokratischer Befürworter des Zentrums, Markus Meckel. »Wir müssen es zugeben«, erklärte er im Mai 2002 im Bundestag, »auch Demokraten wie Churchill, Roosevelt und Truman akzeptierten Vertreibungen, indem sie Zwangsumsiedlungen als einen Teil von Stabilitätspolitik betrachteten. Heute lehnen wir dies ab, weil es Unrecht ist.«

Schwierigkeiten taktischer Art

Probleme mit dem BdV-Projekt hatte vor allem eine kleine, politisch hochspezialisierte Personengruppe: AußenpolitikerInnen, die in den Vorfeldorganisationen des Auswärtigen Amts die deutsche Polen-Politik vorbereiten und begleiten. Die Schwierigkeiten waren eher taktischer Natur. Sie beruhten darauf, dass die deutschen »Vertriebenen«-Verbände in Polen und Tschechien sehr unbeliebt sind. Ein vom BdV gegründetes »Zentrum gegen Vertreibungen«, das wurde den deutschen AußenpolitikerInnen in Gesprächen mit ihren KollegInnen aus Polen rasch deutlich, riefe heftigen Unmut in der polnischen Bevölkerung hervor. Und da es zu ihren Aufgaben gehört, die deutsche Polen-Politik möglichst ohne größere Unruhen über die Bühne zu bekommen, sannen die deutschen Polen-Fachleute auf Abhilfe.

Den rettenden Einfall hatte Markus Meckel, einer der führenden SPD-Außenpolitiker, zu dessen Aufgabengebiet vor allem Polen gehört. Meckel trat im Frühjahr 2002 mit einem eigenen, angeblich alternativen Konzept an die Öffentlichkeit. Er befürworte ein »Europäisches Zentrum gegen Vertreibungen«, erklärte der Sozialdemokrat und begann, sich verbal von den BdV-Plänen abzusetzen, die er inzwischen als »national« bezeichnet. Inhaltlich unterscheiden sich Meckels Vorstellungen kaum von denen der »Vertriebenen«, die ja im Übrigen auch eine klare »europäische« Komponente enthalten; als der Bundestag im Mai 2002 über die beiden konkurrierenden Konzepte debattierte, hielt ein CDU-Abgeordneter dies ausdrücklich fest (»So viel Übereinstimmung gab es selten«). Der Kern ist in beiden Planungen gleich: Auch Meckel will die Umsiedlung der Deutschen ausdrücklich zum »Unrecht« erklären, auch ihm ist die Stoßrichtung gegen das Potsdamer Abkommen wichtig.

Meckels Vorstellungen von einem »Europäischen Zentrum«, die vom Bundestag schließlich im Juli 2002 verabschiedet wurden, unterscheiden sich vor allem in einem Punkt von den »Vertriebenen«-Plänen: Sie sind in der Standortfrage offen. Während der BdV das Zentrum unbedingt in Berlin haben will, ist Meckel bereit, das Zentrum in Wroclaw anzusiedeln und damit den polnischen Eliten Einfluss auf die konkrete Gestaltung zuzugestehen. Die – von Berlin definierte – politische Stoßrichtung gegen das Potsdamer Abkommen freilich steht für den Sozialdemokraten nicht zur Debatte.

Im Gegenteil – er weitet sie sogar aus. Ein »Zentrum gegen Vertreibungen« in Wroclaw ruft nicht nur die deutsche Vergangenheit des ehemaligen Breslau ins Gedächtnis. Es erinnert auch daran, dass in Wroclaw nach der Umsiedlung der Deutschen PolInnen einzogen, die aus dem heute ukrainischen Lviv kamen; die polnische Vergangenheit der heutigen Westukraine käme ins Gespräch, polnischer Revanchismus bekäme Zündstoff. Kein Staat in Osteuropa ist frei von ähnlichen verborgenen Konflikten, Meckels konsequente »Europäisierung« des Zentrums könnte zu einem wahren Flächenbrand beitragen. Selbst die BdV-Vorsitzende hält dies für riskant. »Vor diesem Hintergrund müssen wir sehr sorgfältig überlegen«, gab sie im Bundestag zu bedenken, »ob man anderen Völkern einen Gefallen tut, wenn man sie in die Behandlung einer Frage einbindet.«

In die möglicherweise entscheidende Phase ist die Debatte im Juli 2003 getreten – kurz nach den EU-Beitrittsreferenden in Polen und Tschechien, deren Gelingen weder Meckel noch die »Vertriebenen« aufs Spiel setzen wollten. Seitdem trommeln alle Beteiligten lauthals für ihr Vorhaben. Die Fronten sind – trotz der weitgehenden Übereinstimmung der beiden Konzepte – verhärtet: Steinbach und der BdV beharren auf dem Standort Berlin, Meckel und sein Gefolge profilieren ihren »europäischen« Ansatz gegenüber dem »nationalen« der Vertriebenen. Die Bundesregierung hat sich mehrheitlich auf Meckels Seite geschlagen. Der Kanzler will das Zentrum »nicht in Berlin«, der Außenminister will die »Vertriebenen« aus dem Spiel nehmen, nur der Innenminister versucht verzweifelt zu vermitteln.

Dabei ist die wirklich wichtige Entscheidung längst gefallen. Am 6. September 2003 hat sich das deutsche Staatsoberhaupt öffentlich zu »Vertriebenen«-Positionen bekannt und die Umsiedlung der Deutschen zum »Unrecht« erklärt. »Die Konferenzteilnehmer von Teheran, Jalta und Potsdam«, so Bundespräsident Rau beim Festakt zum letztjährigen Tag der Heimat, könnten sich nicht von der »Verantwortung« für ihr Handeln »den Deutschen« gegenüber freimachen; und um jeden Zweifel zu zerstreuen, fügte er hinzu: »Hitlers verbrecherische Politik entlastet niemanden, der furchtbares Unrecht mit furchtbarem Unrecht beantwortet hat.« ■

Die Debatte um das »Zentrum gegen Vertreibungen« in Polen



» Am 6. September 2000 wurde unter der Bund der Vertriebenen-Präsidentin Erika Steinbach das »Zentrum gegen Vertreibungen« als »gemeinnützige Stiftung der deutschen Heimatvertriebenen« gegründet. Vorsitzende dieser Stiftung sind die CDU-Bundestagsabgeordnete Steinbach und der SPD-Prominente und Sudetendeutsche Prof. Peter Glotz. Ziel dieses Projektes ist nach eigenen Angaben: »Das Zentrum gegen Vertreibungen will in Berlin eine Dokumentations- und Begegnungsstätte errichten, die ausgehend vom national erfahrbaren Schicksal der deutschen Vertriebenen den Blick auch auf das Vertreibungsschicksal anderer Völker lenkt, um international die Ächtung solcher menschenrechtsverachtender Politik zu erreichen.« Die Diskussion um das Zentrum wird in Polen sehr viel lebhafter als in Deutschland geführt. Das erklärt sich aus dem historischen wie aktuellen Kräfteverhältnis: Es gibt in Deutschland höchstens eine taktische Notwendigkeit, politisch »sensibel« mit Polen umzugehen, umgekehrt ist es für die Polen – wie die Geschichte gezeigt hat – eine Überlebensfrage die Zielsetzung deutscher Politik richtig einzuschätzen.

Nun ist die Debatte seit dem Sommer 2003 richtig in Fahrt gekommen: Ausgangspunkt war unter anderem ein Artikel einer westdeutschen Altlinken, Helga Hirsch, die sich seit langem in der linksliberalen polnisch-deutschen Szene tummelt und publiziert und daher in Polen sehr bekannt ist. In diesem Artikel entkontextualisierte sie das Leiden während und nach dem Zweiten Weltkrieg, fragte nicht mehr nach Tätern oder Opfern und nach historischer Verantwortung, sondern universalisierte menschliches Leid und fragte: »Ist das Leiden eines Menschen weniger wert als das eines anderen?« Dann schrieb sie weiter: »Zweifellos litten Polen und Juden wegen des Nationalsozialismus unvergleichbar mehr als die Deutschen. Aber kann das bedeuten, dass der Schmerz einer Deutschen, deren Kind während eines Bombenangriffes in Swinemünde während der Flucht verschüttet wurde, kleiner sein muss als der Schmerz einer Polin, deren Sohn als Mitglied des Untergrundes im Pawiak (Gefängnis in Warschau, in dem viele WiderstandskämpferInnen ermordet oder in die KZs abtransportiert wurden) erschossen wurde?« Weiter merkte Hirsch an, dass der Krieg viele Deutsche traumatisiert habe und man mit diesen Traumata umgehen müsse.

Der oben zitierte Vergleich schlug in Polen ein wie eine Bombe – viele Prominente, Überlebende und Historiker wiesen ihn harsch zurück. Hirsch wurde zur Frage der Traumata erwidert, das Problem der traumatisierten Deutschen gäbe es nur, weil die Deutschen den Krieg verloren hätten. Hätten sie ihn gewonnen, hätten nur die unterlegenen Völker mit ihren Traumata zu kämpfen.

Hirschs Artikel wie die gesamte Entwicklung in Deutschland rund um das Zentrum löste bei vielen polnischen Intellektuellen einen Schock aus, machte er doch deutlich, dass es offensichtlich alten, für Verbündete oder gar FreundInnen gehaltenen deutschen Intellektuellen darum geht, so die verbreitete Einschätzung in Polen, sich endlich der Täterrolle zu entledigen und sich in die Reihe der Opfer des Zweiten Weltkrieges einordnen zu können.

In den großen polnischen Tageszeitungen, der Gazeta Wyborcza und der Rzeczpospolita (die bislang nicht von deutschen Medienkonzernen aufgekauft werden konnten wie viele andere polnische Zeitungen), gibt es mittlerweile große Artikelsammlungen, in denen der Verlauf der Debatte nachvollzogen werden kann. Zu Wort gemeldet haben sich praktisch alle





namhaften Veteranen: Allen voran Marek Edelman, einer der letzten Überlebenden des Warschauer Ghetto-Aufstandes oder Wladyslaw Bartoszewski, Auschwitz-Überlebender und nach der Wende eine Zeitlang polnischer Außenminister. Die einhellige Meinung:

• die Befürworter des Zentrums bilden ein breites Bündnis von Alt-68ern (Daniel Cohn Bendit), breiten Teilen der SPD (Otto Schily, Peter Glotz) und großen Teilen der CDU/CSU (Stoibers Ehefrau ist auch eine »Vertriebene«);

• das Zentrumsprojekt ist der Versuch der deutschen Mehrheitsgesellschaft, sich endgültig aus der historischen Verantwortung für die Verbrechen des Nationalsozialismus zu stehlen;

• mit dem allgemeinen Bezug auf die »Menschenrechte«, die generell Vertreibungen als Verbrechen markieren, sollen Deutsche als Opfer des Zweiten Weltkrieges etabliert werden. Rechne man noch die deutschen Opfer der alliierten Bombenangriffe dazu, so die Meinung in der Presse, könne sich die deutsche Mehrheitsgesellschaft einbilden, man sei eigentlich neben den Juden die Hauptleittragenden des Zweiten Weltkrieges; allein die Tatsache, dass das Zentrum in der Nähe des Holocaust-Mahnmal sein solle, erwecke die albtraumhafte Vorstellung, polnische Touristen könnten in Zukunft in Berlin erfahren, dass die einzigen und beinahe ebenbürtigen Opfer des Zweiten Weltkrieges die Juden und die vertriebenen Deutschen seien;

• materieller Hintergrund dieses eine neue nationale Identität konstruierenden Diskurses sei der versuchte Zugriff der »Vertriebenen« auf die nach dem Zweiten Weltkrieg enteigneten Besitztümer und ihre Forderung nach Entschädigung. Diesem Aspekt widmen die Zeitungen breiten Raum. Ihm wird entgegengehalten, dass, würde man den Deutschen die Schäden in Rechnung stellen, die Polen aufgrund des Zweiten Weltkrieges erlitten habe, die Deutschen eine Billion Dollar, das heisst, 40 Jahre lang zahlen müssten, wollten sie nicht gleich bankrott gehen.

Mit Interesse wird in Polen zur Kenntnis genommen, mit welcher Argumentation die Vertriebenenverbände die breite Unterstützung für ihr geschichtsrevisionistisches Projekt erhalten konnten: Die deutschen Landsmannschaften hätten sich in den letzten Jahren sehr um »political correctness« bemüht – die Forderung nach Aufheben der Benes-Dekrete (Grundlage der Aussiedlung vieler Deutschen aus der Tschechoslowakei) wurde beispielsweise mit dem Argument begründet, ihnen würde das Prinzip der Kollektivverantwortung zugrunde liegen und dieses sei mit den Grundsätzen des »Neuen Europa« nicht vereinbar.
Was sei – so fragt man – Ergebnis des »neuen Blicks der Deutschen auf ihre Geschichte«? Dass der 1. September ein guter Tag sei, um den Tag der »Vertriebenen« zu begehen, und der 8. Mai eine gute Gelegenheit, um das Leiden der Juden mit den Leiden der deutschen »Vertriebenen« zu vergleichen, so wie dies Erika Steinbach bereits in Artikeln getan habe.
Und: Die polnische Rechte hat durch diese Diskussion neuen Auftrieb erhalten. Als Europa-Gegner, die hinter der EU- (und auch USA-) Annäherung der politischen Elite den Einfluss des »internationalen Judentums« vermutet, organisiert nun die Liga Polskich Rodzin (Liga der polnischen Familien) eine Gegenkampagne: Sie beabsichtigt, vor allem in Warschau, das im Kriege praktisch völlig zerstört wurde, aber auch polenweit die genauen Kriegsschäden festzustellen und durch Verfahren vor Internationalen Gerichtshöfen und auch den USA gegen deutsche Firmen und die deutsche Regierung eine Entschädigung hierfür einzutreiben. ■



Keine »privilegierte Quelle«

»Junge Freiheit« fährt mit Informationen Hallenser Neonazis Riesenschlappe ein

Der »Jungen Freiheit« hat das Sublimieren von Stammtischparolen in nationalkonservative Diskurse bereits manche Unterlassungsklage eingebracht. Im Rechtsstreit um Artikel über einen ehemaligen Referenten des Miteinander e.V. in Sachsen-Anhalt, bemühte die Zeitung einen der Führungskräfte der halleschen Neonaziszene als Zeugen.

Nach dem Sommer der Anständigen stand auch die »Junge Freiheit« auf. Über mehrere Ausgaben hinweg setzte sie sich mit Projekten, Stiftungen und Vereinen auseinander, die im Sinn staatlicher und zivilgesellschaftlicher Intervention gegen Rechtsextremismus arbeiten. Unter der Überschrift »Linksextremismus II« wurde in der Ausgabe vom 28. Februar 2003 der Miteinander e.V. aus Sachsen-Anhalt zum Thema. Der Bildungs- und Serviceverein war durch empfindliche Mittelkürzungen unter der im Frühjahr 2002 neu gewählten Landesregierung bereits in der medialen Öffentlichkeit präsent.

Um Miteinander e.V. als linksextrem zu diffamieren, setzte der besagte Artikel von Manuel Ochsenreiter bei zwei Referenten des Regionalbüros für das südliche Sachsen-Anhalt an. Das Fotografieren von Neonaziaufmärschen und langjährige Arbeit in Bildungsvereinen und Initiativen wurde zu Charakteristika von militanten Antifaschisten stilisiert. Das diese Herleitung mehr als dünn war, schien auch dem Autoren klar. So kam man nicht umhin, solch bemerkenswerte Details, wie die von Musikvorlieben und die der angeblichen Mitgliedschaft in der »Anarchistischen Pogo Partei Deutschlands« (APPD) eines Referenten zu präsentieren. Zudem fabulierte man einen anderen Referenten zum »polizeibekannten, linken Schläger«. Der Verein wies die Vorwürfe zurück, eine der diffamierten Personen beauftragte einen Rechtsanwalt. Dem »Verlag Junge Freiheit« wurde eine Gegendarstellung, die die

ZUR PERSON: MANUEL OCHSENREITER



Manuel Ochsenreiter (21), *Redakteur*

Nur nichts anbrennen lassen!
Er durchstreift das Berliner Nachtleben und liest Ernst Jünger; er ist den Sinnesfreuden zugetan und sein geschichtlches Vorbild heißt Graf Schenck von Stauffenberg; er genießt alles Neue und will eine kleine „konservative Revolution" bewirken – für Manuel Ochsenreiter sind Widersprüche das Salz in der Suppe seines Lebens. Dabei ist der im Allgäu geborene und aufgewachsene Student der Volkswirtschaft das „Nesthäkchen" in der JF-Redaktion. Nach dem Abitur führte ihn die Bundeswehr nach Strausberg und damit in die Nähe Berlins. Hatte er bis dahin für die JF als Autor geschrieben, zeichnet er seit Juli 1996 für die Seite „Zeitgeist&Lebensart" verantwortlich, ein Ressort, das Manuel Ochsenreiter mit Leidenschaft lebt. Motto: Nur nichts anbrennen lassen!

Faksimilie aus der Jungen Freiheit

schlammpig recherchierten Behauptungen und falschen Anschuldigungen des Artikels korrigierte, zugestellt. Diese wurde nach einem erfolglosen Einschüchterungsversuch, auch gedruckt. Jedoch entschloss man sich aufgrund weiterer Recherche zur zweite Runde und legte mit dem Artikel »Das Netzwerk arbeitet weiter« nach.

Der Informant

Da die vorher gehenden Anschuldigungen nicht aufrecht zu halten waren, entschied man sich halt für einen anderen Sachverhalt. Bemüht wurde der einschlägig bekannte Neonazi Sven Liebich. Dieser ist inoffizieller Betreiber des Ladenlokal »The Last Resort« in Halle, eines der durchsuchten Objekte im Zuge des Verbotes von Blood & Honour in Deutschland im Jahr 2000. Der Verfassungsschutzbericht 2002 für Sachsen-Anhalt weist ihn als Führungsfigur einer »eindeutig neonazistisch« ausgerichteten Szene aus. Mit seinen Aktivitäten sei er »vor allem auf Außenwirkung bedacht«. So betätigte sich Liebich sowohl bei Aktionen während der Hochwasserkatastrophe als auch bei Demonstrationen zum 20. April in Weimar oder Protesten gegen die Wehrmachtsausstellung im Juni 2002 in Leipzig. Genau der richtige Mann also, um Mitarbeiter in Anti-Rechts-Projekten zu diffamieren. Mit Hilfe von Liebich nahm die »Junge Freiheit« ausgerechnet auf einen Vorfall in Halle vom 17. November 2001 Bezug. (siehe AIB 54 Winter 2001/2002). An diesem Samstag hatten sich ca. fünfzehn AntifaschistInnen zu einer spontanen Aktion vor dem Geschäft in der halleschen Lauchstädter Strasse versammelt, um den Vertrieb des rechten Angebots wenigsten für einen Tag zu behindern. Die Präsenz des Ladens sollte im Stadtteil öffentlich thematisiert werden. Zwei Stunden, eine versuchte Polizeikontrolle und eine Verhaftung später, löste sich die Kundgebung auf. Sven Liebich reagierte auf die öffentliche Behinderung seiner Aktivitäten. Gemeinsam mit ca. zwanzig anderen Neonazis griff man einen Teil der sich auf dem Rückweg befindlichen Antifas an. Förmlich eingekesselt, verteidigten sich diese gegen die zumindest mit einem Messer und Ketten bewaffneten Angreifer. Eine Frau, die sich aus der Gruppe gelöst hatte, wurde wenig später von einer Frau aus der Nazigruppe zu Boden geschlagen. Zwei Personen mussten sich nach dem Überfall in ambulante Behandlung begeben, leichtere Verletzungen hatten alle der Angegriffenen davongetragen.

Überraschende Erinnerungen

Für die »Junge Freiheit« versicherte Liebich nun an Eides statt, der bereits im ersten Artikel namentlich benannte, ehemalige Referent vom Miteinander e.V., habe ihn an diesem Tag mit einer Flasche beworfen. Eine Information mit erstaunlichem Neuigkeitswert – weder bei der Polizei noch an anderer Stelle, hatte Liebig zuvor diese Anschuldigung erhoben. Begründet wurde diese Versäumnis damit, das ihm bei der Polizei kein Foto des ihm namentlich bekannten Beschuldigten vorgelegt wurde. Nun freut es jede Zeitung, Informationen mit exklusivem Charakter zu bekommen, im Fall einer juristisch sicheren Zeugenschaft hätte eine alte Kammelle allerdings bessere Dienste getan. So verwundert es nicht weiter, dass das Kammergericht Berlin nach Beschwerde auch die Verbreitung der im zweiten Artikel aufgestellten Behauptungen untersagte.
Rechtsanwalt Kunze hatte den heiklen Fall für die »Junge Freiheit« übernommen. Mit dem brillanten Zeugenaufgebot in der Rückhand, entschied sich die Redaktion weiterhin für die offensive Präsentation aller fraglichen Artikel. Dabei hatten sie sich eigentlich verpflichtet, nach der Gegendarstellung auch die weitere Veröffentlichung der beiden Artikel zu unterbinden. Monate geschah in dieser Hinsicht nichts, man bekam im elektronischen Archiv der »Jungen Freiheit« ebenso Zugang zu den Texten, wie über die einfache Abfrage über diverse Suchmaschinen im Internet. Folgerichtig entschloss sich der Beschuldigte im September 2003 zur Einforderung bzw. zum Einklagen der im Fall der Weiterverbreitung angedrohten Vertragsstrafe von 10.000 Euro. Nach Zustellung der Klageschrift scheint irgendwer den Fall aus dem Aktenschrank geholt zu haben. Der erste Artikel ist spätestens seit dem nicht mehr online. Scheinbar ist die Akte im Verlag nicht vollständig, denn Artikel zwei blieb bisher zugänglich.
Die »Junge Freiheit« bittet regelmäßig um Spenden bei ihrer Leserinnen- und Leserschaft. Die überdurchschnittlichen Einkommen derselben könnten sie beim finanziellen Volumen der Vertragsstrafe retten. Möglich wäre auch, dass man sich die zehntausend Euro durch die Einnahmen des halleschen Ladenlokals erstatten lässt. Von dort kamen ja die gewinnbringenden Informationen. So oder so, eine Pleite würde mindestens anstehen. Wahrscheinlicher ist wohl, dass die halleschen Nazis bei einem Anruf in der Reaktion nie mehr über die automatische Warteschleife hinauskommen und den nächsten Ausgaben der »Jungen Freiheit« wieder aufrüttelnde Bettelbriefe beiliegen werden. ■

Die »Deutschland Stiftung«

Das Flagschiff des deutschen Rechtskonservatismus am Sinken





[1] Siegerist
[2] Lummer

» Vor einiger Zeit wurden die Abonnenten des rechtskonservativem »Deutschland-Magazin« (DM) unter der Überschrift »Deutschland Magazin und Deutschland Stiftung müssen am Leben bleiben – Dafür kämpfen wir gemeinsam« um Spenden gebeten. Unterzeichnet war der Brief u.a. von dem CDU-Rechtsaußen Heinrich Lummer und Joachim Siegerist, dem Vorsitzenden des extrem rechten Vereins »Die Deutschen Konservativen«, die diese Initiative tragen. Der Aufruf läutete das Ende der »Deutschland Stiftung« ein, die über Jahrzehnte bedeutendste Schnittstelle zwischen der extremen Rechten und dem Rechtskonservatismus.

Die Stiftung, die Stifter und die Bestifteten

Der Niedergang der »Deutschland Stiftung e.V.« (DS) ist der zumindest vorläufige Schlusspunkt einer weitreichenden Einflussname in die Kreise des deutschen Rechtskonservatismus.

Die 1966 gegründete »Deutschland Stiftung« war die bedeutendste Organisation, die ein Zusammentreffen und eine Zusammenarbeit von politischen und wirtschaftlichen Eliten mit Personen des Spektrums der extremen Rechten organisierte. Über Jahrzehnte führte Kurt Ziesel, ehemaliger Volontär beim »Völkischen Beobachter« und späterer Redakteur beim »Hakenkreuzbanner« die Geschäfte. Beste Verbindungen bestanden zu Konrad Adenauer. Dieser formulierte damals: »Ich möchte aus ganzer Seele, dass das deutsche Volk von der Jugend an bis zum Alter wieder gesundet. Und dazu soll auch die Deutschland Stiftung ihr Scherflein beitragen....«.

Industrie und Politik haben mittels Finanzspritzen die Stiftung arbeitsfähig gehalten. Nach Angaben der »Deutschen Konservativen« spendeten sowohl Mercedes, Franz Josef Strauß sowie Ludwig Eckes. Axel Springer soll die Stiftung mit kostenlosen Anzeigen unterstützt haben. Von Helmut Kohl soll Ziesel gleich mit einem Koffer voll Geld zurückgekommen sein. Ideologisch zielte die DS zum rechten Rand der CDU/CSU, wobei sie versuchte diesen weiter nach rechts zu verschieben und sowohl Themen als auch Personen der extremen Rechten in diesen zu integrieren.

Niedergang

Das Ende der DS und des DM wirft eine Reihe von Fragen auf. Liegt das Ende der DS tatsächlich, wie die Zeitschrift Focus meint, an der finanziellen Ausplünderung durch die Familie des Gründungsvaters und langjährigem Geschäftsführers Kurt Ziesel? Wird die Funktion des DM heute viel besser von der »Jungen Freiheit« erfüllt? Konnte das DM seiner bisherigen Rolle, die in der Bildung einer Schnittmenge zwischen Rechtskonservatismus und extremer Rechter lag, nicht mehr gerecht werden und vertrat nur noch verstaubte, konservative Ideen? Dass die Junge Freiheit publizistisch viel weitreichender wirkt als das DM, mag stimmen, die gesellschaftliche Akzeptanz und Breitenwirkung wie die DS erreicht die Zeitung bei weitem nicht. Dabei schrieben in letzter Zeit auch einige mehr oder weniger bedeutende Autoren der JF wie Karl-Heinz Weismann, Albrecht Jebens, Hans-Peter Raddatz oder Klaus Hornung für das DM.

Die Leichenfledderer warten schon

Die Deutschen Konservativen um Joachim Siegerist versuchen mit ihrer neuen »Konservativen Deutschen Zeitung« an das »Deutschland Magazin« anzuknüpfen. Der Versuch von Siegerist, sich als legitimer Nachfolger der »Deutschland Stiftung« darzustellen, ist jedoch eher peinlich. Denn Siegerist, der die lettische Staatsangehörigkeit besitzt und mit der von ihm gegründeten Volksbewegung für Lettland – auch Siegerist Partei genannt – ins dortige Parlament einziehen wollte, ist eher an einer Präsentation der eigenen Person und am Geld sammeln interessiert als an effektiver Politik.

Dies läßt die »Deutschen Konservativen« zu einer sektierischen Organisation werden. Vom gesellschaftlichen Einfluss der Deutschland Stiftung ist er weit entfernt. ■



»Wilder Streik« bei Ford 1973

Annäherung an ein Ereignis ohne Erinnerung

In diesen Monaten jährte sich zum dreißigsten Mal die Arbeitsniederlegung türkischer ArbeitsmigrantInnen im Ford-Werk in Köln-Niehl. Dieser inzwischen zur Legende gewordene Arbeitskampf bildete in den letzten 30 Jahren immer wieder Beispiel und Bezugsrahmen für die Austragung sozialer Konflikte im Betrieb unter möglichst weitreichender Beteiligung der »ausländischen KollegInnen«. Außerdem wurde dieser Arbeitskampf zum Beispiel eines »wilden Streiks«, auch gegen den Willen von DGB und Einzelgewerkschaften, in diesem Fall der IG-Metall.

Der politische Umgang mit dem Streik heute – ein knapper Abriss

Hinter all dieser – natürlich sehr verkürzt dargestellten – Bezugnahme auf den Kölner Streik, scheint das Wissen um die konkreten Ereignisse und die beteiligten AkteurInnen langsam zu verschwinden. Dass die Erinnerung an den Arbeitskampf bei Ford bei den von staatlicher und gewerkschaftlicher Seite zu verantwortenden Feierlichkeiten zum 40-jährigen Jubiläum des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens im Jahr 2001 keinen Raum fand, ist nicht verwunderlich.

Auch die radikale Linke hat sich allerdings der Auseinandersetzung um diese beiden symbolträchtigen Erinnerungsdaten bundesrepublikanischer Geschichte nicht offensiv gestellt. Hervorzuheben ist hier »kanak attack«, die sich im Kontext von 40 Jahren deutsch-türkischem Anwerbeabkommen darum bemühten, die historischen Ereignisse um den Ford-Streik zu vermitteln und zwar gerade auch als ein Beispiel eines selbstbewussten Kampfes türkischer ArbeitsmigrantInnen um Würde – ein Begriff, der ja sehr viel mehr einschließt, als »nur« die Durchsetzung sozialer Veränderungen im Betrieb. Außerdem stellte »kanak attack« im Zusammenhang mit dem Ford-Streik die wichtige Frage nach den Bedingungen des Zugangs und der Nutzung der Ressourcen »Geschichte, Erinnerung und Gedächtnis« für MigrantInnen in der BRD.

Das Datum des Ford-Streiks hätte für die radikale Linke im übrigen aber auch deshalb beachtenswerter sein sollen, weil es über das konkrete historische Ereignis hinaus weist. 1973 war eben auch das Jahr des von der Bundesregierung verhängten Anwerbestopps. Damit wurde eine neue Dimension ras- →





→ sistischer Politik eingeleitet, die MigrantInnen verstärkt als »Problem« ansah. Diese Sichtweise wird in der zeitnahen medialen Berichterstattung über den Ford-Streik bereits deutlich.

Der Streik – was war eigentlich passiert?

Der Kölner Ford-Streik reiht sich ein in eine bundesweite Bewegung von wilden Streiks, an denen sich zwischen Februar und Oktober 1973 mehrere tausend ArbeiterInnen – mehrheitlich aus der Auto- und Stahlindustrie beteiligten. In einigen Betrieben wurden die Streiks im Zusammenspiel zwischen Polizei und Werkschutz zum Teil brutal beendet.

Worum ging es bei dem Streik, der sich zwischen dem 24. und dem 30. August 1973 auf dem Ford-Werksgelände in Köln-Niehl abspielte? Der Kölner Automobilhersteller beschäftigte seit 1961 türkische ArbeitsmigrantInnen. 1973 bildeten die türkischen ArbeiterInnen mit 12.000 Beschäftigten bereits etwa ein Drittel der Gesamtbelegschaft. Die Arbeits- und Lohnbedingungen der türkischen ArbeiterInnen waren schlecht und standen hinter denen der deutschen KollegInnen zurück. Sie wurden zu 90 Prozent in der Fließbandarbeit eingesetzt, viele von ihnen in der äußerst arbeitsintensiven Endfertigung.

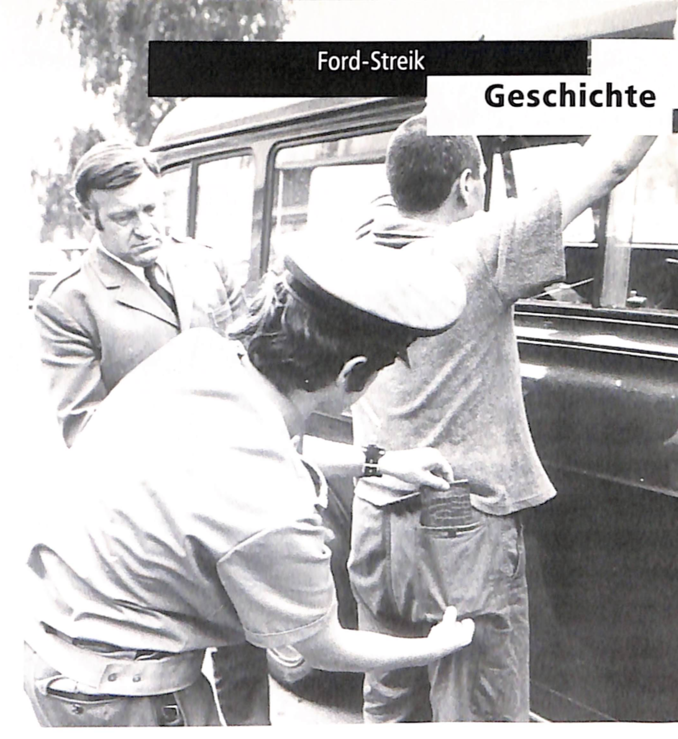
Den eigentlichen Anlass für den Streik bildete dann die Entlassung von ca. 300 türkischen ArbeiterInnen im August 1973. Der Grund ihrer Entlassung war die verspätete Heimkehr aus dem Urlaub. Auf einer Betriebsversammlung eine Woche vor dem Streik erklärten sich die türkischen KollegInnen solidarisch mit den Entlassenen, während die meisten deutschen ArbeiterInnen die Entlassungen zum Teil demonstrativ begrüßten. Ihnen fehlte das Verständnis für die Situation der türkischen ArbeiterInnen, die von den vier Wochen Werksurlaub schon etwa 10 Tage für Hin- und Rückreise in und aus der Türkei verbrauchten und deshalb ihre Familien nur etwa drei Wochen sahen. Trotzdem beteiligten sich zunächst – wenn auch zögerlich – deutsche ArbeiterInnen am Streik. Nachdem türkische KollegInnen sich bereit erklärten, die liegengebliebene Arbeit der verspätet Heimgekehrten mit zu übernehmen, falls die Kündigungen zurückgenommen würden, die Leitung des Ford-Werks diese Zusage aber letztlich nicht einhielt, kam es am Freitag, den 24. August 1973, zu spontanen Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen auf dem Werksgelände.

Generell ist festzuhalten, dass die Streikwilligen während des gesamten Streiks auf dem Werksgelände präsent waren und gerade nicht, wie es sonst in bundesdeutschen Arbeitskämpfen die Regel war, von daheim aus streikten.

Die der Arbeitsniederlegung folgenden Streikforderungen der türkischen ArbeiterInnen machten deutlich, dass die nicht zurückgenommenen Entlassungen nur den Endpunkt einer Entwicklung bildeten, die von einer kontinuierlichen Verschlechterung der Arbeits- und Lohnbedingungen des türkischen Teils der Belegschaft geprägt gewesen war. So wurde neben der Rücknahme der Entlassungen u.a. eine D-Mark mehr Stundenlohn, sechs Wochen bezahlter Urlaub, eine Reduzierung der Bandgeschwindigkeit sowie der Wegfall der Billiglohngruppen gefordert. Die Reaktion der Werksleitung sprach für sich: Sie versprach zunächst lediglich, die Entlassungen zu überprüfen und stellte eine einmalige Teuerungszulage von 280,- D-Mark in Aussicht, die jedoch der gesamten Belegschaft zu Gute gekommen wäre. Der Betriebsrat verhielt sich indifferent. Er verhandelte bis zum Montag, den 27. August, direkt mit der Geschäftsleitung, musste dann jedoch erkennen, dass er bei den Streikenden über keine Legitimation mehr verfügte. Die türkischen ArbeiterInnen nahmen den Streik schnell selbst in die Hand und ernannten eigene StreiksprecherInnen. Als dem Betriebsrat und der IG-Metall klar wurden, dass sie den Streik nicht mehr kanalisieren konnten, versuchten sie, die deutschen KollegInnen durch eigene Demonstrationen auf ihre Seite zu ziehen, was auch gelang. Am Mittwoch, den 29. August, streikten nur noch deutsche Lehrlinge und AushilfsarbeiterInnen mit ihren türkischen KollegInnen.

Parallel dazu wandelte sich auch die Presseberichterstattung. War der Streik zunächst in Teilen der Presse zwar als illegal, aber doch verständlich apostrophiert worden, gewannen vermehrt Medienstimmen an Boden,die den sozialen Protest ethnisierten. Plötzlich ging es nicht mehr um Bandgeschwindigkeiten, sondern um das »Türkenproblem« bei Ford. Die SPD-geführte





Landesregierung tat ein übriges, um zur Kriminalisierung der Streikenden beizutragen: Innenminister Weyer teilte am 29. August mit, dass die Streikenden bei Ford von Kriminalpolizei und Verfassungsschutz beobachtet würden. SPD-Bundeskanzler Willy Brandt hatte die Streikenden bereits einen Tag zuvor aufgefordert, in »die Arme der Gewerkschaft« zurückzukehren. Bestärkt durch das Gefühl, die öffentliche Meinung auf ihrer Seite zu haben, beendete die Werksleitung den Streik nach einer Woche gewaltsam. Gedeckt durch eine Gegendemonstration von sogenannten Arbeitswilligen gelangten Polizeikräfte auf das Werksgelände, die sofort begannen die AktivistInnen aus der Streikleitung festzunehmen. Flankiert wurde diese Aktion von folgender Schlagzeile der Bild-Zeitung: »Deutsche Arbeiter erkämpfen ihre Fabrik zurück«. In Folge der brutalen Zerschlagung des Streiks wurden über 100 türkische ArbeiterInnen fristlos entlassen, etwa 600 nahmen das »Angebot« an, die fristlose in eine »freiwillige Kündigung« umzuwandeln. Der Betriebsrat legte gegen keine der Entlassungen Einspruch ein.

Der Ford-Streik – was bleibt?

Wie wird nun in der Rückschau an den Streik von 1973 erinnert? Bereits in einem Film über den Streik von Thomas Giefer und Klaus Baumgarten aus dem Jahr 1982 (»Diese Arbeitsniederlegung war nicht geplant«, WDR-Fernsehfilm) wird die unterschiedliche Bewertung des Streiks deutlich. So wird der Streik aus der Sicht der ehemaligen Streikenden u.a. als »lange Niederlage« bezeichnet. Der ehemalige Betriebsratssprecher Kuckelkorn hingegen räumt im Film zwar ein, dass der Betriebsrat die Streikenden nur mangelhaft betreut hätte, führt als Folge dieser mangelhaften Betreuung dann aber lediglich an, dass dadurch die als Streikführer apostrophierten »Agitatoren« freie Bahn gehabt hätten. Kein Wort über die verräterische Rolle des Betriebsrats gegenüber den türkischen KollegInnen. Dass gerade ZeitzeugInnen aus dem gewerkschaftlichen Kontext bis heute bei der Bewertung der Ereignisse von 1973 massiv von der Institution »Gewerkschaft« geprägt sind, zeigte auch eine vom »Netzwerk Migration in Europa« in Zusammenarbeit mit der IG-Metall Köln organisierte Tagung zum Ford-Streik vom November 2001. Auch hier wurde die unrühmliche Rolle von Betriebsrat und IG-Metall in erster Linie ausgeblendet. Die Erinnerungsbilder an den Streik werden also in erster Linie von gewerkschaftlicher Seite geprägt und formiert.

Dass türkische ArbeiterInnen, die am Streik beteiligt waren, auch bei dieser Tagung nur am Rande zu Wort kamen, führt beispielhaft zurück zu der eingangs formulierten Frage nach den schwierigen Bedingungen für die Etablierung einer Erinnerung an politische Kämpfe von MigrantInnen in der BRD. Hierzu ein Beispiel: Im Sommer 2001 wurde mit großem Bahnhof in Berlin der erste Band der insgesamt dreibändigen »Deutschen Erinnerungskultur« vorgelegt. In dieser umfassenden Sammlung von »Erinnerungsorten« stößt man zwar auf das Kapitel »Flucht und Vertreibung«, nicht jedoch auf ein Kapitel zur Arbeitsmigration in die BRD. Das Buch präsentiert eine ethnisch homogene Erinnerungskultur, in der die Geschichte von MigrantInnen keinen Platz findet und nicht einmal im Ansatz davon ausgegangen wird, dass die Arbeitsmigration in die BRD in irgendeiner Form Spuren bei der sogenannten »Mehrheitsgesellschaft« hinterlassen hätte. Das Buch fügt sich ein in die Versuche der gegenwärtigen Bundesregierung, eine »nationale Erinnerungskultur« zu etablieren. Das geplante »Zentrum gegen Vertreibungen« in Berlin gibt diesen Versuchen stellvertretend manifest Ausdruck.

Was dagegen tun?

»Erinnerung« als wichtige Ressource zu fassen, als Teil einer Gegenkultur gegen staatlichen und alltäglichen Rassismus zu verstehen und gegen erhebliche politische Widerstände in den öffentlichen Raum zu tragen und handlungsleitend für aktuelle Kämpfe zu machen, ist eben auch von der radikalen Linken in den letzten Jahren nur unzureichend versucht worden. Um die Etablierung einer Erinnerung an soziale und politische Kämpfe von MigrantInnen in der BRD voranzubringen und handlungsleitend für das Agieren in aktuellen politischen Kämpfen gegen soziale Ausbeutung und Rassismus zu machen, ist es aber notwendig zu wissen, was beispielsweise beim Ford-Streik passiert ist. Außerdem sollten ähnliche Ereignisse dem Vergessen entrissen werden. Erinnert sei hier stellvertretend an Aktionen der »plakat«-Gruppe um Mario d´ Andrea und Willi Hoss in den 1970er Jahren bei der Daimler-Benz AG. Auch im politischen Umgang mit ihnen spielte die IG-Metall im übrigen eine sehr unrühmliche Rolle. ■

Ein völkischer Eidgenosse...

Am 9. August 2003 führte die »Partei national orientierter Schweizer« (PNOS) im Berner Emmental ihren dritten Parteitag durch. Im Vorfeld dieses Treffens attackierten AntifaschistInnen den Schleusungspunkt in Hasle-Rüegsau und lösten ihn auf. Dabei fielen ihnen Unterlagen von Bernhard Schaub, dem Vordenker der PNOS, in die Hände.

» Diese Unterlagen belegen Schaubs enge Verbindungen zum deutschen Neonazismus. Es handelt sich hierbei vor allem um die NPD, in deren Kreisverbänden er seit dem Jahr 2000 regelmäßiger Referent ist. Seine Anlaufpunkte waren und sind dabei Sachsen, Bayern und Baden-Württemberg. Allein für das Jahr 2003 listet Schaubs Kalender rund ein Dutzend Veranstaltungen bei der NPD oder NPD-nahen Gruppen auf. Doch nicht nur Schaub reist nach Deutschland – umgekehrt konnte die PNOS bei ihrem Parteitag im August 2003 den Freiburger NPDler John Bürgel als Gastreferenten begrüßen.

Anfang der 90er Jahre erschien Schaub auf der politischen Bühne. Sein Buch »Adler und Rose« erschien 1992. Verschleiert hinter seinen anthroposophischen Positionen leugnete er in seinem Machwerk den Holocaust und plädierte für eine Revision der Geschichte. Mit seinen Ausführungen knüpfte Schaub nahtlos an andere Schweizer Holocaust-Leugner an und gründete mit einigen von ihnen, u.a. Jürgen Graf, die revisionistische »Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung der Zeitgeschichte«. Aufgrund seiner revisionistischen Positionen verlor Schaub im Laufe der 90er mehrmals seine Anstellungen, u.a. als Lehrer einer Waldorf-Schule. Gerade wegen dieser Entlassungen wird Schaub bis heute – auch innerhalb der hiesigen extremen Rechten – zum Opfer stilisiert. »Der ehemalige Waldorfschullehrer und Anthroposoph ist seiner Berufung, auch nach seiner politischen Zwangsentlassung aus dem Schuldienst, treu geblieben«.[1]

Einen seiner ersten Auftritte in Deutschland absolvierte Schaub am 27. Januar 1995 beim Collegium Humanum in Vlotho. Mit den Grundlagen seines damalige Referates zur »Idee des Reiches in Geschichte und Religion« geht Schaub bis heute hausieren. Auf der Basis völkischer Positionen entwirft Schaub die Vision eines »echten Europas, in dem die Tugenden der Eidgenossenschaft mit den alten Reichstugenden zu einer Europäischen Eidgenossenschaft, zu einem Reich Europa verschmelzen«.[2] Sein programmatisches Büchlein »Reich Europa« erschien neben der Neuauflage von »Adler und Rose« im Verlag Zeitenwende. Die Betreiber des Dresdener Verlages dürfte Schaub im Umfeld des Collegium Humanum kennen gelernt haben, schließlich verkörperten die jungen Leute mit ihrer Zeitschrift »Zeitenwende« (heute »Hagal – Die Allumfassende«)[3] damals die neue Generation der Vlothoer Altnazis. Die jungen Leute von damals betreuen heute den deutschen Ableger der »Synergies europennes«, weswegen Schaubs mehrmaliges Auftreten bei den Synergon-Treffen naheliegend war.

Ende der 90er Jahre besuchte Schaub vor allem die kleineren Zirkel der extremen Rechten in Deutschland. Ende 1999 war er als Referent bei der »Artgemeinschaft« angekündigt. Auch zur Sommersonnenwende 2003 hielt sich Schaub vier Tage in seinem Kalender für die völkische Kleinsekte frei.

Bereits zum Jahreswechsel 1997/98 begrüßte der »Freibund e.V.« den Schweizer bei seinem Bundeswinterlager auf Burg Hessenstein. »Vielen Dank für den großartigen Vortrag« schrieb Albrecht von Gottberg später euphorisch in ein Freibund-Liederbuch, das vermutlich als Dank an Schaub überreicht wurde.

Eine Internationale der Holocaust-Leugner

Am 9. November 2003 gründete ein Kreis notorischer Holocaust-Leugner den »Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocausts Verfolgten« (VRBHV). Zum Vorsitzenden des Vereins wurde Schaub gewählt, seine Stellvertreterin ist Ursula Haverbeck-Wetzel, Leiterin der Bildungsstätte Collegium Humanum. Die Liste derer, die an der Gründung dieses Vereins mitgewirkt haben, liest sich wie das Who is Who der internationalen Holocaustleugner-Szene. Dem entspricht die Gründungserklärung des Vereins, deren erste Zeilen wie folgt lauten: »Wir, die Unterzeichner dieser Gründungserklärung, geben Zeugnis davon, dass in allen Erdteilen Menschen redlicher Gesinnung den Holocaust im Sinne einer systematischen Vernichtung der europäischen Judenheit durch die

1| http://www.npd-neuulm.de/kuenstler/bernhard_schaub.htm, November 2003 (F.i.O.)

2| Hagal, Nr.1, 2000, S.23: Die Eidgenossenschaft, das Reich und Europa, von Bernhard Schaub.

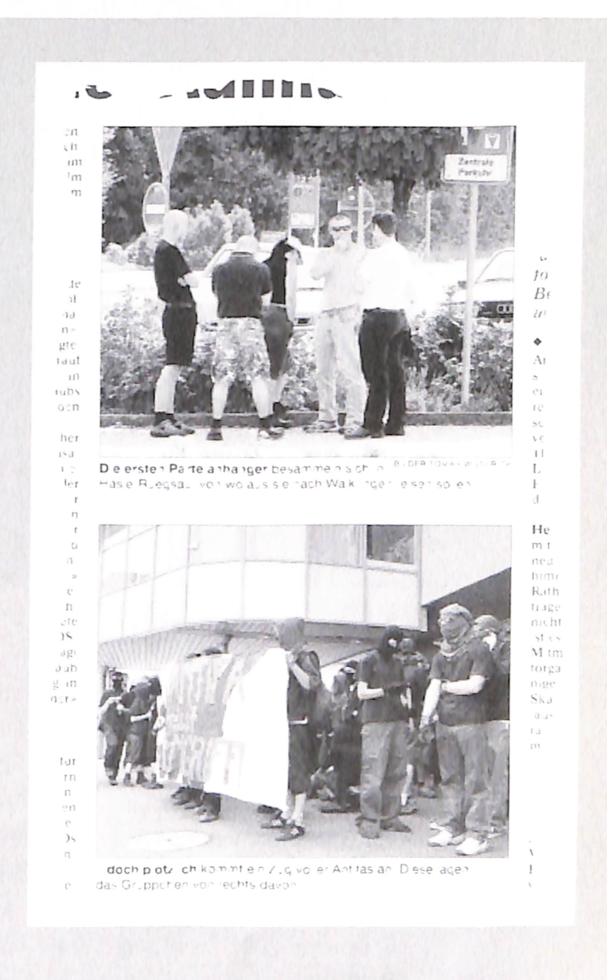
3| Ausführlich zu Zeitenwende/Hagal, vgl. AIB, Nr. 49, 1999, S.43-45.

Regierung des Deutschen Reiches bezweifeln. Viele sind überzeugt, dass es den Holocaust nicht gegeben hat.« Im Auftrag des Vorstands teilte Horst Mahler in einer Presseerklärung mit, dass »der Verein durch organisierte Anstrengungen die bisher vorherrschende Vereinzelung der Verfolgten aufheben, ihrem Kampf um Gerechtigkeit die notwendige Wahrnehmung in der Öffentlichkeit gewährleisten und die finanziellen Mittel für einen erfolgreichen Rechtskampf bereitstellen [soll]«.

Der VRBHV ist eine Fortsetzung von Mahlers Aktivitäten vom Beginn des Jahres, die im Februar 2003 ihren Ausdruck in dem antisemitischen Verdener Manifest fanden. Grundlage der Holocaustleugnung ist der Artikel »Die Zahl der Opfer von Auschwitz« des SPIEGEL-Autors Fritjof Meyer in der renommierten Zeitschrift »Osteuropa«. Meyer führte in seinem Beitrag aus, dass im Vernichtungslager Auschwitz etwa 350.000 Juden vergast wurden. Der geschichtsrevisionistische Ansatz von Mahler und Co. basiert auf der Beschränkung des Holocausts auf das Vernichtungslager Auschwitz. Diese Reduzierung auf das Symbol für den nationalsozialistischen Vernichtungswillen führt zu einer makabren Zahlenspielerei, in deren Folge Mahler das deutsche und das palästinensische Volk als größte Opfer einer »Meinungsdiktatur Israels und seiner Hilfstruppen« versteht.

Ende Juli 2003 versammelten sich die illustren Anhänger des Verdener Manifestes unter der Fahne des Deutschen Kollegs auf der Wartburg (Eisenach) und trugen ein Transparent mit der Aufschrift »Den Holocaust gab es nicht«. Ursprünglich sollte diese Aktion direkt im Vernichtungslager Auschwitz stattfinden, jedoch verhängten die deutschen Behörden für diesen Zeitraum ein Ausreiseverbot gegen Mahler.

In der letzten November-Woche durchsuchten Polizisten eine Druckerei in Vlotho sowie das Haus des »Collegium Humanum e.V.« und beschlagnahmten Restexemplare der fünften Ausgabe und zwei Tage später die komplette sechste Ausgabe der Zeitschrift »Stimme des Gewissens«. In dem Organ des Collegium Humanum wurde die neuerliche Holocaust-Leugner-Kampagne publizistisch begleitet. Offensichtlich plante man, die Zeitschrift an alle Bundestagsabgeordneten zu senden. So zumindest fabulierte Ursula Haverbeck-Wetzel in einem Fax an Horst Mahler: »Stell Dir einmal vor, der ganze Bundestag meditiert erschüttert: 'Den Holocaust gab es nicht'«. Weiter geht es in jenem Fax um die Finanzierung der Aktionen. »Falls die Freunde sagen, 15.000 Darlehen und 10.000 Spende, wäre Dir das auch recht?« fragt Haverbeck-Wetzel, um dann zu mahnen: »Wir sollten die Angelegenheit aber unter uns und den drei beteiligten Freunden lassen.« Bei einem dieser »drei Freunde« könnte es sich um den Unternehmer Günter Kissel aus Solingen handeln, der sich im Vorfeld der Vereinsgründung persönlich mit Mahler und Haverbeck-Wetzel traf. Eingeladen zu diesem Treffen im August 2003 waren unter anderen auch der verurteilte Holocaustleugner Udo Walendy sowie Hajo Herrmann. Hajo Herrmann machte sich in den 90er Jahren als Anwalt David Irvings einen Namen und war Auftraggeber des Holocaust leugnenden sogenannten »Rudolf-Gutachtens«. ■



Schaubs Telefonbuch:

Das Telefonbuch listet über 330 Einträge auf, wovon mehr als ein Drittel deutsche Adressen sind. Die Spannbreite reicht hier von Kunsthändlern über Bauern bis zu Rene Rodriguez Teufer, der laut Adressbuch zum Nationalen Widerstand Rhein/Neckar gehört. Etwa ein Dutzend der deutschen Einträge sind Mitglieder der NPD, u.a. Roland Grassl und Karl-Heinz Kobras (Eintrag: »NPD Freiburg«). Ein anderer NPDler, Alex Lindner (Dresden), hat auch den Eintrag »Artgem.«. Neben ihm listet Schaubs Adressbuch noch acht weitere Artgemeinschaftler auf, u.a. den Stahlhelm-Aktivisten Hans-Jürgen Hertlein (Pleisweiler). Das BDVG ist mit Lars Käppler (Neckarwestheim) und Sven Siegert (Kamenz) im Adressbuch vertreten. Hinzu kommen noch zahlreiche mehr oder weniger prominente Aktivisten des rechten Randes, beispielsweise Iris-Katrin Fischer (aka Swantje Swanwhit), Günter Hagner (Münchner Bürgerverein e.V.), Oliver Bode (Nordwelt-Versand), Jan Udo Holey oder Götz Kubitschek (Institut für Staatspolitik).



»Ortsverbringung« in den Tod

» Wegen Aussetzung mit Todesfolge verurteilte das Stralsunder Landgericht am 9. Juli 2003 zwei Polizisten aus der Hansestadt zu Haftstrafen von drei Jahren und drei Monaten. Die Polizeibeamten Rainer Volkmann und Ronny Döge ließen den alkoholisierten Obdachlosen Wolfgang Hühr im Dezember 2002 in einem Vorort von Stralsund bei starkem Wind und zwei Grad Celsius zurück. Wenige Stunden später erfror der spärlich bekleidete Mann.

Im Verlaufe der Zeugenaussagen wurde bekannt, dass Aussetzungen – im Polizeijargon »Ortsverbringungen« – bei der Stralsunder Polizei gängige Praxis sind. Der Angeklagte Volkmann räumte ein, von 40 bis 60 solcher »Ortsverbringungen« gewusst zu haben. Diese »waren allgemein üblich«. Nur, dass – wie andere Polizisten erleichtert einräumten – ihre Aussetzungen im Sommer stattfanden und es somit keine Gefahr des Erfrierens bestand. Über 15 Kilometer von den Stadtgrenzen entfernt, so der Angeklagte Döge, befinden sich die Orte, zu denen die Menschen »verbracht« wurden.

Auch dem Leiter der Polizeidirektion Stralsund, Thomas Laum, sind »Ortsverbringungen« bekannt. Diese seien übliche Praxis bei Nichtbefolgung von Platzverweisen und deckten sich mit dem Sicherheits- und Ordnungsgesetz. Nach von ihm angeordneten umfassenden Kontrollen blieben allerdings 20 bis 30 Fälle ungeklärt. Das Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern untersagte inzwischen die »Ortsverbringungen«. Der Vater eines ebenfalls von einer »Ortverbringung« Betroffenen stellte Strafanzeige gegen die Polizei.

Zu dem tödlich endenden Einsatz am 6. Dezember 2002 kam es, nachdem Wolfgang Hühr in einem Sky-Markt in Stralsund wegen seines Alkoholkonsums zusammenbrach und einige Minuten bewusstlos am Boden lag. Die Rettungssanitäter stellten keine »übermäßige Alkoholisierung« fest und übergaben den alkoholkranken Mann in die Obhut der Polizeistreife. »Das ist ein Fall für Euch.« Hühr, mit einem Blutalkoholwert von ca. 3,5 Promille, wurde in den Transporter gebracht und musste sich auf den Boden setzen. Es erleichtere die Fahrzeugreinigung, nachdem »alkoholisierte Bürger manchmal im Streifenwagen erbrechen oder urinieren«, so die Erfahrung des Angeklagten Volkmann. Während Volkmann den 35-Jährigen »zur Raison« brachte, fuhren die Beamten nach Freienlande, ein Vorort Stralsunds.

Es ist etwa 20 Uhr, als sie dort ankommen. Unklar ist, da widersprechen sich die Anklage und Volkmanns Aussage, ob Hühr von Volkmann rausgestoßen wurde und liegen blieb oder selbstständig das Fahrzeug verließ. Sicher ist aber, dass ein Spaziergänger den Toten am nächsten Tag ca. 200 Meter vom vermeintlichen Aussetzungspunkt entfernt fand. Laut Gerichtsmedizin soll der Tod zwischen 01.00 und 04.00 Uhr morgens eingetreten sein.

Die beiden Polizisten versuchten so lange wie möglich zu vertuschen, dass es sich bei dem Toten um Hühr gehandelt habe. Erst als ein eingeweihter Polizist das Schweigen aus Gewissensgründen brach, kam Licht ins Dunkel. Die Tatverdächtigen wurden noch am Heiligabend 2002 von der Staatsanwaltschaft vernommen.

Aus Aussagen der Angeklagten gehen die Motive für die »Ortsverbringung« hervor. So berichtete ein Kollege der Angeklagten, Volkmann hätte das Opfer als »Knastbruder« und »Dreckfresse« bezeichnet und weil der schon so lange im Knast gesessen hätte, sei es nicht schade um ihn. Der Angeklagte Döge mag auch keine alkoholkranken Menschen, weshalb er die Aussetzung befürwortete. Die Variante Ausnüchterungszelle wäre ein Mehraufwand gewesen. Weil die Streife an diesem Abend nicht noch einmal wegen Hühr zum Einsatz kommen wollte, sollte der Ort der »Verbringung« möglichst weit weg von Stralsund sein. Auch in anderen Bundesländern, wie z.B. in Berlin, gehören »Stadtrandverbringungen« von Obdachlosen zum Polizeialltag. An dieser menschenverachtenden Praxis hat sich auch seit dem Tod von Wolfgang Hühr nichts geändert. ■

Wette, Wolfram:
Die Wehrmacht: Feindbilder, Vernichtungskrieg, Legenden.
Fischer Verlag; Frankfurt /M. – 2002; 376 S.

Anders als der Titel des Buches suggeriert, setzt es nicht erst mit der Wehrmachtsgeschichte nach 1935 ein, sondern beleuchtet ausführlich die Verwurzelung antidemokratischer und antisemitischer Traditionslinien aus der Reichswehr der Weimarer Republik und des Kaiserreiches. Doch so sehr Wette die führende Rolle der Freikorps im Kappputsch und im rechtsextremen antirepublikanischen Milieu betont, so blendet er das Interaktionsverhältnis zwischen diesen und dem sozialdemokratischen Reichsminister Noske bei der Ermordung Luxemburgs/Liebknechts und die generelle Rechtslastigkeit der Weimarer Institutionen in den 20er Jahren aus. Dagegen arbeitet er das antisemitische Milieu, aus dem die Mörder von Rathenau und Erzberger kommen, deutlich heraus.

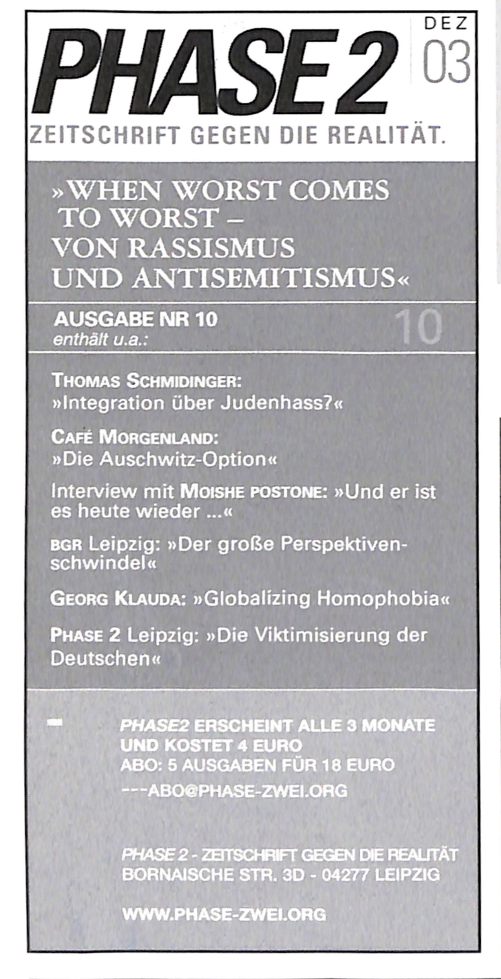
Zuvor geht der Autor der Ideologiegeschichte des keineswegs nur nazistischen Kampfbegriffs »jüdischer Bolschewismus« nach. Er unterscheidet vier Russlandbilder, die im gesellschaftlichen Diskurs des Wilhelminismus und der Weimarer Zeit wirkungsmächtig waren. Zwei, nämlich das nationalistisch-imperialistische und das antibolschewistisch-antisemitische Bild Russlands konstituieren schliesslich, so Wette, die Vernichtungsideologie des rassistischen Weltanschauungskrieges. Mitte der 30er Jahre setzte über sogenannte »staatspolitische Schulungen« eine systematische, antisemitische Indoktrination der Truppe ein. Anders auch als von konservativen Streitern gegen die Wehrmachtsausstellung behauptet, gab es eine weitgehende ideologische Übereinstimmung zwischen Wehrmacht und SS in der Feindbildkonstruktion. Diese führte Wehrmacht und SS in eine enge, auch durch Eigeninitiative von unten mitbestimmte Kooperation bei der Ermordung der jüdischen Bevölkerung in der besetzten Staaten. Wette erläutert dies exemplarisch an den Beispielen des Massakers von Babij Jar, der von der Wehmacht initiierten Ermordung der serbischen Juden und den ersten Tagen der deutschen Besetzung der litauischen Stadt Kaunas. Deutlich wird zudem, dass die systematischen Erschießungen trotz der Geheimhaltungsbemühungen der SS/SD-Kommandos innerhalb der Wehrmacht und auch darüber hinaus bekannt waren. Der Autor stellt klar, das es sich bei den eingesetzten Terrormitteln in der Sowjetunion mitnichten um die Dynamik einer sich radikalisierenden Kriegsführung aufgrund der Taktik des Gegners handelte. Vielmehr lagen die verbrecherischen Befehle weit vor dem Angriffsdatum in den Schubfächern der Wehrmachtsführung.

Die Analyse der Motivation zu verbrecherischen Kriegshandlungen vertieft Wette noch einmal mit exemplarischen Portraits hoher Wehrmachtsgeneräle. Im Blick auf den einfachen Soldaten betont er im Anschluss an die Forschungen von Browning u.a., dass es im Falle von verbrecherischen Befehlen durchaus Handlungsspielräume bei deren Ausführung gegeben hat, diese jedoch nur von einer Minderheit situativ, zivilcouragiert genutzt wurden.

Im letzten Teil des Bandes zeichnet Wette noch einmal die Herausbildung der Legende von »der sauberen Wehrmacht« nach. Als Marksteine nennt er treffend den Aufbau der Bundeswehr aus dem Personalbestand der Wehrmacht, das bis heute politisch ambivalente Traditionsverständnis der Bundeswehr, die Rolle der Erinnerungsverbände und das Entlastungs- und Verdrängungsbedürfnis der Tätergeneration. Insbesondere durch letzteren Aspekt sei die erste Wehrmachtsausstellung, obwohl ihre Fakten in der Fachwelt bekannt waren, zum gesellschaftlichen Tabubruch geworden.

Wette hat ein Buch geschrieben, das den Wissensstand und den Diskurs über die Wehrmacht und ihre Verbrechen gut lesbar, erfrischend kurz zusammenfasst. Deutlich wird jedoch auch, worum es Wette inhaltlich geht: um eine bürgerlich-demokratische Fundierung militärischer Traditionen und Praxen in Deutschland, nicht um ihre generelle Beseitigung. ■





OopS!

_ veranstaltung geplant und nix zu erzählen?

_ wir stellen referentInnen.

_ do 15 h bis 19 h und nach absprache.

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V.

lausitzerstr. 10, 10999 berlin
tel.|fax 030.6116249
www.apabiz.de mail@apabiz.de



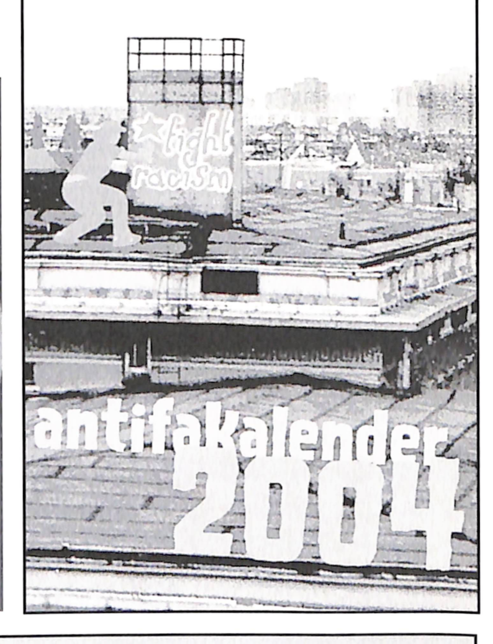


ALLTAGSCHAOS, JENS VERGESSEN, SCHULE VERPEILT -> GEREGELT

FÜR 6,50 EUR,
AB 5 EXEMPLARE: 30 % RABATT

UNRAST VERLAG,
POSTFACH 8020, 48020 MÜNSTER
INFO@UNRAST-VERLAG.DE

KALENDERREDAKTION
C/O SCHWARZMARKT
KLEINER SCHÄFERKAMP 46
20357 HAMBURG
ANTIFAKALENDER@WEB.DE



„Allein die Idee, den unsäglichen Leidensweg der Deportierten und die gerechte Bestrafung ihrer Henker gegeneinander abzuwägen oder auf dieselbe Ebene zu stellen, diese Idee ist eine regelrechte Perversion des moralischen Sinns."

Vladimir Jankélévitch

Jährlich am 13. Februar ist Dresden Schauplatz dieser Perversion. Nach gemeinsamen Kranzniederlegungen "gedenken" Tausende Dresdner an der Frauenkirche. Zeitgleich marschieren 1000 Neonazis, Vertriebene und Bürger durch die Stadt. Ist es für die einen der Ruf nach Versöhnung, klagen die anderen die Alliierten an. In der Wahrnehmung der Deutschen als Opfer des Krieges, sind sich alle einig.

"Deutsche Opfer" I "Bomebenholocaust" I "Tiefflieger" I "Trauer" I "Gedenken" I "Verteibung"

dem Diskurs entgegentreten_Demonstration in Dresden_13. Februar 2004_16 Uhr

gegen jeden Geschichtsrevisionismus und deutschen Opferwahn
Dank an die Alliierten für die Zerschlagung von Nazi-Deutschland.

Antifaschistisches info Blatt
Nr. 61 | Winter 2003/2004 | 3,10 Euro

Rocker und Rechte

NS-Szene
Landser: Profis, Geld und Subkultur

Geschichte
Vom »Wilden Streik« bei Ford 1973

Abonniert

das antifaschistische info blatt



Abokonditionen

Preise*

→ für 5 Ausgaben im Abo 15,50 Euro

Weiterverkauf

→ ab 3 Exemplaren je 3,10 Euro

→ ab 5 Exemplaren 20% Rabatt

→ ab 50 Exemplaren 25% Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du bezahlst, läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse. Egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Back Issues

Sechzehn Jahre Antifa in einem Blatt. Entwicklungen und Diskurse - nachlesen und nachvollziehen. Das eigene Archiv komplettieren. Alles kein Problem. Einfach die vorherigen Ausgaben des AIB bestellen.

Lieferbare Ausgaben

14 | 17 | 18 | 23 bis 60

Preise sind abhängig von der gewünschten Ausgabe (1,50 bis 3,10 Euro)

Pakete

Info-Paket A
14 | 17 | 18 | 23 bis 26 — 7,70 Euro

Info-Paket B
27 bis 33 — 11,30 Euro

Info-Paket C
34 bis 40 — 11,30 Euro

Alle Info-Pakete — 25,60 Euro

Impressum

Antifaschistisches Info Blatt
17. Jahrgang
Nummer 61 | Winter 2003/2004

Preis 3,10 Euro

Redaktion
Antifaschistisches Info Blatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
e-mail aib@mail.nadir.org

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben

V.i.S.d.P. M. Heinlein (Adresse s.o.)

Konto AIB
Konto-Nr. 3 251 800
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

AbsenderIn

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle [ ] Ausgaben. Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf euer Konto.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach

EmpfängerInnen

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin


www.nadir.org/aib